

12.2013/01.2014

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	37
Aus den Verbänden	37
Ehrenamt	38
Preise & Ausschreibungen	39

SERVICE

Termine	40
Impressum	40

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	41
Schwerpunkt: Zeit	

SPEZIAL

EU-Krise und Umweltpolitik

Seite 29 bis 36

THEMEN DES MONATS

Konsumverhalten

Zeigt her eure Kleider

Upcycling ist eine Alternative zum Angebot von Billigkleidern

Seite 2

Abfallpolitik

Vision vom Leben ohne Müll

**Es ist möglich, Waren so zu produzieren,
dass kein Restabfall bleibt**

Seite 4

Atomenergie

Widerstandsfreie Zone Großbritannien

**In Großbritannien stoßen die Pläne, neue Atomkraftwerke zu
bauen, nicht auf nennenswerten Protest**

Seite 6

Interview: Oppositionsrechte

„Langweilige Regierungsmonologe“

**Kommt die Große Koalition, droht im neu gewählten Bundestag
die schwächste Opposition seit Langem**

Seite 23

Konsumverhalten

Zeigt her eure Kleider

Upcycling ist eine Alternative zum Angebot von Billigkleidern

Alle Jahre wieder klingeln die Kassen des Textileinzelhandels im Dezember besonders laut. In Berlin hingegen peppt der Verband youngcaritas Kleiderspenden auf. Junge Ehrenamtliche verbinden so Kreativität, Ökologie, Handwerk und soziales Engagement. Sie setzen damit ein Zeichen gegen Konsumwahn und Schnelllebigkeit der Modebranche. ■ VON ARIANE PIPER UND JENNY WEBER, UPCYCLING-PROJEKT VERGISSMEINNICHT

Glücklich jauchzend kommen sie von Shoppingtouren bei Bekleidungsketten und zeigen sich gegenseitig die vielen Schnäppchen. Zu ihren Füßen stehen zahlreiche braune Einkaufstüten in Übergröße, prall gefüllt mit den neuesten Trends. T-Shirts für 3 Euro, Jeans für 11, Schuhe für 18 Euro – extrem viel und extrem günstig. Das Konzept kommt bei Teenagern gut an. Das Kaufergebnis wird nicht selten online präsentiert. Unter dem Stichwort „Haul“ (englisch für Beute) lassen sich auf Youtube Videodokumentationen solcher Shoppingtouren finden. Gelobt werden Trendespür und Preis als auch die dadurch ermöglichte Menge und Leichtigkeit des Konsumierens.

Die Mode schreibt einen schnellen Wechsel vor und wer marktfähig bleiben will, folgt dem Trend – ein immenser Druck für Bekleidungshersteller und die Käufer. Im Schnitt konsumieren die Deutschen heute doppelt so viel wie vor 30 Jahren. Mit etwa 40 bis 70 Kleidungsstücken pro Jahr liegt der deutsche Durchschnittskonsument weltweit auf Platz zwei und bestimmt den Markt mit.⁽¹⁾

Global gefertigte Massenware ist billig

Möglich machen den Massenkonsum Serienproduktion und Arbeitsteilung. Die Textil- und Bekleidungsindustrie baut auf einem internationalen Netzwerk auf, das ein komplexes und weltumspannendes Produktionssystem geschaffen hat. Selbst kleinste Arbeitsschritte werden an unterschiedliche Produktionsorte mit ökonomisch vorteilhaften oder rohstoffreichen Standorteigenschaften verlagert. Kritikerinnen und Kritiker sehen jedoch in

der neuen internationalen Arbeitsteilung die Fortführung alter kolonialer Machtverhältnisse. Ein deutliches Gefälle wird sichtbar: Fertigungsabteilungen sind fast ausschließlich in südlichen Ländern aufzufinden, wohingegen Entwicklungs- und Designabteilungen in nördlichen Regionen verortet sind.

Soziale und ökologische Folgen des steigenden Textilkonsums

Eine konventionell hergestellte Jeans benötigt beispielsweise mindestens sieben Produktionsorte und legt über 19.000 Kilometer zurück, bevor sie von einer Käuferin oder einem Käufer über die Beine gestreift wird. Der Auftrag kommt aus dem globalen Norden, wohingegen die drei wichtigsten Produktionsländer China, Indien und Bangladesch, die 90 Prozent der Bekleidungswaren für den europäischen Massenmarkt herstellen, im globalen Süden liegen.

Die Konsequenz der Massenherstellung und Arbeitsauslagerung sind soziale und ökologische Probleme. Ein Beispiel: Der größte Schwachpunkt der beliebtesten Faser Baumwolle ist der hohe Wasserverbrauch. Von ihrem Anbau bis zur Fertigung benötigt eine handelsübliche Jeans gut 6.000 Liter Wasser. Der hohe Einsatz sogenannter textiler Ausrüststoffe, das sind chemische Substanzen, welche die Stoffe beispielsweise weicher und fließender machen sollen, birgt Risiken für Umwelt und Menschen. Die entsprechenden Abwasserreinigungssysteme sind in den Produktionsländern oftmals nicht vorhanden, sodass es zur Verunreinigung des Grundwassers kommt und das natürliche Ökosystem aus dem Gleichgewicht gerät. Dazu trägt

auch der steigende Pestizideinsatz während des Anbaus der Baumwolle bei. Die Pestizid- und Chemiebelastung verursacht jedoch nicht nur Gesundheitsschäden bei den Arbeiterinnen und Landwirten in den Produktionsländern, sondern auch bei den Konsumentinnen und Konsumenten, die Schadstoffe über Haut und Nase beim Tragen der Kleidung aufnehmen. Allergien und sogar ein gesteigertes Krebsrisiko können die Folge sein. Eine Möglichkeit, die Auswirkungen auf die Gesundheit zu mindern, ist, die Kleidung vor dem Tragen zu waschen. Die chemischen Stoffe gelangen jedoch trotz hochwertiger Klärsysteme ins Grundwasser und können dort beispielsweise zu Hormonveränderungen bei Fischen führen.

Die sozialen Mängel bekommen hauptsächlich die Produzenten in den Niedriglohnländern zu spüren. Seit 2004 kam es zu 28 Fabrikbränden in verschiedenen Produktionsländern, bei denen jeweils zahlreiche Beschäftigte ums Leben gekommen waren. Das prominenteste Beispiel unter den Unfällen ist wohl der Zusammensturz des Rana-Plaza-Gebäudes im April 2013 in Dhaka (Bangladesch), der über 1.200 Menschen das Leben kostete und zahlreiche Menschen schwer verletzte.⁽²⁾

Neben diesen Schreckensnachrichten sind es mehr die alltäglichen unzureichenden Sicherheits- und Gesundheitsstandards und vor allem die extrem niedrigen Löhne, die den Arbeiterinnen und Arbeitern ein menschenwürdiges Leben verwehren. In Bangladesch liegt der monatliche Mindestlohn seit November 2010 offiziell bei 3.000 Taka (circa 30 Euro). Diese Lohnhöhung stellt eine Verbesserung zum Durchschnittslohn von etwa 1.700 Taka

(17 Euro) dar, ist aber auch noch weit entfernt von den errechneten Existenzlöhnen von 7.500 Taka (rund 75 Euro) für einen Einpersonenhaushalt, die von Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie gefordert werden.⁽³⁾ Dazu kommen (unbezahlte) Überstunden und Doppelschichten, wenn eine Kollektion besonders schnell in den Läden der Textilkonzerne im reichen Norden sein muss.

Upcycling ist rohstoffschonend und schadstoffarm

Mit der Schnellebigkeit und der Massenproduktion geht einher, dass die Bekleidung oft von minderer Qualität ist oder erworbene Textilien schnell als nicht mehr tragbar gelten. Nicht mehr gewollte oder leicht beschädigte Teile werden aussortiert und landen beispielsweise in Altkleidercontainern oder werden Kleiderkammern gespendet. So auch in den Kleiderkammern der Caritas in Berlin, in der Tag für Tag ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kleidungs Spenden sortieren, um Menschen mit geringem Einkommen oder Obdachlose mit Kleidung zu versorgen. Viele der Textilien gelten allerdings als unbrauchbar.

Youngcaritas, die Plattform der Caritas für das Engagement junger Leute, hat einen bestehenden Trend aufgegriffen, mit dem gegenwärtig Designer, Sozialverbände und Käuferinnen auf die schnelle Branche reagieren: die alternative Produktions- und Konsummethode Upcycling. Ziel von Upcycling ist die Entschleunigung der Mode, die Abfallreduzierung, der Aufbau von natürlichen Kreisläufen und die Wertschätzung eines vormals auf Handarbeit basierenden Produktes. „Upcycling meint das Verändern, Umgestalten und Transformieren von Alttextilien oder sonstigen Restmaterialien in neue, meist einzigartige Modelle. Vorhandene Ressourcen wie Gebrauchtbekleidung, gebrauchte Heimtextilien oder textile Flächen werden aufgetrennt, dekonstruiert, neu zusammengesetzt und verschieden miteinander kombiniert.“⁽⁴⁾ Dabei handelt es sich um eine Tätigkeit, die in Zeiten von Rohstoffmangel von jeher praktiziert wurde. Die

Methode ist rohstoffschonend, da kaum neue Materialien benötigt werden. Zudem sind die mehrfach getragenen und gewaschenen Materialien weniger schadstoffbelastet. Upcycling kann auch als Ansatz zur Bewusstseinsbildung genutzt werden: Die Fertigung von Hand schafft ein Bewusstsein für das Produkt und für die Arbeitsstunden, die in ihm stecken.

Projekt „vergissmeinnicht“ peppt alte Klamotten wieder auf

Seit Dezember 2012 treffen sich jede Woche junge Erwachsene in der Kleiderkammer des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin, um gemeinsam ehrenamtlich zu schneiden. Sie setzen ein persönliches Zeichen gegen den Verschwendungswahn und engagieren sich gleichzeitig sozial. Aus alten Hemden werden dabei Kopfkissenbezüge genäht oder zwei Kleidungsstücke werden zu einem neuen kombiniert.

Nicht selten dauert es mehrere Stunden, um beispielsweise aus einem Herren-sakko einen Rucksack zu schneiden. Trotz Zeitintensität und erforderlicher Geduld spricht die Arbeit durch die Affinität zu Mode und Kreativität besonders junge Frauen an. Durch das Projekt wechseln sie die Perspektive von der Konsumentin zur Produzentin. Die selbst gefertigte Bekleidung erhält einen Mehrwert und die Schneiderinnen werden für das Thema Textilherstellung sensibilisiert, die sie unter dem Gesichtspunkt des Massenkonsums betrachten können.

Unter dem von den jungen Frauen entwickelten Label „vergissmeinnicht“ werden die Accessoires und Bekleidungsstücke verkauft. Der Erlös fließt in soziale Projekte zurück. Die Botschaft wird während der Tätigkeit transportiert: Die Herstellung eines hochwertigen Kleidungsstückes benötigt viel Zeit und qualitativ hochwertiges Material. Ein T-Shirt für drei Euro kann dies nicht gewährleisten.

Make a difference – make a bag

Um ein Zeichen gegen Plastikmüll und für soziale Nachhaltigkeit zu setzen, lobt youngcaritas seit Oktober 2013 den Upcyc-

lingwettbewerb „Make a difference – make a bag“ durch. Dieser ruft junge Menschen – seien es Schulklassen, Jugendgruppen oder Einzelpersonen – dazu auf, aus Alttextilien Stofftaschen anzufertigen. Diese sollen langfristig als Alternative zur Plastiktüte verwendet werden können. Bis April 2014 können die Wettbewerbsteilnehmer die Taschen an youngcaritas schicken. Danach werden diese im Rahmen eines Aktionstages ausgestellt, prämiert und für soziale Zwecke verkauft.

Anmerkungen

- (1) Hamlawi, Yasmina: Eine Milliarde T-Shirts im Jahr. In: Le Monde Diplomatique, 8.4.2011
- (2) Cyran, Oliver: Unsere Toten. In: Le Monde Diplomatique, 14.6.2013
- (3) Sieper, Elke: Bangladesch: Aussicht auf mehr Lohn. In: Textil-Wirtschaft online, 22.10.2013
- (4) Miess, Friederike: Redesign in der Mode – Analyse des Marktpotentials anhand einer Fallstudie, Hamburg 2013

Ariane Piper ist Kulturwissenschaftlerin mit Forschungsschwerpunkt nachhaltige Mode. Sie koordiniert das Upcycling-Projekt „vergissmeinnicht“.

Kontakt:
Tel. +49 (0)1577 / 1984702,
E-Mail: arianepiper@yahoo.
de,
www.youngcaritas.de/engagiert/upcycling/makeabag



Jenny Weber ist Sozialwissenschaftlerin, leitet den Bereich youngcaritas in Berlin und hat das Projekt „vergissmeinnicht“ gegründet.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 66633-1209,
E-Mail: j.weber@caritas-berlin.de, www.youngcaritas.de/engagiert/upcycling



Abfallpolitik

Vision vom Leben ohne Müll

Es ist möglich, Waren so produzieren, dass kein Restabfall bleibt

Wiederverwertung, Recycling oder Upcycling sind nur einige Methoden, die helfen, Müll zu vermeiden. Die Visionäre von Zero Waste wollen mehr: eine Welt ohne jeglichen Abfall. Dies erfordert eine radikale Umstellung von Herstellungsprozessen. Ein Produkt ist von Anfang an so zu planen, dass nichts an ihm überflüssig ist. ■ VON JOAN MARC SIMON, ZERO WASTE EUROPE

Es gibt verbreitete und zugängliche wissenschaftliche Beweise, dass wir Menschen den Planeten vermüllen. Die Wegwerfgesellschaft hat sich selbst als ökonomisches Vorbild für Europa definiert. Das ist bei weltweit wachsender Ressourcenknappheit, Energiekrisen, Luftverschmutzung und der Sorge um den Klimawandel unhaltbar. Abfall ist ein allgegenwärtiges Erkennungszeichen von menschlicher Aktivität. Anders als Menschen verursacht die Natur keinen Müll. Deswegen braucht es einen Paradigmenwechsel und dieser wird getragen von einem Zukunftsbild. Zero Waste ist ein Ziel, eine Philosophie und eine Nachricht, aber vor allem ist es eine Vision. Sie ist nicht nur technisch, sondern auch ethisch und moralisch. Sie zielt nicht darauf ab, Abfall zu managen, sondern ihn aus dem System zu entfernen.

Da die Natur keinen Abfall produziert, sollte der Mensch kein geringeres Ziel haben. In einer Welt mit endlichen Ressourcen, einer wachsenden Nachfrage und Population ist kein Platz für Abfall. Deswegen sollten alle Produkte aus qualitativ hochwertigen Materialien gemacht sein, die leicht und bequem wiederverwendbar sind – so könnte Recycling den Siegeszug antreten und am Ende in der Müllhierarchie an der Spitze stehen.

Um das zu erreichen, ist auf drei Ebenen anzusetzen. Erstens muss man die Art verändern, wie Dinge entstehen. Schon in der Planungsphase, in der sozusagen die DNA des Produktes geschaffen wird, muss der Weg des Produktes vom Anfang bis zum Ende seines Lebens im Fokus stehen. Das Cradle-to-Cradle-Konzept muss also zentrale Grundlage des Produktdesigns

sein. Das heißt Produkte sind so zu konzipieren, dass sie niemals zu Müll werden. Dafür ist es wichtig, biologische von technischen Kreisläufen zu unterscheiden und alle Materialien als Ressourcen im natürlichen Kreislauf zu verstehen. Erstens setzt das natürlich voraus, dass schon im Entstehungsprozess keine Schadstoffe anfallen, um den Ablauf nicht zu beeinträchtigen.

Zweitens braucht die Trennung dieser Materialien Verbesserung, damit sich weder die beiden Kreisläufe vermischen noch die Stoffe verunreinigt werden. Die meisten Recyclinghöfe in Europa vermischen immer noch einen großen Teil Kompost, der zum biologischen Kreislauf gehört, mit recycelbarem Müll, der zum technischen Kreislauf gehört. Häufig stufen sie beispielsweise auch vollständig kompostierbare Taschentücher fälschlicherweise als Mischmüll oder als recycelbar ein. Nur gute Planung ermöglicht es, die Kreisläufe zu schließen. Hierzu braucht es aber auch eine verbesserte Trennung, klare Regeln und Anreize. Das allein reicht aber nicht aus.

Zero Waste: so wenig wie möglich und so wenig giftig wie möglich

Auch der Energiekreislauf der Produkte muss Berücksichtigung finden. Denn selbst wenn es den Bürgerinnen und Bürgern gelingt, den Produktkreislauf zu schließen und alles zu 100 Prozent zu recyceln, nutzt die EU immer noch mehr Ressourcen als sie produziert. Deswegen ist der Zyklus nicht nur zu schließen, sondern auch zu verkleinern. Lebensmittelabfall ist beispielsweise vollständig biologisch abbaubar, er lässt sich getrennt sammeln und

kompostieren, um die Nährstoffe zurück in den Boden zu bringen – also den biologischen Kreislauf zu schließen. 30 bis 50 Prozent der produzierten Lebensmittel werden aber gar nicht erst gegessen, sondern weggeworfen. Das ist ein enormer Verlust von Energie und Ressourcen. Prävention ist der Schlüssel, um den Zyklus wirksam zu verkleinern.

Zero Waste bedeutet also, Produkte und Prozesse so zu planen und zu managen, dass sowohl die Menge als auch die Giftigkeit der Reststoffe reduziert werden. Zero Waste bedeutet aber auch, Ressourcen zu schonen und wiederherzustellen, anstatt sie zu verbrennen oder zu vergraben. Die momentanen europäischen Produktions-, Verbrauchs- und Abfallmuster basieren auf dem Mythos, dass es unendliche Ressourcen gibt – ein Paradigmenwechsel ist dringend notwendig. Dieser muss aber über das Ziel hinausgehen, Europa in eine „Recyclinggesellschaft“ zu verwandeln. Er muss die Reduktion von Material und Energie verbinden, um eine Zero-Waste-Gesellschaft zu schaffen. Voraussetzung eines jeglichen Zero-Waste-Plans sind Aufklärung und Zusammenarbeit. Die Bürgerinnen und Bürger sollten eingeladen und ermutigt werden, neue müllfreie Praktiken zu entwickeln, zu übernehmen und aktiv teilzunehmen an der Entwicklung eines Ressourcenmanagementsystems, das Müll minimiert.

Wechsel in der Infrastruktur

In den Produktionssystemen und der abfallorganisatorischen Infrastruktur in Europa müssen sich künftig folgende Prioritäten widerspiegeln:

► Abfallprävention

Abfallvermeidung ist in lokalen und sektoralen Plänen umzusetzen. Grundlage hierfür ist die europäische Abfallrahmenrichtlinie. Darin aufgeführte Präventionsziele sind notwendig, um eine Bewegung auf nationaler Ebene einzuleiten. Aber auch die Industrie muss Verantwortung übernehmen, um grüne Jobs zu schaffen und Abfallproduktion zu beenden. Das heißt für Unternehmen, langlebige und reparierbare Produkte zu entwickeln. Die Hersteller sind in der Verantwortung, Verpackungen zu reduzieren und Waren zu entwickeln, die sich sicher kompostieren und wiederverwenden oder recyceln lassen. Materialien und Teile von ausrangierten Produkten sollten wiederverwendet werden, sodass jeder Abfall einer Kreislaufwirtschaft zugeführt wird, in der jeder Prozess der Anfang für einen anderen Prozess ist. Grundvoraussetzung für diesen Paradigmenwechsel ist die Bildung und das Training von ExpertInnen, PolitikerInnen und BürgerInnen. Nur so lässt sich der Abbau von Abfall voranbringen.

► Mülltrennung

Um die Verwertbarkeit von Materialien zu erhalten, gilt es, die Ressourcen von Anfang an zu unterteilen: am wenigsten wiederverwendbare Produkte auf der einen und verwertbare Komponenten auf der anderen Seite – beispielsweise recycelbare Materialien, Lebensmittel- und Gartenabfälle oder Restmüll. Erfahrungen aus Zero-Waste-Kommunen in Europa zeigen, dass durch Mülltrennung Recyclingraten von 80 bis 90 Prozent möglich sind. In diesen Kommunen beträgt das Abfallaufkommen jährlich weniger als 100 Kilogramm pro Kopf (*zum Vergleich: 2011 betrug das Pro-Kopf-Aufkommen in der EU gut 500 Kilogramm Abfall, die Red.*).

Kommunen sollten daher Sperrmüll- und getrennte Sammlungen fördern, um den Anstieg von Müll zu verhindern und saubere Trennung von Materialien zu garantieren. Finanzielle Anreize können Menschen dazu bringen, ihre Gewohnheiten zu ändern und die exzessive Wegwerfgeneration bestrafen. Gleichzeitig sollten Sperrmüllsammlungen zusammen mit

lokalen Wiederverwendungs- und Recyclinghöfen eingerichtet werden. Haushalte und Firmen haben dann eine Anlaufstelle, um wiederverwendbare Gegenstände abzuliefern und zu trennen. Das gilt für recycelbaren Abfall genauso wie für gefährlichen und giftigen Müll.

Für den Übergang in eine Zero-Waste-Gesellschaft gilt es, einen starken Wiederverwendungssektor zu schaffen, der nicht nur ökologische, sondern auch sozial-ökonomische Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale bietet. Recyclinghöfe könnten beispielsweise mit lokalen Wiederverwendungscentern zusammenarbeiten, die von sozialen Unternehmen betrieben werden und so zur Wiedereingliederung benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt beitragen.

► Reduzierung von Restmüll

Der ohnehin schon geringe Anteil an Abfall, der nicht wiederverwertbar, recycelbar oder kompostierbar ist, muss noch weiter reduziert werden, bis er schrittweise ganz verschwindet. Eine erweiterte Herstellerhaftung könnte dazu beitragen. Zuerst müssen Labore aber den derzeit anfallenden Restmüll analysieren, um Sperrmüllprojekte und Reduktionsprogramme weiterzuentwickeln. Nicht rückgewinnbare Produkte sind letztlich ganz vom Markt zu nehmen. Eine Zero-Waste-Gesellschaft wird nämlich ohne neue Mülldeponien oder Verbrennungsanlagen auskommen. Auch das lässt die Recyclingraten steigen.

Der Übergang in die Zero-Waste-Gesellschaft steht und fällt mit der Umsetzbarkeit ehrgeiziger Recyclingvorhaben. Verträge, Rahmengesetze und Abfallpläne dürfen daher nicht bremsen, Müllverbrennungsanlagen müssen schrittweise geschlossen und die Abhängigkeit von Mülldeponien muss gestoppt werden. Die Deponierung von Restmüll könnte allerdings für eine begrenzte Zeit und Menge die Brückentechnologie sein, solange lokale Abfallpläne den Weg hin zu mehr Recycling, Wiederverwendung und Kompostierung ebnen. Gleichzeitig ist aber auch die weitere stoffliche Verwertung von Restmüll zu steigern. In einigen europäischen Zero-Waste-Kommunen

gibt es bereits gute Beispiele, wie das funktionieren kann.

Der Übergang in eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente, belastbare und soziale Wirtschaft, die die Vielfalt von Ökosystemen respektiert und den sozialen Zusammenhalt fördert, ist eine der großen Herausforderungen in Europa. Eine Zero-Waste-Strategie ist hierfür grundlegend. Sie trägt dazu bei, Tausende Jobs zu schaffen, die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren, Nährstoffe zurück in den Boden zu bringen, ökologische Auswirkungen von Abfall zu verringern, Innovationen im Produktdesign umzusetzen und die BürgerInnen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Derzeit gibt es mehr als 250 Kommunen in Europa, die sich den Zero-Waste-Zielen verpflichtet haben. Zahlreiche lokale Zero-Waste-Gruppen organisieren sich, um für die Vision zu werben. Die erste Stadt, die sich in Europa zu Zero Waste bekannte, war 2008 Capannori in der italienischen Toskana. Nicht weit von Capannori liegt das Dorf Vinci, wo der große Erfinder und Humanist Leonardo da Vinci vor vier Jahrhunderten lebte. Schon damals schrieb er, dass es so etwas wie Abfall nicht gebe, dass alles ein Kreislauf sei und die Überreste des einen Prozesses der Ausgangsstoff für den Nächsten sind. Paradoxerweise begann die Menschheit dann mehr Müll zu produzieren als jemals zuvor. Eine der Aufgaben unserer Generation ist es, die Abfallproduktion zu beenden. EU-Umweltkommissar Janez Potocnik brachte es auf den Punkt: „Zero Waste ist das Ziel, das wir anstreben.“

Aus dem Englischen übersetzt von Valentina Voß

Joan Marc Simon leitet das Netzwerk Zero Waste Europe. Das Netzwerk versammelt Gemeinden, NGOs und lokale Zero-Waste-Gruppen zusammen, die sich für eine Zero-Waste-Gesellschaft einsetzen.

Kontakt:
E-Mail: jm.simon@zerowasteurope.eu,
www.zerowasteurope.eu



Atomenergie

Widerstandsfreie Zone Großbritannien

In Großbritannien stoßen die Pläne, neue Atomkraftwerke zu bauen, nicht auf nennenswerten Protest

Die Atomwirtschaft kann sich die Hände reiben: Großbritannien hat grünes Licht für den Neubau eines Atomkraftwerks gegeben – zum ersten Mal seit 1995. In den 1980er-Jahren hatte sich die öffentliche Stimmung wie in anderen europäischen Ländern gegen die Kernenergie gewandt. Aus diesem Grund ist seitdem auf der Insel kein AKW mehr ans Netz gegangen. ■ VON TIM K. BLADES, KICK NUCLEAR

Warum gibt es dort jetzt keine größere Bewegung gegen Atomkraft? Um die Frage zu beantworten, muss man zunächst britische Meinungsumfragen zur Unterstützung für den Neubau von Atomkraftwerken betrachten. Ende 2012 zeigten diese Umfragen, dass etwas über die Hälfte der britischen Bevölkerung den Neubau von Atomkraftwerken unterstützt, im Sommer 2013 war diese Zustimmung auf 42 Prozent gefallen. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind für den Weiterbetrieb bereits bestehender Atomkraftwerke. Gleichzeitig zeigt eine weitere Statistik, dass 66 Prozent der Briten Windparks unterstützen.

Meiner Einschätzung nach bevorzugen die Menschen zwar erneuerbare Energien, sind aber nicht überzeugt davon, dass diese ohne zusätzliche Atomreaktoren ausreichen, um sicherzustellen, dass „die Lichter an bleiben“. Zudem gibt es in Großbritannien eine starke Fraktion, die sich als atomfreundliche Grüne bezeichnet. Dazu gehören die bekannten Journalisten George Monbiot und Mark Lynas, die sich regelmäßig für Atomkraft aussprechen, als Lösung, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. Den beiden wird in den großen Medien viel und regelmäßig Raum gegeben, um diesen Mythos zu propagieren. Die meisten Umweltaktivisten, die diesen Ansatz nicht unterstützen, kommen hingegen nicht in den Genuss dieser Medienöffentlichkeit.

Verbreitetes Unwissen über Schädlichkeit von Atomkraft

Bei der Öffentlichkeitsarbeit für die Protestgruppe Kick Nuclear stellte sich heraus, dass viele Menschen so gut wie nichts über

die Vorfälle von Tschernobyl und Sellafield wissen. Außerdem ist sich kaum jemand der Tatsache bewusst, dass die Frage nach Endlagern für Atommüll weiterhin ungeklärt ist. Von daher beschäftigt sich auch niemand damit. Warum ist das so?

Es ist ziemlich eindeutig, dass die britische Medienöffentlichkeit unausgewogen zugunsten der Atomindustrie und assoziierter Interessen berichtet. In den letzten Jahren ist der von George Monbiot und Mark Lynas propagierte Mythos der CO₂-Minderung weit gestreut worden. Mit diesem Mythos muss aufgeräumt werden.

Derzeit hat die Atomkraft einen Anteil von sechs Prozent am globalen Strommix. Damit ihr Anteil wirklich systemrelevant wäre, müsste er weltweit bei etwa 20 Prozent liegen. Das hieße jedoch, dass zehn Jahre lang jeden Monat ein Atomkraftwerk neu ans Netz gehen müsste – ganz offensichtlich ein Ding der Unmöglichkeit.

Unkritische Berichterstattung in den Medien beeinflusst Öffentlichkeit stark

Neben dem großen medialen Raum für George Monbiot und Mark Lynas gibt es

Atomkraftwerke in Europa

In Europa sind derzeit 93 AKW am Netz. Insgesamt gibt es 196 Reaktorblöcke mit einer installierten Bruttogesamtleistung von 179.384 Megawatt. Über die im Bau befindlichen gibt es unterschiedliche Angaben: Laut Wikipedia sind es 13 Reaktorblöcke, laut der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) 11.

In Großbritannien sind momentan 8 Atomkraftwerke mit 16 Reaktorblöcken und einer installierten Bruttogesamtleistung von 10.902 Megawatt am Netz. 29 Reaktorblöcke mit einer Bruttogesamtleistung von 4.810 Megawatt wurden bereits stillgelegt.

Der Reaktorblock Calder Hall 1 wurde am 27. August 1956 als erster der westlichen Welt in Betrieb genommen. Das Atomkraftwerk Heysham ist mit seinen vier Reaktorblöcken und einer installierten Bruttogleistung von 2.610 Megawatt das leistungsstärkste. Der Reaktor-

block Sizewell B ist mit einer Bruttogleistung von 1.250 Megawatt der leistungsstärkste. Die Kernenergie hat im Großbritannien und Nordirland einen Anteil von 18 Prozent an der Gesamtstromerzeugung

Zum Vergleich: In Frankreich sind derzeit 20 AKW in Betrieb. Der Anteil der Atomenergie an der Gesamtstromerzeugung hat dort einen Anteil von fast 80 Prozent, ein weltweiter Spitzenwert.

In Deutschland liefern noch acht Meiler Atomstrom. Nach dem Super-GAU in Fukushima im März 2011 beschloss die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomkraft. Bis zum Jahr 2022 soll kein Atomstrom mehr aus deutschen Steckdosen fließen.

- ▶ Quelle: Wikipedia
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kernkraftwerke_in_Europa

noch weitere Beispiele für die unausgewogene Berichterstattung über Atomkraft in Großbritannien. Die einzigen kritischen Berichte über den Neubau des Reaktors Hinkley Point C, der mithilfe hoher öffentlicher Subventionen entsteht, bemängeln an dem Vorhaben einzig die hohen finanziellen Kosten. Die ökologischen Kosten fanden keine Erwähnung. Sie machen das Vorhaben aber durch die Nutzung von hoch erhitzten Uranbrennstäben, die mindestens 100 Jahre länger in Kühlteichen gelagert werden müssen als konventionelle Brennstäbe, und durch die Radioaktivität, die Hinkley Point wie alle anderen britischen Atomkraftwerke schon jetzt abstrahlt, deutlich teurer. Dennoch geht es in der öffentlichen Debatte nur um die monetären Kosten.

Auf dem Internetvideoportal Youtube gibt es einen Dokumentarfilm über die Folgen der Praxis, Atommüll im Meer zu versenken. Der Film mit dem Titel „Versenkt und vergessen“ wurde in Deutschland und Frankreich im Fernsehen gezeigt – jedoch nie in Großbritannien.

Ein weiteres Video auf Youtube aus den frühen 1980er-Jahren zeigt den englischen Unterhausabgeordneten für den Wahlkreis Hull Ost, John Prescott, bei einem Auftritt in der Frühstücksfernsehsendung TV AM. In dem Beitrag schwamm Prescott durch die Themse, um auf das Versenken radioaktiven Mülls vor der Küste Großbritanniens aufmerksam zu machen. Kurz vorher wurde er auf sehr aggressive Art und Weise von dem Moderator interviewt, mit dem Ziel seine Argumente zu diskreditieren.

In starkem Kontrast dazu steht eine Folge der BBC-Informationssendung „The Daily Politics“, die etwa eine Woche vor der Veröffentlichung der Hinkley-Pläne ausgestrahlt wurde: In dem Programm wurde Mark Lynas in einem vorab aufgenommenen minutenlangen Beitrag gezeigt, in dem er seinen Sinneswandel pro Atomkraft beschrieb. Die Zuschauer sahen ihn dabei zeitweise am Bedienfeld des Reaktors B von Hinkley Point. Auf diesen Beitrag folgte sofort eine Studiodiskussion, in der Lynas seine Punkte erneut darlegen konnte. Diese mediale Manipulation, für

die es im nuklearen Zeitalter viele weitere Beispiele gibt, stellt den Hintergrund dar, vor dem britische Anti-Atom-Aktivistinnen und -Aktivisten agieren. Sie stehen vor der großen Herausforderung, alle Formen sozialer Medien so gut wie möglich zu nutzen, um ihre Botschaften zu platzieren. Ein gutes Beispiel dafür ist eine kritische Rede, die bei den Reclaim Hinkley Protesten im Oktober 2012 ein pensionierter Elektroingenieur, der früher in der mittlerweile geschlossenen Station A tätig war, hielt.

Zivilgesellschaft von Eigeninitiative und Energiewende überzeugen

Effektive Öffentlichkeitsarbeit besteht auch darin, immer wieder auf den deutschen Atomausstieg nach der Fukushima-Katastrophe und die Wende hin zu erneuerbaren Energien hinzuweisen. Das kommt bei den Menschen durchaus an, aber die Möglichkeiten, die Öffentlichkeit zu erreichen, haben auch ihre Grenzen. Daher muss die britische Anti-AKW-Bewegung andere Wege finden, ihre Position in der voreingenommenen öffentlichen und medialen Landschaft zu stärken.

Ein Ansatz dafür ist, Mikroenergieerzeugung für Haushalte und kleine Unternehmen oder Genossenschaften zu bewerben. Wenn nur fünf Prozent aller Menschen, die gegen Atomkraft sind, dies umsetzen würden, wären das drei Millionen Menschen, die auf diese Weise demonstrieren würden, dass die Diskreditierungen, denen erneuerbare Energien regelmäßig ausgesetzt werden, nichts anderes als Verleumdungen sind.

Aus dem Englischen übersetzt von Antje Mensen

Tim K. Blades ist seit seiner Jugend Atomkraftgegner. Seit September 2011 ist er aktiv bei der Gruppe Kick Nuclear und kämpft gegen den Neubau eines Atomkraftwerks in Hinkley Point.

Kontakt:
E-Mail: londonlr@inbox.com,
www.stopnuclearpoweruk.
net/groups/kicknuclear



Damit Deutschland nicht nachzahlt

Die Energiekosten in Deutschland steigen, viele Haushalte müssen hohe Nachzahlungen für Strom und Heizung leisten. Das tut besonders denen weh, die sowieso schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

Sollen wir deshalb doch wieder auf (vermeintlich billigen) Atomstrom setzen? Dass es jenseits platter Polemik auch anders geht, zeigt Michael Kopatz: Er stellt Maßnahmen vor, mit denen sich die Energiewende fair und sozial verträglich realisieren lässt.

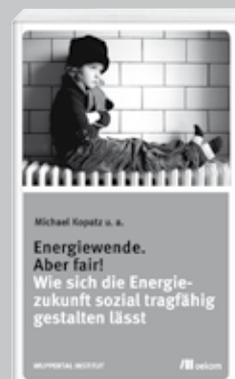
Michael Kopatz u. a.
Wuppertal Institut (Hrsg.)
Energiewende. Aber fair!
Wie sich die Energiezukunft sozial
tragfähig gestalten lässt

296 Seiten, Broschur, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-428-9



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Plastiktüten**EU stiehlt sich aus der Verantwortung**

■ Anfang November hat EU-Umweltkommissar Janez Potočnik einen Vorschlag zur Verringerung des Plastiktütenverbrauchs in Europa vorgestellt. Die Wahl konkreter Maßnahmen und Zielvorgaben bleibt aber den Mitgliedstaaten selber überlassen.

Plastiktüten sind für erhebliche Umweltprobleme verantwortlich und gelten als Hauptquelle für die Vermüllung der Ozeane und die Gefährdung der maritimen Artenvielfalt. Im Jahresdurchschnitt liegt der EU-weite Plastiktütenverbrauch bei 200 Tüten pro Kopf, 90 Prozent davon sind Einwegtüten. Der Vorstoß der EU-Kommission, den europaweiten Verbrauch von Einwegplastiktüten einzudämmen, fand daher grundsätzliche Zustimmung bei den europäischen Umweltverbänden. Insgesamt greife das Vorhaben aber zu kurz. Potočnik will die EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle ändern und die Mitgliedstaaten verpflichten, den Verbrauch von dünnen Plastiktüten zu verringern. Der Vorschlag stellt es den EU-Ländern frei, diese Verpflichtung über Abgaben, feste Verringerungsziele oder nationale Verbote zu erreichen.

„Bereits 2011 hatten sich 70 Prozent der Befragten einer öffentlichen EU-Konsultation für ein Plastiktütenverbot ausgesprochen. Trotzdem zögert die Kommission noch immer, diese kostengünstige und effiziente Maßnahme zu ergreifen. Stattdessen stiehlt sie sich aus der Verantwortung und überlässt den EU-Staaten die Entscheidung“, kritisierte der Abfallexperte des Europäischen Umweltbüros (EEB) Piotr Barczak. Der NABU sprach sich nach Bekanntwerden des Kommissionsvorschlags für die Einführung einer Abgabe auf Plastiktüten aus. „Die Steuer hätte sogar einen doppelten Nutzen, da neben der sinkenden Umweltbelastung durch die anfängli-

chen Einnahmen die Entwicklung neuer recycelbarer und zugleich bioabbaubarer Kunststoffe gefördert werden kann“, sagte NABU-Abfallexperte Benjamin Bongardt. Der Bundesgeschäftsführer des NABU Leif Miller mahnte aber, dass eine Abgabe auf Plastiktüten kein Ende der Debatte um Plastikmüll bedeuten dürfe.

Einige EU-Länder sind dem Kommissionsvorschlag schon voraus: Italien hat die Nutzung von Plastiktüten bereits erfolgreich verboten, in Dänemark und Finnland liegt der durchschnittliche Jahresverbrauch bei vier Tüten pro Kopf. Auch Irland konnte nachweisen, dass eine Abgabe auf Kunststofftüten den Verbrauch wirksam einschränkt. Seit für Einwegtüten hier 22 Cent fällig werden, ging der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von 328 auf nun 16 Stück zurück. [dh]

- ▶ EEB, Piotr Barczak, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891097, E-Mail: piotr.barczak@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ NABU, Benjamin Bongardt, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1610, E-Mail: benjamin.bongardt@nabu.de, www.nabu.de

Elektroschrott**Ziel: mehr Recycling**

■ Bis zum 14. Februar 2014 müssen die EU-Staaten die Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE-Richtlinie) in nationales Recht umsetzen. Der Bundesverband Sekundärstoffe und Entsorgung (BVSE) forderte Ende Oktober, dass vor allem die E-Schrott-Ströme in Deutschland besser kontrolliert werden müssten.

Derzeit würden rund 500.000 Tonnen alter Elektrogeräte gar nicht erst in die Recyclinganlagen kommen, in denen sie fachgerecht entsorgt werden könnten. Stattdessen landeten Elektro- und Elektronikabfälle in den Restmülltonnen, würden nicht weggeworfen oder illegal exportiert. Der BVSE appellierte daher an die kommende Bundesregierung hier nachzubessern. Durch bessere Kontrollen und die Umkehr der Beweislast, wonach der Exporteur von

Elektrogeräten nachweisen muss, dass die Geräte noch brauchbar sind, könnten illegale Abfallexporte eingeschränkt werden.

Aber auch die Hersteller müssten sich bewegen und mehr Bereitschaft zeigen, spätere Recyclingprozesse schon im Produktdesign zu berücksichtigen. Finanzielle Anreizsysteme könnten beispielsweise die Hersteller recyclingfähiger Produkte belohnen. [dh]

- ▶ WEEE-Richtlinie:
www.kurzlink.de/weee-rl-2012-19-eu

Dicofol**Indien blockiert Risikobewertung**

■ Die EU ist mit einem Vorstoß gescheitert, das Pestizid Dicofol in den Annex A der Stockholmer Konvention zum Verbot bestimmter langlebiger organischer (POP) Stoffe aufzunehmen. Indien blockierte das Vorhaben und verhinderte damit auch die Erarbeitung eines Risikoprofils für Dicofol für mindestens ein Jahr. Indien ist weltweit der größte Dicofol-Produzent.

Dicofol wird vor allem im Obst- und Gemüseanbau als Gift gegen Spinnmilben und ihre Eier eingesetzt. In der EU ist Dicofol bereits verboten, da es als gesundheitsgefährdend gilt. [dh]

- ▶ www.pops.int

Nanotechnologie**Noch keine Regeln in Sicht**

■ Um Lücken in der Risikobewertung von Nanomaterialien zu schließen, sollen die Anhänge der europäischen Chemikalienverordnung (REACH) geändert werden. Damit scheint es die Kommission aber nicht eilig zu haben: Ein Änderungsvorschlag wird wohl erst im Mai 2014 kommen, statt wie bisher angenommen noch in diesem Jahr. Mitgliedstaaten und Umweltverbände sind verärgert.

In der EU-Kommission arbeiten die Generaldirektion Unternehmen und Industrie sowie die Generaldirektion Umwelt an Vorschlägen, wie die Bewertung von Nanopartikeln in REACH integriert werden könnte. Unstimmigkeiten zwischen beiden Generaldirektionen scheinen der Grund für den Zeitverzug zu sein.

Experten der Mitgliedstaaten und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich im November in der REACH-Untergruppe für Nanomaterialien trafen, appellierten an die Kommission, eine bessere Regulierung von Nanomaterialien nicht auf die lange Bank zu schieben. Sie sprachen sich auch für einen Vorschlag aus, den das deutsche Bundesamt für Risikobewertung (BfR) Anfang 2012 unterbreitet hatte. Darin fordert das BfR eine strenge Sicherheitsbewertung von Nanopartikeln und will Informationen über die Partikeleigenschaften und die eventuell damit verbundenen Risiken eigenständig bewerten und dokumentieren. Dies soll auch gelten, wenn ein Stoff in seiner „normalen Größe“ bereits registriert ist, da es eventuell relevante Unterschiede in den chemischen und morphologischen Parametern geben kann.

Auch die in REACH bisher vorgesehene Mengenbegrenzung bei der Jahresproduktion müsste gesenkt werden. Hierzu müssten die REACH-Verordnung und insbesondere die Anhänge zu Datenanforderungen für Stoffe geändert werden. Die Änderungen müssten auch die besonderen Prüf- und Informationsanforderungen zur Toxikologie und Ökotoxikologie von Nanomaterialien sowie eine umfassende Charakterisierung regeln. [dh]

► BfR-Positionspapier: www.bfr.bund.de/cm/343/nanomaterialien-und-reach.pdf

REACH

Neue Chemikalien auf dem Prüfstand

■ Anfang November hat die europäische Chemikalienagentur (ECHA) den fortlaufenden Aktionsplan der Gemeinschaft

(CoRAP) für die Periode von 2014 bis 2016 vorgestellt. 56 neue Chemikalien sollen in diesem Zeitraum auf Gesundheits- und Umweltrisiken überprüft werden. Dazu zählen unter anderem das Schieferöl Bitumen, zwei Bisphenole, der unter anderem als Weichmacher verwendete Phtalsäureester 2-Propylheptyl sowie Hexafluorpropen, das in seiner Struktur stark dem umstrittenen Kältemittel HFO-123yf ähnelt. Die aufgelisteten Substanzen gälten als potenziell persistente, bioakkumulierende und toxische (PBT) Stoffe oder endokrine Disruptoren, erklärte die ECHA.

Für die Risikobewertung der neu eingeführten Stoffe sind die Chemikalienbehörden von 22 EU-Mitgliedstaaten zuständig. Bis März 2014 haben alle EU-Länder noch Zeit dem nun vorgelegten CoRAP zuzustimmen, bevor die ECHA eine endgültige Chemikalienliste veröffentlicht. [dh]

► CoRAP-Liste (engl.): www.kurzlink.de/corap-list-11-2013

Chemikalien

Verbot von Chrom VI in Lederwaren

■ Auf Antrag der dänischen Regierung hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) einen Vorschlag erarbeitet, um Chrom IV in Lederartikeln zu verbieten. Anfang November stimmten die EU-Mitgliedstaaten dem Verbot zu. Chrom VI gilt als stark krebserregend und kann allergische Reaktionen auslösen. In Deutschland gilt daher schon seit 2010 ein Grenzwert von drei Milligramm Chrom VI pro Kilogramm Trockenleder. Wird der Grenzwert überschritten, muss das betroffene Produkt vom Markt genommen werden. Ab 2015 soll diese Regelung EU-weit Anwendung finden und wird in Anhang 17 der EU-Chemikalienverordnung REACH verankert. Allerdings soll das Verbot nur für Neuwaren gelten, nicht für Secondhandprodukte.

In den vergangenen Jahren wiesen Überwachungsbehörden immer wieder


soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 22 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 21,50 (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11
 E-mail: reinhard.waechter@aau.at
 Web: www.ifz.aau.at/sote

Chrom VI in Schuhen, Handschuhen, Jacken oder Lederarmbändern nach. Chrom VI entsteht durch Fehler beim Gerben, falschen Chemikalieneinsatz oder mangelnde Nachbehandlung der Lederwaren. Aber auch lange Transportwege in Containern mit hoher Luftfeuchtigkeit und Innentemperatur begünstigen das Entstehen des giftigen Stoffes.

Auch mit der Spielzeugrichtlinie, die im Juli in Kraft getreten ist, hatten die EU-Institutionen bereits eine Beschränkung von mit Chrom VI belastetem Spielzeug beschlossen. Vor dem Hintergrund der noch strengeren Bestimmungen für Chrom in Lederwaren sollen diese Regelungen jetzt noch einmal überarbeitet werden. [dh]

- Regulierungsvorschlag (DOC):
www.kurzlink.de/chrom6-regulation13

Endokrine Disruptoren

Ministerinnen fordern Bewertungskriterien

■ Noch immer hat die EU keine wissenschaftlichen Kriterien festgelegt, um die endokrine Wirksamkeit von Bioziden bestimmen zu können. In einem Brief an EU-Umweltkommissar Janez Potočnik zeigten sich die dänische und die schwedische Umweltministerin, Ida Auken und Lena Ek, deshalb besorgt und forderten klare Kriterien ein.

Sogenannte endokrine Disruptoren (EDC) sind Stoffe, die das Hormonsystem von Menschen und Tieren beeinträchtigen. Im Rahmen der neuen EU-Biozidverordnung muss die Kommission bis zum 13. Dezember entsprechende Bewertungskriterien beschließen. Diese Frist kann aber wohl nicht eingehalten werden, erst soll es nämlich noch eine öffentliche Konsultation geben.

Die Umweltministerinnen aus Dänemark und Schweden kritisierten in ihrem Brief, dass die Kommission in dieser Konsultation vor allem auch sozioökonomische Kriterien erfragen möchte. Statt in der Kriterienfindung nun auch noch wirtschaftli-

che Interessen zu berücksichtigen, solle die Kommission auf die Anfang des Jahres von wissenschaftlichen ExpertInnen nationaler Behörden erarbeiteten EDC-Charakteristika zurückgreifen, schrieben die Ministerinnen. [dh]

- Brief an Janez Potočnik (engl., PDF):
www.kurzlink.de/letter-edc-7-10-2013

Luftqualität

EEA-Bericht nennt nicht alle Zahlen

■ Die Feinstaubbelastung in Europa ist größer als bislang angenommen. Das stellten die Organisatoren der europäischen Bürgerinitiative „30kmh – macht die Straßen lebenswert“ unter Verweis auf den jüngsten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zur Luftqualität in Europa fest. Dieser berücksichtige nämlich nicht alle Luftschadstoffe, so die Initiative.

Für den Verkehrssektor errechnet der Bericht einen jährlichen Ausstoß von 290.000 Tonnen PM10 Feinstaubpartikeln, also Feinstaubteilchen in der Größe von 10 Mikrogramm und kleiner, sowie 235.000 Tonnen der ultrafeinen PM2,5-Partikel. Das seien aber nur die Zahlen für die Feinstaubemissionen aus Abgasen, bemängelt die Bürgerinitiative. Berechne man auch die Belastung mit Nicht-Abgas-Emissionen aus Bremsbelägen, Reifenabrieb oder Fahrbahnnutzung, kämen weitere 200.000 Tonnen Feinstaub jährlich hinzu. Diese Daten würden aber unter den Tisch gekehrt und der EEA von den Mitgliedstaaten gar nicht erst zur Verfügung gestellt. Feinstaubpartikel können tief in Lunge, Blutbahn und Gehirn eindringen und führen unter anderem zu Atembeschwerden oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

13 europäische Industrieverbände haben unterdessen schon deutlich gemacht, wie sie sich die zukünftige Luftreinhaltepolitik vorstellen: Sie warnten die EU-Kommission vor zu hohen Investitionskosten für Unternehmen. Neue Zielsetzungen, die Ende des Jahres veröffentlicht werden

sollen, dürften daher nicht zu weit gehen.

Derzeit besteht eine große Diskrepanz zwischen den EU-Luftqualitätszielen und den maximal erreichbaren Emissionsreduktionen. Neue Vorgaben sollten diese Lücke aber nicht zu mehr als 50 Prozent schließen, so die IndustrievertreterInnen. Anderenfalls würden Unternehmen gezwungen, in zu teure Technologien zu investieren. In Bezug auf die Richtlinie über nationale Emissionshöchstgrenzen für Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) sprechen sich die Industrieverbände gegen Ziele aus, die über die Verpflichtungen des Göteborg-Protokolls hinausgehen. Maßstab für Investitionen in schadstoffarme Technologien müsste immer die beste verfügbare Technik sein. [dh]

- Homepage der Bürgerinitiative: de.30kmh.eu
- www.kurzlink.de/eea-rep-airpollu2013

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Spanien

Umweltkatastrophe bleibt unbestraft

■ Im November 2002 war der Öltanker „Prestige“ vor der spanischen Atlantikküste gesunken und hatte die schlimmste Umweltkatastrophe der spanischen Geschichte ausgelöst: 1.600 Kilometer Küste waren mit schwarzem Ölschlamm verseucht, mehr als 200.000 Seevögel starben. Im strafrechtlichen Sinn ist aber niemand für die Katastrophe verantwortlich. Das entschied ein spanisches Gericht Mitte November und sprach die Angeklagten frei.

Der Kapitän und der Maschinist des Tankers sowie der damalige Chef der spanischen Hafenbehörde hatten sich vor Gericht verantworten müssen. Der Freispruch löste nun heftigen Protest aus. „Die Umweltgesetze sind voller Lücken. Die Unternehmen können tun, was sie wollen. Nach einem Unglück kommen sie straffrei davon, man lässt die Mütze herumgehen,

und wir alle werden zur Kasse gebeten“, kritisierte die Meeresschutzorganisation Oceana gegenüber der dpa. Die spanische Regierung kündigte an, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. Das Land verlangt eine Entschädigung für die Umweltzerstörung.

Schon unmittelbar nach Anklageerhebung hatte es Kritik an der spanischen Justiz gegeben, da keine spanischen Politiker, keine Eigentümer des Schiffes und keine Verantwortlichen der Reederei vor Gericht gestellt wurden. [dh]

► www.oceana.es

Ecuador

Ölkonzern muss zahlen

■ Wegen Umweltverschmutzungen in Ecuador muss der US-amerikanische Ölkonzern Chevron eine Rekordstrafe in Höhe von 9,5 Milliarden Dollar zahlen. Der oberste Gerichtshof in Ecuador bestätigte Mitte November ein Urteil aus dem Jahr 2011, halbierte aber in seinem Urteilspruch die ursprüngliche Höhe des Schadenersatzes.

Der US-Konzern Texaco, der 2001 von Chevron aufgekauft wurde, hatte von 1964 bis 1992 in Ecuador Öl gefördert und giftige Abwässer in die Amazonas-Regenwä-

der rund um die Stadt Lago Agrio abgeleitet. 1993 waren zahlreiche Ureinwohner des Landes gegen den Konzern vor Gericht gezogen. [dh]

► www.kurzlink.de/faz-urteil-chevron13

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimaverhandlungen

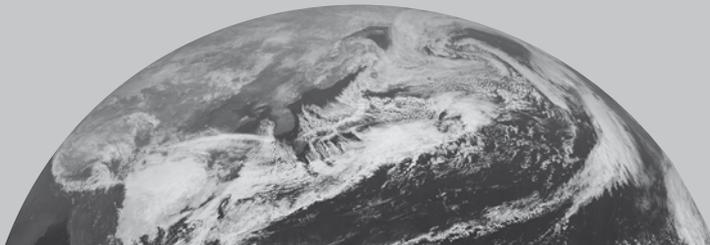
Nicht bis 2020 warten!

■ Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) fordert die Staatengemeinschaft dazu auf, steigende Treibhausgasemissionen umgehend zu bekämpfen.

Die derzeit jährlich ausgestoßene Menge an Treibhausgasemissionen sei viel zu hoch, um den Anstieg der Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten.

Selbst wenn die derzeit bestehenden Emissionsreduktionsziele vollständig umgesetzt würden, sei das Zwei-Grad-Ziel nicht zu erreichen, heißt es im Anfang November veröffentlichten „Emissions Gap“ Bericht des UNEP. EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard sagte dazu: „Dies ist ein Aufruf zu einer ambitionierten Klimapolitik, der zeigt, dass die Welt sich nicht schnell genug zusammenrauft. Die schlechte Nachricht ist, dass derzeitige Emissionsreduktionsmaßnahmen zu langsam sind, um gefährlichen Klimawandel zu vermeiden. Doch die gute Nachricht ist, dass wir Möglichkeiten haben, diese Lücke zu schließen, auch wenn die Zeit knapp wird.“ Allen voran in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und der Subventionierung fossiler Brennstoffe seien notwendige Reformen leicht umzusetzen. Der Bericht zeige auch, dass Entwicklungsländer bereits 60 Prozent zu den globalen Emissionen beitragen. Die Welt könne also den Klimawandel nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn alle ihren gerechten Beitrag leisteten, betonte die EU-Kommissarin. [lr]

► www.unep.org/publications/ebooks/emissions-gapreport2013/Klimapolitik2030



umwelt aktuell
Infodienst für europäische und deutsche Umweltpolitik

**weniger lesen
mehr wissen**

Ob Biodiversität, Umweltpolitik oder Klimawandel: Die Fülle der Informationen macht es nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. umwelt aktuell lichtet das Nachrichtendickicht in Brüssel und Berlin. Berichte, Hintergründe, News zu Ökologie und Nachhaltigkeit aus Deutschland und Europa: Für alle, die mehr wissen, aber weniger lesen wollen.

Auf der Suche nach dem passenden Weihnachtsgeschenk?

Bestellen Sie jetzt Ihr Geschenkabo der umwelt aktuell: 10 Ausgaben + Geschenkkarte für nur 62,50 Euro (zzgl. Versandkosten).

Bestellung an abo@oekom.de
www.oekom.de/umwelt-aktuell

Jetzt Geschenkabo anfordern!

2030-Ziele**Uneinigkeit über Klimapolitik**

■ Die Ausschüsse für Umwelt und Energie im EU-Parlament haben Ende Oktober einen gemeinsamen Entwurf für eine Resolution zur EU-Klima- und Energiepolitik für 2030 vorgelegt. In der Vorlage finden sich jedoch keine Ziele für CO₂-Reduktionen, Energiesparen oder Erneuerbare Energien. Dem Informationsdienst ENDS Europe sagte die Berichterstellerin des Umweltausschusses Anne Delvaux (EVP), die Vorstellungen der beiden Ausschüsse seien weit voneinander entfernt gewesen. Ihr polnischer Koberichtersteller Konrad Szymanski leitet die Verhandlungen für den Industrieausschuss und vertritt die europaskeptische Partei ECR.

Diese Konstellation habe maßgeblich zu der schwachen Vorlage geführt. Delvaux hofft nun auf Änderungsanträge, damit die Resolution doch noch konkrete Zielvorgaben für Emissionsverringerungen, Erneuerbare Energien und Energiesparen enthält. Delvaux plädiert für CO₂-Emissionsverringerungen um 40 Prozent.

Die Abstimmung über die gemeinsame Resolution der Ausschüsse für Umwelt und Energie ist für den 9. Januar 2014 vorgesehen. [am]

► www.kurzlink.de/bericht-eu-klima2030

EU-Emissionshandel**Minireform des Emissionshandels in Sicht**

■ Anfang November haben die EU-Staaten mehrheitlich für das sogenannte Backloading gestimmt. 900 Millionen CO₂-Zertifikate sollen vorübergehend vom Markt genommen werden und somit die CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel verteuern. Christoph Bals, der politische Geschäftsführer von Germanwatch, bezeichnete die Reform als „wichtigen symbolischen Schritt mit großer Signalfunktion“.

Auch in den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD mehren sich die Zeichen, dass die neue Bundesregierung grünes Licht zum Backloading geben wird. Weitere Reformen schließt die Arbeitsgruppe Energie jedoch aus. „Dies hätte zur Folge, dass der Emissionshandel über Jahre hinweg wirkungslos bleibt“, kritisiert Stefanie Langkamp, Energieexpertin beim Deutschen Naturschutzring. „Backloading soll lediglich eine Soforthilfe sein, die eigentlichen Reparaturen fangen dann erst an.“

Dass es dringend Zeit ist zu handeln, zeigen auch die aktuellen Daten zum CO₂-Ausstoß in Deutschland. Dieser ist im zweiten Jahr in Folge gestiegen. Grund ist

der kalte Winter, womit ein höherer Kohle- und Ölbedarf zum Heizen einherging. Hans-Joachim Ziesing, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, sagte gegenüber der FAZ: „Nach ersten überschlägigen Schätzungen dürften sich die energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland um etwa 20 Millionen Tonnen oder um reichlich zwei Prozent erhöhen.“

Seit Monaten dümpelt der CO₂-Preis bei weniger als fünf Euro pro Tonne. Das reicht nicht aus, um Investitionen in klimaschonende Technologien anzuschieben. [sl]

► Deutscher Naturschutzring, Energieexpertin Stefanie Langkamp, Berlin, +49 (30) 6781775-79, Fax -80, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.dnr.de

Energiewende**Deutsche wollen keinen Kohlestrom mehr**

■ Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa hat ergeben, dass nur noch 28 Prozent der Befragten für Kohlestrom sind und gerade einmal 14 Prozent für Atomenergie. Erneuerbare Energien erhalten hingegen über 90 Pro-

Nachhaltigkeit

A-Z



U wie umfassender Überblick

Ob Klettergärten, Barfußpfade oder Waldkindergärten: Bildungsangebote in Natur und Wildnis boomen vielerorts. Wie gut sind nachhaltige Themen in der außerschulischen Bildung heute angekommen? Wie werden sie in der Praxis umgesetzt? Die Autoren dieser Studie haben genauer hingeschaut und bundesweit hunderte Einrichtungen befragt. Sie bieten einen umfassenden Überblick über die Erfolge, regen aber auch Verbesserungen an.

G. Michelsen, H. Rode, M. Wendler, A. Bittner (Hrsg.)
Außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung
 Methoden, Praxis, Perspektiven

220 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-450-0

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

zent Zustimmung. Allerdings gehen viele Befragte davon aus, dass Deutschland noch eine Weile auf fossile Energien angewiesen sein wird. Nur 17 Prozent der BürgerInnen halten es für möglich, in naher Zukunft die Stromversorgung allein aus erneuerbaren Energien zu beziehen. 77 Prozent denken, dass noch andere Energiequellen zum Strommix beitragen müssten. [sl]

► www.kurzlink.de/ewendeforsa13

Erneuerbare Energien

Kampfansage ans EEG

■ Die EU-Kommission will, dass sich die Mitgliedstaaten bei der Förderung erneuerbarer Energien von garantierten Einspeisetarifen verabschieden. Stattdessen empfiehlt sie, flexible Marktprämien einzuführen, die auf den Preis an der Strombörse aufgeschlagen werden. Diese eignen sich besser für Technologien, die bald marktreif sind, heißt es in einer Kommissionsmitteilung, die Anfang November veröffentlicht wurde. Die staatliche Förderung für Erneuerbare soll nach Ansicht der Kommission so gering wie möglich ausfallen und zum Ziel haben, die Technologien schnell wettbewerbsfähig zu machen.

Die Neuerungen sind Teil der Leitlinien zu Beihilfen im Strommarkt und damit nicht bindend. Allerdings stellen sie den Rahmen für Kommissionsanalysen nationaler Fördersysteme dar. Außerdem erwägt die Kommission Gesetzgebung in dem Bereich.

Die Europäischen Grünen kritisieren, dass es in dem Kommissionspapier einseitig um staatliche Unterstützung für erneuerbare Energien geht. Zahlen zu Subventionen für Kohle- und Atomkraft, die in vorab bekannt gewordenen Versionen noch aufzufinden waren und sich als deutlich höher als die Subventionen für regenerative Energien entpuppten, tauchen in der finalen Version aber nicht mehr auf.

Neben dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kritisiert die Kommission die großflächigen Ausnahmen für energieintensive Unternehmen von der EEG-

Umlage. Bundesumweltminister Peter Altmaier und die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft reisten deshalb zu Gesprächen mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia nach Brüssel. Hier warben sie für die Beibehaltung der Ausnahmeregelungen. [am]

► Mitteilung der EU-Kommission: www.europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1021_en.htm

Energiesparverordnung

Die Neue ist offiziell

■ Das Bundeskabinett hat Mitte Oktober die neue Energieeinsparverordnung (EnEV) beschlossen, die mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft tritt. Laut der Verordnung müssen Neubauten ab 2016 ihren Primärenergiebedarf um 25 Prozent senken und die Dämmwirkung um 20 Prozent steigern. Außerdem müssen Heizanlagen, die über 30 Jahre alt sind, ausgetauscht werden. Dabei gelten jedoch so viele Ausnahmen, dass nur wenige Anlagen betroffen sind. Deswegen spricht der Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig vom Bundesverband Solarwirtschaft von einer „Minireform“. [vw]

► www.kurzlink.de/EnEV-2013

Biokraftstoffe

Reform verschoben

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat Ende Oktober der Berichterstatterin Corinne LePage (ALDE) erneut das Verhandlungsmandat für die Reform der EU-Regeln zu Biokraftstoffen verweigert. Somit können die Verhandlungen über die von der Kommission vorgeschlagene Reform vorerst nicht beginnen.

Bereits im September hatte das EU-Parlament dagegengestimmt. Die vorgeschlagenen Nutzungsbeschränkungen für getreidebasierte Biokraftstoffe der ersten Generation könnten sich nun um einige Monate verschieben. Eine endgültige Ent-

scheidung wird nicht vor 2015 erwartet. Laut Europäischem Umweltbüro (EEB) wird diese Abstimmung der Biokraftstoffpolitik erheblichen Schaden zufügen. Zuvor hatten verschiedene Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen das Parlament in einem gemeinsamen Brief dazu aufgerufen, nachhaltige Biokraftstoffe gesetzlich zu unterstützen. Der Kommissionsvorschlag geht nun in die zweite Lesung, die voraussichtlich erst nach den Parlamentswahlen im Mai stattfinden wird. [lr]

► Gemeinsamer Brief von Unternehmen und NGOs: www.kurzlink.de/brief13-9

Atomenergie

Zwei neue Atomkraftwerke für Großbritannien

■ Der französische Energiekonzern EDF und die britische Regierung wollen an der englischen Südwestküste zwei neue Druckwasserreaktoren bauen. Zwei chinesische Atomkonzerne beteiligen sich mit 30 bis 40 Prozent an dem Projekt, weitere 10 Prozent der Anteile hält der französische Konzern Areva. Auch die britische Regierung beteiligt sich an den Baukosten in Höhe von 19 Milliarden Euro. Das Vorhaben soll unter anderem durch festgelegte Abnahmepreise von 10,6 Cent pro Kilowattstunde finanziert werden, womit die Preise noch über den deutschen Einspeisevergütungen für Windkraft liegen. 2023 sollen die Meiler voraussichtlich für 35 Jahre ans Netz gehen. Rund sieben Prozent des britischen Strombedarfs könnten aus den Atomkraftwerken gedeckt werden. (siehe Artikel S. 6) [sl, vw, rm]

► www.global2000.at

Energiewende

Polen braucht keine Kohle

■ Polen könnte seine Abhängigkeit von Kohle bis 2030 halbieren und viermal mehr erneuerbare Energien erzeugen. Dies ►

ist bereits bei Mehrkosten von 0,2 Cent pro Kilowattstunde bis 2020 möglich, bis 2050 wären die Energiepreise dann sogar 3,6 Cent günstiger. Das geht aus einer Studie von Greenpeace und verschiedenen Erneuerbare-Energien-Verbänden hervor. Polens CO₂-Ausstoß könnte bis 2030 um die Hälfte und bis 2050 um 90 Prozent sinken. Dadurch würden bis 2030 rund 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. [sl, vv]

► www.greenpeace.de/themen/energie/nachrichten/artikel/polens_weg_aus_der_kohle

Netze in Bürgerhand

Berliner Volksentscheid knapp gescheitert

■ Das Volksbegehren zur Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes ist Anfang November knapp gescheitert – es fehlten rund 21.000 Ja-Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 29,1 Prozent, aber nur 24,1 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für die Pläne, die Netze zu rekommunalisieren und ein landeseigenes Stadtwerk zu gründen. Insgesamt hätten es 25 Prozent sein müssen.

Der Berliner Energietisch führte das Scheitern auf die Entscheidung von Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zurück, der die Abstimmung nicht zeitgleich mit den Bundestagswahlen stattfinden lassen wollte. Dadurch sei die Wahlbeteiligung zu niedrig gewesen, um die nötige Stimmenzahl zu erreichen.

„Wowereit kann sich vor dem Volksentscheid retten, aber nicht vor den Berlinern“, erklärte Hartmut Gaßner, Aufsichtsratsvorsitzender der BürgerEnergie Berlin. „Der Wille der Berliner und der Auftrag an den Senat ist mehr als deutlich: Gebt uns unser Stromnetz zurück!“ Die Bürgergenossenschaft schlug vor, dass das Land beim Vergabeverfahren mit der Bürgergenossenschaft kooperieren solle, um dem Willen der BerlinerInnen gerecht zu werden. [sl]

► www.buerger-energie-berlin.de

Fossile Energien I

Fracking bedroht erneuerbare Energien

■ Der deutsche Auslandsnachrichtendienst BND hat in einem neuen Bericht vom November davor gewarnt, weiterhin auf fossile Energien zu setzen. Gerade durch neue Fördermethoden wie Fracking sei die Versorgungssicherheit garantiert, allerdings werde dadurch auch der Markt von fossilen Brennstoffen überschwemmt.

Laut BND belasten die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl nicht nur stark die Umwelt, sondern erschweren gleichzeitig den Umstieg auf erneuerbare Energien. Allein die Verbrennung der nachgewiesenen Reserven von Kohle, Öl und Gas würden über 2.700 Milliarden Tonnen CO₂ emittieren. Internationale Klimaforscher hatten jedoch errechnet, dass bis 2050 höchstens 1.110 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestoßen werden dürfen, damit die Erderwärmung nicht über zwei Grad Celsius steigt. [rm, sl]

► www.bnd.bund.de

Fossile Energien II

Globale Subventionen steigen erneut

■ Den neuesten Zahlen der Internationalen Energieagentur zufolge sind die globalen Subventionen für fossile Energien im vergangenen Jahr um vier Prozent gestiegen. Damit betragen sie 544 Milliarden Euro – mehr als fünfmal so viel wie die Investitionen in erneuerbare Energien im selben Zeitraum.

Der World Energy Outlook sieht in den Subventionen eine der größten Barrieren für eine Steigerung der Energieeffizienz. Demnach könnten die Emissionen aus der Energieerzeugung bis 2035 global um 20 Prozent steigen. [sl]

► www.iea.org

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Kinder als Konsumenten

Besonderer Schutz erforderlich

■ Im Mittelpunkt der deutschen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung stand 2012 der Schutz von Kindern. Den Daten zufolge, die das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im November veröffentlichte, müssen die jüngsten Konsumenten besser vor gefährlichen Stoffen in Nahrungsmitteln und Spielsachen geschützt werden.

So enthielt jedes zehnte von rund 330 geprüften Holzspielzeugen gefährliche Phthalate, also Weichmacher. Diese können die Fortpflanzungsfähigkeit schädigen. Bei fast allen (87 Prozent) der untersuchten Metallspielzeuge entdeckten die Kontrolleure des BVL Nickelwerte, die die gesetzlichen Grenzwerte überschritten. Nickel gilt als allergieauslösend.

Kleinkinder gehörten zu den sensibelsten Verbrauchern und seien daher besonders schutzwürdig, sagte der Präsident des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Helmut Tschiersky. Er nannte die erhöhten Nickelwerte untragbar und appellierte an Händler und Produzenten, mehr Sicherheit bei Spielzeug zu garantieren.

Die Kontrolleure untersuchten gezielt auch Azofarbstoffe in Lebensmitteln, die Kinder besonders gern essen, wie zum Beispiel Eis, Backwaren und Süßigkeiten. Etwa zwei Drittel aller Eis- und Kuchenproben waren nicht ausreichend gekennzeichnet. Bestimmte Farbstoffe können die Aufmerksamkeit von Kindern beeinträchtigen.

Auch bei den regulären Kontrollen in Betrieben, die Lebensmittel herstellen, verarbeiten oder verkaufen, stellten die BVL-Prüfer zahlreiche Mängel, vor allem bei der Hygiene, fest. [mbu]

► Daten zur Lebensmittelüberwachung: www.bvl.bund.de/lebensmittelueberwachung2013

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Endgültig grünes Licht

■ Das Europäische Parlament hat Ende November die Reform der Agrarpolitik verabschiedet. Nun wird das für Landwirtschaft vorgesehene Geld aus dem EU-Haushalt neu verteilt. Das Agrarbudget macht in der kommenden Finanzperiode 2014–2020 gut ein Drittel des gesamten Haushaltes der EU, der etwa 960 Milliarden Euro umfasst, aus. 2013 flossen knapp 40 Prozent des EU-Haushaltes von 130 Milliarden Euro in die Landwirtschaft. Im Juni hatten sich die Verhandlungsführer von Europaparlament, Ministerrat und Europäischer Kommission auf einen Kompromiss für die Agrarreform geeinigt.

Die Grünen im EU-Parlament und Umweltverbände kritisierten das beschlossene Gesetzespaket. Die Reform ist aus Um-

weltsicht ungerechter und kaum umweltfreundlicher als bisher.

Viel zu wenig Geld sei richtig ökologisch ausgerichtet, sagte der agrarpolitische Sprecher der Grünen Martin Häusling. Es gebe so viele Ausnahmen, dass man kaum von wirklicher Veränderung sprechen könne. Einzig die Umschichtung von 4,5 Prozent Geldern von der ersten in die zweite Säule fand Häuslings Lob. Diese komme nun unter anderem einer nachhaltigen Landwirtschaft sowie Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zugute. Das Abstimmungsergebnis im Parlament habe der Aussicht auf eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik einen Schlag versetzt, monierte das Europäische Umweltbüro (EEB). Birdlife Europe bezeichnete die künftige Agrarpolitik als nicht grün, nicht einfach und nicht gerecht.

- ▶ www.kurzlink.de/eu-parl-gap11.2013
- ▶ www.greens-efa.org
- ▶ www.eeb.org
- ▶ www.birdlife.org

EU-Agrarreform national

Mehr Geld für kleine und mittlere Bauernhöfe?

■ Die Agrarminister der 16 Bundesländer haben sich Anfang November auf eine Umverteilung der milliardenschweren EU-Agrarsubventionen geeinigt. Auf ihrer Sonderkonferenz in München beschlossen die Minister, dass künftig vor allem kleinere und mittlere bäuerliche Betriebe mehr Geld aus dem Agrartopf der Europäischen Union erhalten sollen. Dafür soll es für die ersten 46 Hektar einen Aufschlag geben. Insgesamt sollen in Deutschland nur 6,9 statt der erlaubten 30 Prozent der Direktzahlungen fließen. Dennoch stimmten auch die fünf ostdeutschen Länder dem Kompromiss zu, sodass es am Ende ein einstimmiges Votum gab.

Insgesamt ging es um die Verteilung von 6,2 Milliarden Euro. Davon entfallen fünf Milliarden auf die Direktzahlungen, mit denen die Bauernhöfe abhängig von

Nürnberg, Germany
12. - 15.02.2014

BIOFACH2014

into organic

Welleitmesse für Bio-Lebensmittel

EINZIGARTIG IMPULSGEBEND.

Die inspirierende Vielfalt konsequent zertifizierter Produkte, präsentiert von internationalen Ausstellern – auf der BIOFACH.

biofach.de

Tragen Sie den Termin direkt in Ihren Kalender ein

VERANSTALTER
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 09
Fax +49 (0) 9 11.86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de

Zutritt nur für Fachbesucher

der Betriebsgröße bezuschusst werden. Das sind etwa zehn Prozent weniger als bisher. Etwa 1,2 Milliarden Euro stehen für die sogenannte zweite Säule zur Verfügung, mit der die ländliche Entwicklung gefördert wird.

Bisher hatten sich die Bundesländer nicht einigen können, da die Grünen-Landwirtschaftsminister die Direktzahlungen aus Brüssel noch weiter kürzen wollten, zugunsten von Agrarumweltprogrammen, Ökolandbau und Naturschutz. Vor allem Bayern forderte eine Sonderförderung für kleine und mittlere Höfe auf Kosten von Großbetrieben. Das lehnten die ostdeutschen Agrarminister ab, weil es dort die meisten Großbetriebe gibt. Ostdeutsche Bauern profitieren bislang überdurchschnittlich von den Subventionen aus Brüssel.

Dem Kompromiss zufolge erhalten Landwirte von kleinen und mittleren Betrieben künftig für die ersten 30 Hektar Fläche 50 Euro Prämie zusätzlich, für die nächsten 16 Hektar noch einmal 30 Euro.

Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Martin Häusling lobte die Einigung, auch wenn sie nicht wirklich zufriedenstellend sei.

Der ökologische Erzeugerverband Naturland sieht in dem Beschluss der Agrarminister die Chance, trotz der Kürzungen durch die EU-Agrarreform doch noch den

Einstieg in eine ökologische Agrarwende zu finden.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hingegen kritisiert, dass die nach der Brüsseler Agrarreform eröffneten Chancen zur stärkeren ökologischen Ausrichtung der Landwirtschaft nicht ausreichend genutzt worden seien. [mbu]

- ▶ www.agrarministerkonferenz.de
- ▶ www.martin-haeusling.eu
- ▶ www.bund.net
- ▶ www.naturland.de

Statistik

EU-Landwirtschaft in Zahlen

■ Ein Viertel der gesamten Getreidernte der Europäischen Union wird in Frankreich erzeugt, Großbritannien ist der Hauptproduzent von Milch, Deutschland stellt am meisten Käse, Rahm und Butter her. Das geht aus der neuesten Ausgabe von „Agriculture, forestry and fishery statistics – 2013 edition“ hervor, die Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, im November veröffentlicht hat. Die Statistik gibt einen Überblick über den Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Fischereisektor in der Europäischen Union und enthält zahlreiche Grafiken und Tabellen.

In acht Kapiteln informiert die Publikation über den Landwirtschaftszensus, landwirtschaftliche Gesamtrechnungen und Preise, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Agrarumweltindikatoren, die Entwicklung des ländlichen Raums, Forstwirtschaft und Fischerei. Auch der Agrarsektor in Kroatien ist schon berücksichtigt. [mbu]

- ▶ Eurostatistik Landwirtschaft, Forst und Fischerei 2013: www.kurzlink.de/eurostat-agrar-2013

Koexistenz

Honig ohne Schutz vor Genpollen

■ Deutsche Imker können vorerst keine Schutzmaßnahmen vor der Verunreinigung ihres Honigs mit dem Blütenstaub gentechnisch veränderter Pflanzen erwarten. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies Ende Oktober die entsprechende Klage eines Imkers ab.

Der Bienenzüchter Karl-Heinz Bablok aus Bayern hatte in Leipzig Revision gegen die Entscheidung zweier bayerischer Gerichte eingelegt. Nachdem er vor sechs Jahren seine Honigernte, die durch den Monsanto-Genmais MON810 verunreinigt war, nicht mehr verkaufen durfte, hatte er einen



Slow Food®

Magazin

Genießen mit Verstand

Wissen Sie, wo Ihre Milch herkommt? Kennen Sie Ihren Metzger persönlich? Können Sie eine Räucherfischpfanne zubereiten? Haben Sie schon einmal echte Alblinsen, Ahle Wurst aus Nordhessen oder ein Ramelsoher Blaubein probiert?

Das *Slow Food Magazin* bringt Ihnen die Welt der Lebensmittel näher – getreu dem Motto „gut, sauber und fair“. Lassen Sie sich kulinarisch inspirieren, lassen Sie sich mitnehmen auf *Genussreise* und ins *Geschmackslabor* – und erfahren Sie außerdem, warum Essen politisch ist!

Testen Sie das *Slow Food Magazin* im günstigen Probeabonnement:
Drei Ausgaben für nur 10 Euro. Sie werden auf den Geschmack kommen!

Erhältlich bei: www.oekom.de/slowfood, slowfood@oekom.de





besseren Schutz seiner Honigproduktion gefordert. So sollte etwa ein Mindestabstand von mehreren Kilometern zwischen Bienenstand und Gentechnikfeldern festgelegt werden. Das lehnten zwei Gerichte in Bayern als „unverhältnismäßig“ ab. Die genmodifizierten Bestandteile gelangten in den Honig, weil das Land Bayern in der Nähe von Babloks Bienen MON810 zu Versuchszwecken angebaut hatte.

Einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2011 zufolge darf Honig selbst mit den geringsten Spuren gentechnisch veränderter Bestandteile nicht vermarktet werden, weil der Pollen des Genmaises nicht als Lebensmittel zugelassen ist.

Der geschädigte Imker Bablok wollte geklärt haben, ob er Schadenersatz verlangen kann und ob ein Verbot des Gentechnikbaus in der Nähe seiner Bienenstände möglich ist. Die Leipziger Richter lehnten eine Grundsatzentscheidung ab. Ihre Begründung: Der erneute Anbau des Genmaises ohne Zulassung als Lebensmittel sei nicht zu erwarten.

Das Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik will sich aber nicht geschlagen geben und erwägt, vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Die Imker sehen sich in ihren Grundrechten verletzt, weil der Vorrang der Forschung ihrem Interesse nach Schutz entgegensteht. [mbu]

- ▶ Bundesverwaltungsgericht:
www.kurzlink.de/bverwg-genhonig2013
- ▶ Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik: www.bienen-gentechnik.de

Genpflanzenzulassung

2014 wahrscheinlich neuer Genmais in der EU

■ Die Europäische Kommission hat am Mittwoch dem EU-Rat den Zulassungsantrag für den gentechnisch veränderten Mais namens 1507 der US-Firma Pioneer übergeben. Das bedeutet, dass der Mais voraussichtlich im kommenden Frühjahr in EU-Ländern ausgesät werden darf.

Da im Rat vermutlich nicht mit einer Mehrheit für oder gegen die Genehmigung des Pioneer-Genmaises zu rechnen ist, geht die Vorlage dann an die Kommission zurück. Diese ist nach eigenen Angaben „als Hüterin der Verträge dazu verpflichtet, das geltende Recht anzuwenden“. Die Richtlinie über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen (2001/18/EG) wurde 2001 von Rat und Parlament verabschiedet, um den Rahmen für die Zulassung für den Anbau von Genpflanzen zu stärken.

Das Dilemma Patt im Rat und Rückspiel an die Kommission wiederholt sich regelmäßig. Daher hatte die Kommission im Juli 2010 auf Wunsch mehrerer Mitgliedstaaten vorgeschlagen, die Richtlinie so zu ändern, dass die EU-Länder mehr Autonomie bei der Entscheidung für oder gegen die Anbaugenehmigung einer Genpflanze hätten. Darüber wollen die Vertreterinnen und Vertreter des EU-Umweltrats Mitte Dezember weiter diskutieren.

Die Kommission hatte zudem den Genmais Smartstax als Lebens- und Futtermittel sowie mit dem Mais MON810 kontaminierte Pollen als zulässigen Bestandteil in Lebensmitteln genehmigt.

Die Organisation Testbiotech und weitere Experten aus den Mitgliedstaaten hatten Mängel bei der Risikobewertung von Smartstax festgestellt, die von Monsanto, DowAgroSciences und der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA durchgeführt wurde. Die auch als Supergenmais bezeichnete Sorte Smartstax wurde gentechnisch so verändert, dass sie sechs Insektengifte produziert und gegen zwei Unkrautvernichtungsmittel resistent ist. Trotzdem seien die Kombinationseffekte zwischen den Insektengiften und den Rückständen der Spritzmittel nicht getestet worden, monierte Testbiotech. Die EFSA hatte auch keine Fütterungsversuche mit den Pflanzen zur Untersuchung gesundheitlicher Risiken gefordert. Testbiotech will Beschwerde gegen die Entscheidung einlegen. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu Genpflanzenzulassung: www.europa.eu/rapid (Search: IP/13/1038)
- ▶ Brief von Testbiotech an EU-Kommission: www.testbiotech.org/node/931

Globaler Gentechnikatlas

Genpflanzenanbau nicht kontrollierbar

■ Die gentechnikkritische Organisation Testbiotech hat im November einen Bericht veröffentlicht, der eine Übersicht gibt, wie sich gentechnisch veränderte Pflanzen weltweit unkontrolliert ausbreiten. In dem Atlas sind Mais, Reis, Baumwolle, Raps, Straußgras und Pappeln in den USA, Kanada, Mittelamerika, Japan, China, Australien und Europa aufgelistet.

Das Autorenteam stellt in dem Atlas fest, dass ein Nebeneinander von gentechnisch veränderten und nicht gentechnisch veränderten Pflanzen ohne Auskreuzung nicht möglich ist. Sie fordern Maßnahmen für den Schutz gentechnikfreier Felder, wie es das Vorsorgeprinzip in der europäischen Gesetzgebung vorsieht.

Denn die Folgen sind laut Testbiotech nicht vorhersagbar. Es sei nicht abzuschätzen, wie sich genmodifizierte Pflanzen und Tiere langfristig in der Umwelt verhalten und welche Auswirkungen sie auf die biologische Vielfalt haben werden. [mbu]

- ▶ Gentechnikatlas Testbiotech:
www.testbiotech.org/sites/default/files/Testbiotech_Ausbreitung_Transgene.pdf

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Flächenbedeckung EU

40 Prozent Wälder, 25 Äcker

■ Künstliche Flächen wie Gebäude und Verkehrsinfrastruktur bedecken 5 Prozent der gesamten Fläche der EU, Ackerland 25 Prozent und Wälder 40 Prozent. Dies geht aus den Daten zur europäischen Landnutzungs- und Bedeckungserhebung (LUCAS) hervor, die Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, Ende Oktober veröffentlichte. Demnach ist mehr als die Hälfte der Fläche von Schweden (76 Prozent), Finnland (72 Prozent), Estland ▶

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Wir sollten unsere Zeit- und Arbeitsorganisation ändern, um so zu leben und zu wirtschaften, dass sich unsere Ressourcennutzung verringert – am besten bei gleichbleibend hohem Wohlbefinden aber weniger sozialer Ungleichheit. Eine schöne, aber völlig unrealistische Utopie?

Keineswegs, wie dieser leicht verständliche und doch fachlich fundierte Einstieg in die anregende Debatte um nachhaltiges Wirtschaften und innovative Zeitkonzepte zeigt.

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.)
Zeitwohlstand

Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben
112 Seiten, Softcover, 16,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-476-0

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



(61 Prozent), Slowenien (60 Prozent) und Lettland (56 Prozent) mit Wald bedeckt. Den höchsten Anteil künstlicher Flächen weisen Malta (30 Prozent), Belgien (13 Prozent), Luxemburg und die Niederlande (jeweils 12 Prozent) auf.

2012 haben für das LUCAS-Projekt 750 BeobachterInnen an 270.000 Stellen in 27 EU-Mitgliedstaaten Daten über die Landschaft und deren Nutzung erhoben. Kroatien, das erst im Juli 2013 der EU beigetreten ist, hat an der Erhebung nicht teilgenommen. Die Daten bilden die Grundlage für Raumanalysen und Planungsprozesse von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und städtischen Gebieten. Außerdem werden sie für Anpassungsaktivitäten an den Klimawandel genutzt. Die Anteile verschiedener Landschaftstypen und deren Nutzung in den 27 untersuchten EU-Mitgliedstaaten sind auf der Eurostat-Homepage dargestellt.

Zur selben Zeit haben WissenschaftlerInnen der Universität Maryland (USA) ermittelt, dass zwischen 2000 und 2012 weltweit etwa 2,3 Millionen Quadratkilometer Wald verloren gegangen sind. Dazu haben sie 650.000 Satellitenbilder ausgewertet. Im gleichen Zeitraum seien lediglich 800.000 Quadratkilometer neuer Wald entstanden. Den WissenschaftlerInnen zufolge ist die Abholzung allein im Amazonasregenwald im Vergleich zum Vorjahr um 28 Prozent gestiegen. Die Ergebnisse der Untersuchung können auf einer interaktiven Karte online eingesehen werden. [ej]

- ▶ Mitteilung Eurostat:
www.kurzlink.de/eustatucas2013
- ▶ Interaktive Karte der Uni Maryland:
www.kurzlink.de/umlfm

Biodiversität

EU-BürgerInnen fordern stärkeren Naturschutz

■ Fast 90 Prozent aller EuropäerInnen halten den Rückgang der biologischen Vielfalt für ein Problem. Dies geht aus einer Umfrage von Anfang November hervor.

Ende Juni dieses Jahres wurden knapp 26.000 Personen aus den 28 EU-Mitgliedstaaten zu ihrer Einschätzung des Rückgangs der biologischen Vielfalt befragt. Demnach halten es 93 Prozent der Befragten für wichtig, den Rückgang von Tier- und Pflanzenarten und deren natürlichen Lebensräumen in Europa zu stoppen. Bei der vorherigen Umfrage von 2007 gaben dies 34 Prozent an. 78 Prozent der Befragten sagten, sie würden zur Bekämpfung des Verlustes der Biodiversität umweltfreundliche Produkte, wie regionale oder Bioprodukte, kaufen. Ein Großteil der Befragten (65 Prozent) forderte, die EU sollte die Naturschutzgebiete in Europa ausweiten. In Deutschland bezeichnetem 96 Prozent der Befragten den Erhalt der biologischen Vielfalt als ethische Verpflichtung.

„Es ist erfreulich, dass der Öffentlichkeit zunehmend bewusst wird, welche Bedeutung der biologischen Vielfalt zukommt“, kommentierte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik die Ergebnisse. Nun sei die Politik in der Pflicht.

Die Biodiversitätsstrategie der EU von 2011 sieht vor, den Verlust der Biodiversität bis 2020 stoppen. Derzeit ist ein Viertel der in Europa beheimateten Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht und 88 Prozent aller Fischbestände sind überfischt oder stark dezimiert. [ej]

- ▶ Umfrage: www.kurzlink.de/surveunatsch
- ▶ Mitteilung der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/kommit11789
- ▶ Die Biodiversitätsstrategie der EU:
www.kurzlink.de/eubiodivstrat

EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie

Verbände kritisieren Blockade

■ Deutschland muss die Blockade des EU-Bodenschutzes beenden. Das fordern die Dachverbände der deutschen und der europäischen Umweltschutzverbände, der Deutsche Naturschutzring (DNR) und das europäische Umweltbüro (EEB). Anfang Oktober hatte die EU-Kommission ihre Pläne für eine Bodenschutzrahmenrichtlinie infrage gestellt. Den Überlegungen

des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zur Abschaffung der Bodenrahmenrichtlinie folgend, bliebe der Schutz von Böden dann den einzelnen EU-Mitgliedstaaten überlassen.

Die Umweltverbände halten in ihren Forderungen an einer europaweiten Bodenschutzrahmenrichtlinie fest. Im EU-Ministerrat ist der Kommissionsvorschlag von 2006 zu einer Bodenrahmenrichtlinie immer noch blockiert. Wenn in Brüssel keine Einigung erzielt werden kann, könnte sie durch andere Maßnahmen im Rahmen des REFIT-Programms (Regulatory Fitness and Performance Programme) ersetzt werden. Dieses soll zulasten des Umweltschutzes Rechtsvorschriften vereinfachen.

Der DNR und das EEB kritisieren vor allem die Blockadehaltung Deutschlands gegenüber der Bodenschutzrahmenrichtlinie. „Gesunde Böden sind absolut zentral für Klimaschutz, sauberes Trinkwasser und Nahrungsmittelsicherheit. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung eine EU-weite Regelung zum Bodenschutz seit Jahren blockiert“, sagte DNR-Präsident Hartmut Vogtmann. „Kommissionschef Barroso ist eingeknickt vor dem Widerstand der Bundesregierung, die sich in der Frage seit Langem der Agrarlobby hörig zeigt“, sagte Jeremy Wates, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB).

Laut der Umweltstiftung WWF gehen jährlich weltweit mehr als 24 Milliarden Tonnen fruchtbarer Böden verloren. Nur zwölf Prozent der Erdoberfläche bestehen aus landwirtschaftlich nutzbarem Boden. Fruchtbare Anbauflächen, die aber durch Versiegelung, Verdichtung und Kontamination stetig schwinden, sind die Voraussetzung für 90 Prozent aller weltweit produzierten Lebensmittel. Es dauert bis zu 500 Jahre, bis sich wieder eine 2,5 Zentimeter dicke Bodenschicht gebildet hat, wenn diese durch Erosion abgetragen wird. Schwindende fruchtbare Böden verursachen allein in der EU jährlich Kosten von etwa 38 Milliarden Euro. [ej]

- Mitteilung von DNR und EEB: www.kurzlink.de/mitdnreeb
- WWF-Mitteilung: www.kurzlink.de/mitwwfbsrl

Naturschutzprojekte

Jahresprojekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt

■ Ende Oktober hat die UN-Dekade Biologische Vielfalt erstmals die Auszeichnung zum Projekt des Jahres an eines der über 100 Kandidatenprojekte vergeben. Die Auszeichnung erhielt der Freundeskreis Nationalpark Schwarzwald. Im August

war die Initiative im Schwarzwald bereits als Monatsprojekt ausgezeichnet worden.

Der Freundeskreis Nationalpark Schwarzwald setzt sich seit 2011 für die Wahrung unzerschnittener Waldflächen und urwüchsiger Natur im Schwarzwald ein und hat den ersten Nationalpark im Nordschwarzwald in Baden-Württemberg eingerichtet. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) führt der Freundeskreis vor Ort Dialoge mit

Bodenschutz braucht europäischen Ansatz

Die Schädigung der Böden durch Degradierung und nicht nachhaltige Landnutzung nimmt in den vergangenen Jahren in Europa ungebremst zu, da das nötige Instrument zum Bodenschutz – die europäische Bodenrahmenrichtlinie – seit 2007 von Deutschland und anderen Mitgliedstaaten blockiert wird.

Die Argumentation der „Neinsager“, eine Richtlinie sei kein angemessenes Instrument, hält jedoch dem dringenden Handlungsbedarf nicht stand. Die kontinuierlichen Bedrohungen liegen auf der Hand: Jährlich werden über tausend Quadratkilometer Landfläche für den Wohnungsbau, für Industrie- oder Verkehrszwecke in Anspruch genommen. Darüber hinaus intensivieren sich die landwirtschaftliche Nutzung sowie die Verschmutzung der Böden. In Zukunft werden auch der Klimawandel sowie drohende Naturkatastrophen die Böden zusätzlich strapazieren. Ohne einen europäischen Ansatz zum Bodenschutz riskieren wir, dass wichtige Ökosystemdienstleistungen nicht gewährleistet werden können und somit auch die biologische Vielfalt zusätzlich geschädigt wird.

Anstatt dieser Problematik auszuweichen, sollten wir den Tatsachen in die Augen sehen und EU-Ziele für eine nachhaltige Land- und Bodennutzung festlegen. In Zukunft ist es unerlässlich, dass bei Plänen zur Nutzung der Böden auf allen Ebenen ökologische, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen gebührend berücksichtigt werden. Im siebten Umweltaktionsprogramm sind entsprechende Forderungen enthalten, damit zukünftig auch ökologische Erwägungen, zum

Beispiel zum Gewässerschutz oder der Erhaltung der Artenvielfalt, in Entscheidungen zur Landnutzung einfließen.

Nun mag der aktuell diskutierte Entwurf einer Bodenrahmenrichtlinie politisch keine Zukunft haben und ist akut durch den Vorschlag zur „Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT)“ von Kommissionspräsident José Manuel Barroso bedroht. Jedoch muss weiterhin ein europäischer Regulierungsansatz kommen. Durch die Verabschiedung des siebten Umweltaktionsprogrammes ist ein starkes Bekenntnis zum Bodenschutz auf europäischer Ebene angenommen und dieses Momentum sollte nun genutzt werden.

Die „Neinsager“, allen voran Deutschland und die zukünftige Bundesregierung, müssen sich ihrer Verantwortung und Verpflichtung bewusst werden und sollten neuen Vorschlägen seitens der Europäischen Kommission konstruktiv begegnen. Die Rolle der Böden beim Schutz des Klimas und der Biodiversität sowie zur Gewährleistung wichtiger Ökosystemdienstleistungen muss dringend einen europäischen Rahmen erhalten.

Jo Leinen ist seit 1999 sozialdemokratischer Abgeordneter im Europäischen Parlament.

**Kontakt: Tel. +32 2 28 47842,
E-Mail: jo.leinen@europarl.europa.eu**

verschiedenen Interessengruppen. Die UN-Dekade Biologische Vielfalt zeichnet Projekte aus, die sich vorbildlich für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen. Das Ziel der UN-Dekade Biologische Vielfalt 2011–2020 in Deutschland ist es, Öffentlichkeit für die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu gewinnen. In diesem Zusammenhang steht auch der Dekade-Wettbewerb. Dabei bewertet eine Fachjury die unterschiedlichen Wettbewerbsbeiträge. Für die Auszeichnung können sich bei der UN-Dekade Biologische Vielfalt alle Projekte bewerben, die sich beispielhaft für den Erhalt biologischer Vielfalt einsetzen. [ej]

- ▶ UN-Dekade Biologische Vielfalt:
www.kurzlink.de/undbiodiv
- ▶ Mitteilung der UN-Dekade:
www.kurzlink.de/pmjpundbiodiv

Natur des Jahres

Jahreswesen 2014 gekürt

■ Im Oktober haben einige Verbände und Institutionen die ersten Lebewesen und Regionen des Jahres 2014 bekanntgegeben.

Der Vogel des kommenden Jahres ist der Grünspecht. Er wurde vom NABU und dem bayerischen Landesbund für Vogelschutz gekürt. Der Bestand des aufgrund

seines markanten Rufes auch „Lachvogel“ genannten Tieres hat sich stabilisiert. Mit 42.000 Brutpaaren in Deutschland liegt er doppelt so hoch wie noch vor 20 Jahren.

Blume des Jahres 2014 ist die Schwanenblume. Sie wurde von der Loki-Schmidt-Stiftung stellvertretend für die Flora der Flussauen und Marschlandschaften gewählt.

Baum des Jahres wurde auf Vorschlag der Baum-des-Jahres-Stiftung die Traubeneiche. Sie kann über 1.000 Jahre alt werden und ist damit die heimische Laubbaumart mit der höchsten Lebenserwartung. Ihre Blätter behält sie oft bis zum Frühling, weswegen sie auch „Wintereiche“ genannt wird.

Die im Oberallgäu entspringende und in den Bodensee mündende Argen ist von den NaturFreunden Deutschlands (NFD) und dem Deutschen Angelfischerverband (DAFV) zur Flusslandschaft der Jahre 2014/15 gekürt worden.

Zum Fisch des Jahres 2014 wurde der Stör gewählt. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts waren mehrere Störarten in deutschen Gewässern heimisch. Inzwischen gilt der Stör in Deutschland als ausgestorben. [ej]

- ▶ www.nabu.de
- ▶ www.loki-schmidt-stiftung.de
- ▶ www.baum-des-jahres.de
- ▶ www.naturfreunde.de
- ▶ www.davf.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche

Bis jetzt kein Ende in Sicht

■ Eine Statistik des Bundeslandwirtschaftsministeriums von Oktober belegt: 2013 wurden in Deutschland erstmals mehr als drei Millionen Tiere zu Tierversuchen eingesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg von fast sechs Prozent, das sind insgesamt 169.022 Tiere mehr.

Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert, dass konkrete Maßnahmen ausgeblieben wären, obwohl die deutsche Regierung die Ausmaße der Tierversuche eindämmen wollte. Seit zehn Jahren steht das Ziel Tierschutz im Grundgesetz, doch ein Ende der Tierversuche sei noch nicht in Sicht. Nur vier bis fünf Millionen Euro würde der Bund jährlich in die Förderung von Alternativmethoden investieren. In Tierversuchsprojekte fließen jedoch Milliarden von Steuergeldern.

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte sieht in dem Zeitpunkt der Zahlenveröffentlichung allerdings auch eine Chance. Dr. Christiane Baumgartl-Simons, stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandes, denkt, dass so die zu-

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Krisenanalyse

Klimakrise, Eurokrise, Finanzkrise – Krise allerorten und wohin man schaut. Erklärungsansätze und tiefere Einsichten zu den Ursachen sind rar. Unter Bezug auf Evolutionstheorie und Psychoanalyse und auch die aktuelle Hirnforschung aber bietet Dieter Radaj spannende philosophische Einblicke. Dabei werden Galilei, Darwin und Freud als die Begründer des modernen Weltbildes hervorgehoben.

D. Radaj
Weltbild in der Krise
Naturwissenschaft, Technik und Theologie – Ein Auswegweiser
540 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-323-7

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



künftige Bundesregierung an strengen Maßnahmen nicht vorbeikommt. [rm]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund:
www.kurzlink.de/tierversuch-12.3mio
- ▶ Bundesverband Menschen für Tierrechte:
www.kurzlink.de/12-tierversuche.bmft

Tierqual

Stierkampf ist Kulturgut

■ Das spanische Parlament hat den Stierkampf zu einem immateriellen Kulturgut erklärt. Mit dem Beschluss wird die Corrida, wie der Stierkampf auf Spanisch heißt, zum ersten Mal gesetzlich anerkannt und einem besonderen Schutz unterstellt. Tierschützer, die zuvor an die Abgeordneten appelliert hatten, den Gesetzentwurf zurückzuweisen, sprachen von einem „Moment der Schande“. Der Deutsche Tierschutzbund hatte erklärt, ein grausames Schauspiel als Kulturerbe zu tarnen, sei ein Rückschlag für den Tierschutz. Nur ein generelles Verbot sei zeitgemäß. [mbu]

- ▶ www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Bürokratieabbau

Auf Kosten der Umwelt?

■ Die Staats- und Regierungschefs der EU haben auf ihrem Treffen Ende Oktober das REFIT-Programm (Regulatory Fitness and Performance Programme) der Kommission begrüßt. Umweltverbände hatten ihre Besorgnis zu dem Deregulierungsvorstoß der Kommission zum Ausdruck gebracht.

Mit dem Programm will die Europäische Kommission Rechtsvorschriften vereinfachen und den bürokratischen Aufwand in einigen Bereichen verkleinern – zulasten des Umweltschutzes und der Bürgerrechte. Darauf abgestimmt ist auch das im Oktober veröffentlichte Arbeitspro-

gramm der Kommission. Die Kommission erwägt, im Umweltbereich den Richtlinienvorschlag zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sowie zur EU-Bodenrahmenrichtlinie zurückzuziehen.

Der Europäische Rat fordert die Kommission in seinen Schlussforderungen auf, weitere substantielle Vorschläge zur Deregulierung zu erarbeiten und das REFIT-Programm schnell umzusetzen.

Vor dem Herbstgipfel der Staats- und Regierungschefs hatte ein Zusammenschluss von Unternehmen unter der Schirmherrschaft des britischen Premierministers David Cameron weitergehende Vorschläge zur Deregulierung der EU-Gesetzgebung erarbeitet. Insbesondere im Umweltbereich sieht das Wirtschafts-bündnis Hürden in der EU-Gesetzgebung für unternehmerische Expansion. Daher fordern die Unternehmer die EU auf, „kostenintensive Neuansätze“ zur Umweltverträglichkeitsprüfung, Anträge zur Kostspflicht amtlicher Lebensmittelkontrollen sowie zum Zugang der Verbraucher zu Rechtsmitteln in Umweltfragen und auch Anträge zum Bodenschutz zurückzuziehen. Neue Berichterstattungspflichten zu Treibstoffemissionen sind auf Wunsch der Industrie auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Auch solle die EU übermäßig strenge Pläne zur Lebensmittelkennzeichnung nicht weiterverfolgen und kleine und mittelständische Unternehmen von unnötigen Regelungen zum Transport geringer Mengen Abfalls befreien.

Die Brüsseler Umweltdachverbände warnen eindringlich vor einer Rücknahme der Richtlinien und der Aufweichung des Vorsorgeprinzips durch Deregulierung und Bürokratieabbau. In einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs weisen das Europäische Umweltbüro (EEB), WWF und BirdLife auf die Wachstumspotenziale der grünen Wirtschaft und das gute Image der EU gerade im Umweltbereich hin.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso ging in seiner Rede zu REFIT beim Herbstgipfel auf den Vorstoß von David Cameron und den Wirtschaftsvertreter ein, machte aber auch klar, dass es andere wichtige Interessenvertreter aus dem

Umweltbereich oder den Gewerkschaften gebe, die zur besseren Rechtsetzung gehört werden müssten. [bv]

- ▶ www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2344

7. Umweltaktionsprogramm

Parlament und Rat stimmen zu

■ Der EU-Rat und das Europäische Parlament haben Ende November ihre gemeinsame Entscheidung zum 7. Umweltaktionsprogramm unterzeichnet. Dies legt nun rechtlich bindend den Rahmen für die EU-Umwelt- und Klimapolitik der nächsten sieben Jahre fest. Die EU-Kommission begrüßte den Schritt. Ende 2012 hatte die EU-Kommission ihren Vorschlag für das 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) präsentiert. Das UAP legt die Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik bis 2020 fest. Außerdem skizziert es eine Vision, nach der die europäischen BürgerInnen 2050 „gut innerhalb der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten leben“. Schwerpunkte des Programms sind:

1. Naturkapital
2. Übergang zu einer ressourceneffizienten, umweltschonenden CO₂-armen Wirtschaft
3. Umwelt und Gesundheit
4. Umsetzung von EU-Umweltrecht
5. Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik
6. Ökologisierung des Budgets und Marktmechanismen
7. Umweltpolitikintegration
8. Nachhaltigkeit der Städte in der EU
9. Externe Dimension von Umweltpolitik

In UAPs legt die EU seit den 1970er-Jahren die strategische Ausrichtung ihrer Umweltpolitik fest, kündigt Gesetzesvorhaben an und nennt in einzelnen Fällen auch Zeitpunkte und Ziele. Das DNR-Factsheet gibt einen Überblick. [am, bv]

- ▶ Hintergrundpapier der EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: MEMO-13/1020)
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap

EU-Kommissionspräsident

Wer hat die Macht?

■ Das SPD-Präsidium hat Anfang November Martin Schulz als gemeinsamen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für die Europawahl 2014 nominiert. Der SPD-Politiker und Präsident des Europäischen Parlaments ist der erste offizielle Kandidat für die Nachfolge des derzeitigen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso.

Wie genau der Kommissionspräsident bestimmt wird, ist aber noch nicht ausgefochten. Das Machtgerangel zwischen EU-Parlament und Europäischem Rat hat gerade erst begonnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Ende Oktober auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs ein Machtwort gesprochen, um die Wahl des Kommissionspräsidenten zur Chefsache zu machen. Der Regierungschef der EU würde bisher immer geheim bestellt, und das werde so bleiben, betonte sie. Damit stellte sich Merkel klar gegen die Demokratisierungsbemühungen des EU-Parlaments. (umwelt aktuell, 10.2013, S. 21).

Bei jeder europäischen Partei gibt es ein anderes Verfahren zur Wahl der Spitzenkandidatin oder des Spitzenkandidaten und potenziellen Kommissionspräsidenten. Die Spitzenkandidaten der konservativen und liberalen europäischen Parteien werden vermutlich erst im Februar 2014 endgültig feststehen.

Die Europäische Linke hat im Oktober den Präsident der griechischen Linkspartei Syriza Alexis Tsipras als ihren Spitzenkandidaten vorgeschlagen. Die endgültige Entscheidung fällt aber erst im Dezember.

Die Fraktionsvorsitzende der Europäischen Grünen Rebecca Harms und Ska Keller gehören zu dem europäischen Spitzenquartett der Green Primaries. Die Grünen wollen mit zwei Spitzenkandidaten ins Rennen gehen. Noch bis zum 28. Januar können alle Bürgerinnen und Bürger Europas durch eine EU-weite Online-Abstimmung über die grüne Doppelspitze entscheiden. Das Duo soll der Wahlkampagne der Grünen Gesicht und Stimme geben. Die Deutschen Grünen haben im

Oktober ihr vorläufiges Wahlprogramm zur Europawahl ins Netz gestellt. Änderungsanträge sind bis zum 17. Dezember möglich. Das Europawahlprogramm der Grünen wird Anfang Februar auf dem Grünen Parteitag in Dresden beschlossen. Die Europawahl findet in Deutschland am 25. Mai 2014 statt. [bv]

- ▶ www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/2366
- ▶ www.greenprimary.europeangreens.eu
- ▶ www.kurzlink.de/gruene-ep-wahl-2014

Europäische Bürgerinitiative

Erfolg der ersten drei

■ Am 1. November 2013 endete für die OrganisatorInnen der ersten acht europäischen Bürgerinitiativen die Frist für die Sammlung von mindestens einer Million Unterstützungsbekundungen aus sieben Ländern. Drei Initiativen haben das Ziel erreicht. Eine dieser erfolgreichen Initiativen ist „Right2Water“, nach deren Auffassung „Wasser ein öffentliches Gut und keine Handelsware“ ist. „Einer von uns“ ist eine weitere gelungene Bürgerinitiative. Sie will EU-Finanzierung von Aktivitäten beenden, die die Zerstörung menschlicher Embryonen voraussetzen. Die dritte erfolgreiche europäische Bürgerinitiative ist „Stop Vivisection“, welche die Abschaffung von Tierversuchen fordert. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/13/1012)
- ▶ DNR-Steckbrief:
www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf

EU-Gesetzgebung

Deutsche Autolobby als Legislative?

■ Die EU-Gesetzgebung zur Pkw-Energieverbrauchskennzeichnung wurde 2011 größtenteils von der deutschen Autoindustrie und nicht von der Bundesregierung initiiert und in Deutschland umgesetzt.

Zu diesem Schluss kommt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) nach Akteneinsicht beim Wirtschaftsministerium (BMWi).

Erst nach einem Urteil des Gerichtshofs der EU in Luxemburg im Juli 2013 gewährte das BMWi der DUH Einsicht in interne Akten zum Zustandekommen einer Novelle der Energiekennzeichnung von Pkws. Schwere Spritschlucker werden durch die von Umweltschülern kritisierte Verordnung bevorzugt, da diese den CO₂-Ausstoß in Relation zum Fahrzeuggewicht setzt.

„Neu in der an Skandalen nicht armen Geschichte der Verquickung von Politik und Autoindustrie ist die Tatsache, dass die Autolobby nicht nur für das BMWi die Grundzüge der Rechtsverordnung verfasst hat, sondern auch noch die Ressortabstimmung zwischen den Ministerien selbst betrieb“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. In den entscheidenden Monaten vorher seien zudem Großspenden aus der Autoindustrie beziehungsweise von BMW-Hauptanteilseignern in Höhe von knapp 800.000 Euro bei den drei Regierungsparteien CDU, CSU und FDP eingegangen.

Die DUH stellte nun den „Kompromissvorschlag“ Litauens zu CO₂-Grenzwerten für Pkws infrage. Die deutsche Autolobby steuere offenbar Politiker in Litauen, beanstandete die DUH. Litauens Entwurf käme einer Abschwächung des Grenzwerts auf 104 Gramm CO₂ pro Kilometer für das Jahr 2020 gleich. Der geplante Grenzwert von 95 Gramm würde dann erst 2024 gelten. Deutschland hatte es Anfang Oktober zum dritten Mal geschafft, die Abstimmung in der EU über den vereinbarten Kompromiss für CO₂-Obergrenzen von Neuwagen zu verschieben (umwelt aktuell 08/09.2013, S.24). [bv]

- ▶ www.duh.de

Umweltinnovationsprogramm

Lohn effizienter Produktion

■ Mit rund 1,9 Millionen Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm fördert das Bundesumweltministerium dieses Jahr zwei Unternehmen, die nachhaltige Tech-

niken entwickeln. Mit 1,5 Millionen erhält die Interprint GmbH das meiste Geld. Sie hat ein ressourcen- und energieschonendes digitales Druckverfahren entwickelt. Die neue Methode könnte jährlich rund 440.000 Kilowattstunden Strom und knapp 680.000 Kilogramm CO₂ einsparen. [wv]

► www.kurzlink.de/BMU-Dekordruck

Forschungsschwerpunkte 2014

Forschen für die Politik

■ Das Bundesumweltministerium hat Anfang Oktober seinen Umweltforschungsplan (UFOPLAN) für das Jahr 2014 veröffentlicht. Der jährliche UFOPLAN konkretisiert die Schwerpunkte des Forschungsrahmens. Im Forschungs-

rahmen listet das BMU den notwendigen Forschungsbedarf auf, da es auf wissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfen und -grundlagen für seine umweltpolitischen Ziele angewiesen ist.

So soll beispielsweise die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Energiewende ermittelt und eine Analyse zur europäischen Energie- und Klimapolitik entwickelt

„48 Minuten Redezeit pro Stunde heißt langweilige Regierungsmonologe“

Der 18. Deutsche Bundestag ist gewählt, die Regierungsbildung wird voraussichtlich noch dieses Jahr beendet. Dann hätte die neue Koalition eine Mehrheit von gut 80 Prozent der Sitze und es gäbe die schwächste Opposition seit Langem. Aber auch diese könne die Regierung mit besseren Alternativen unter Druck setzen, meint der Chef der Fraktion Die Linke, Gregor Gysi.

umwelt aktuell: Die Verhandlungen für eine Große Koalition sind noch nicht abgeschlossen, aber vermutlich wird sie kommen und damit auch eine Opposition, die mit 127 Sitzen nur 20 Prozent des Bundestags einnehmen wird. Zu wenig für echte Demokratie?

Auch 20 Prozent Opposition können eine scheinbar erdrückende Regierungsmehrheit unter Druck setzen, wenn sie gute Argumente und bessere Alternativen anzubieten hat, wenn öffentliche und veröffentlichte Meinungen bestimmte Entscheidungen der Regierung kritisieren, und zusätzlichen Druck aufbauen. Und die Opposition kann und sollte die SPD gelegentlich daran erinnern, was sie einst im Wahlkampf versprochen hatte und nun zugunsten einer Koalition mit der Union opfern wird.

Welche parlamentarischen Kontrollrechte bleiben denn auf der Strecke?

Vor allem sind mindestens ein Viertel der Abgeordneten erforderlich, um nach Artikel 93 Grundgesetz ein Normenkontrollverfahren beantragen zu können. Das ist das Recht der Opposition, vom Bundestag verabschiedete Gesetze vom Bundesverfassungsgericht auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen, um Bürgerinnen und Bürgern den langwierigen Rechtsweg zu ersparen. Und es geht auch um Änderungen in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wie etwa die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und die Verteilung der Redezeiten bei Plenardebatten. Nach geltendem Recht können Union und SPD 48 Minuten pro Stunde, Linke und Grüne lediglich 12 Minuten beanspruchen. Wenn das so bliebe, gäbe es keine lebendigen Debatten mehr, sondern langwei-

lige Regierungsmonologe. Das fördert eher die Politikverdrossenheit. Und die Opposition könnte wegen des Verfehlens des Quorums bei den Beratungen von Gesetzen auch keine öffentlichen Anhörungen in den Bundestagsausschüssen beantragen.

Was schlagen Sie dagegen vor und sehen Sie noch andere Möglichkeiten, um als funktionsfähige Opposition zu agieren?

Über das Rederecht, die Bildung von Untersuchungsausschüssen und die Beantragung öffentlicher Anhörungen halte ich eine Verständigung mit den beiden Regierungsfractionen für möglich. Schon allein deshalb, weil sich die Rednerinnen und Redner von Union und SPD nach spätestens einem Jahr kaum noch selbst hören können. Bei der Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse könnte man sich darauf einigen, dass sie immer dann eingesetzt werden müssen, wenn beide Oppositionsfractionen dies gemeinsam beantragen. Schwierig wird es bei der Überprüfung von Gesetzen durch das Bundesverfassungsgericht. Dies ist ohne Änderung des Grundgesetzes nicht zu erreichen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich gegen eine Grundgesetzänderung ausgesprochen und will notfalls selber dafür eintreten, dass die Oppositionsrechte gewahrt bleiben. Reicht Ihnen diese Zusage nicht aus?

Wir können uns nicht auf Zusicherungen verlassen, sondern es geht um verbrieftete Rechte der parlamentarischen Opposition. Und wenn diese nicht eindeutig und zweifelsfrei garantiert werden, dann gäbe es keine handlungsfähige demokratische Opposition.

Und beim Normenkontrollverfahren wird es nicht ohne Grundgesetzänderung gehen.

Während der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969 war die Opposition außerparlamentarisch. Wie sollte eine starke zivilgesellschaftliche Opposition in den kommenden vier Jahren aussehen?

Ich hoffe sehr darauf, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Regierungsübermacht bewusst sind und sich von der großen Koalition nicht alles bieten lassen. Vielleicht ist die zahlenmäßige Schwäche der parlamentarischen Opposition sogar ein Ansporn für viele, den außerparlamentarischen Druck zu erhöhen. Wie eine solche Opposition in vier Jahren aussieht und ob sie überhaupt an Stärke gewinnt, lässt sich nicht vorhersagen. Aber sie ist absolut notwendig.

[Interview: Marion Busch, Daniel Hiß]

Der Rechtsanwalt Gregor Gysi ist seit 2005 Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Bundestag und voraussichtlich Oppositionsführer des neuen Parlaments.



Kontakt:
Tel.+ 49 (0)30 /
22752801, E-Mail:
gregor.gysi.ma01@bundestag.de

werden. Im Bereich Klimaschutz spielt die Arbeit mit, aber auch die Entwicklung von Klimamodellen eine wichtige Rolle. Im Bereich Umwelt und Wirtschaft sieht das BMU vor allem im Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor Forschungsbedarf. Die Vergabe von Forschungsgeldern richtet sich allerdings nach den verfügbaren Haushaltsmitteln. Nicht alle Projekte, die im Forschungsplan stehen, werden auch realisiert. [rm]

► www.kurzlink.de/bmu-ufoplan-2014

Umweltverträglichkeitsprüfung I

Private Klagerechte stärker

■ Das Europäische Gericht hat im November in einem Vorabentscheidungsverfahren der Gemeinde Altrip geurteilt. Gemeinden und Privatpersonen dürfen nicht nur das vollständige Unterlassen einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im gerichtlichen Verfahren rügen, sondern auch die Fehlerhaftigkeit einer durchgeführten Prüfung. Das Voraburteil des Europäischen Gerichts wird sich auf das laufende Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht auswirken. Durch das Urteil des Europäischen Gerichts wurden die Klagerechte von Gemeinden und Privatpersonen gegen umweltbeeinträchtigende Vorhaben erheblich gestärkt. Künftig können nicht nur die Umweltverbände, sondern auch Privatpersonen und Gemeinden vor Gericht die Fehlerhaftigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung geltend machen. [bv]

► www.kurzlink.de/UrteilC-72/12
 ► www.baumann-rechtsanwaelt.de

Umweltverträglichkeitsprüfung II

Fledermaus stoppt A20-Ausbau bei Bad Segeberg

■ Die Planungsgrundlage der A20 im Bauabschnitt Bad Segeberg ist ungenügend. Dies urteilte das Bundesverwal-

tungsgericht in Leipzig im November. Der Planfeststellungsbeschluss ist in dem Autobahnabschnitt rechtswidrig und nicht vollziehbar, da Alternativrouten und die Fledermausbestände nicht genau genug untersucht worden seien. Die geplante Trasse führt nur 1,5 Kilometer an dem Schutzgebiet vorbei, wo in einer Kalkhöhle 20.000 Fledermäuse überwintern.

BUND und NABU hatten aufgrund der ungenügenden Planungsgrundlage in dem Abschnitt geklagt. Die beanstandeten Fehler müssen nun in einem Planänderungsverfahren behoben werden. Dadurch verschiebt sich der Autobahnbau um mindestens zwei Jahre. [bv]

► www.kurzlink.de/nabu-a20-2013-urteil

VERKEHR & TOURISMUS

Lärmbelastung

Europas Autos sollen leiser werden

■ Die litauische EU-Ratspräsidentschaft und das Europäische Parlament haben sich Anfang November darauf geeinigt, neue Lärmgrenzen für Fahrzeuge einzuführen. Der Lärm, den Fahrzeuge erzeugen dürfen, soll durch neue Regelungen um durchschnittlich 2,6 Dezibel sinken.

Die neuen Regelungen für Pkws, leichte Nutzfahrzeuge, Busse und Lkws sollen in mehreren Phasen umgesetzt werden. Zuerst werden ab 2016 neue Testmethoden eingeführt. Die niedrigeren Lärmgrenzen für neue Modelle sollen dann ab 2020 gelten und ab 2022 für die Zulassung neuer Fahrzeuge verbindlich sein. Zwischen 2024 und 2026 sollen dann noch einmal strengere Regeln eingeführt werden. Von diesen sollen Busse und Lkws jedoch vorerst ausgenommen sein, um Herstellern mehr Zeit zur Anpassung zu geben. Umweltverbände kritisieren diese Ausnahmeregelung, denn allein Lkws und Busse erzeugen die Hälfte des Straßenlärms.

Lärm ist in Europa nach Luftverschmutzung das zweitgrößte verkehrsbedingte Gesundheitsrisiko. Jährlich werden in Europa 50.000 Herzattacken mit Belastungen durch den Straßenlärm in Verbindung gebracht. [ej]

► EU-Kommission zu Fahrzeuglärm:
www.kurzlink.de/eukomfz/

Transeuropäischer Verkehr

EU-Kommission präsentiert neue Infrastrukturpolitik

■ Die EU-Kommission hat im Oktober ihre Pläne für die neue Infrastrukturpolitik der Europäischen Union präsentiert. In diesen legt die Kommission die Kernkorridore des neuen transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) fest. Um diese auszubauen, wird das Budget für Infrastrukturprojekte im Zeitraum 2014–2020 auf 26 Milliarden Euro verdreifacht.

Das Kernverkehrsnetz ist um neun Hauptkorridore aufgebaut. Diese bestehen aus zwei Nord-Süd-Korridoren, drei in Ost-West-Richtung und vier diagonal verlaufenden Korridoren. Das Kernnetz bindet 94 wichtige europäische Häfen an das Schienen- und Straßenverkehrsnetz an, verbindet 38 Großflughäfen per Eisenbahn mit Ballungsgebieten und umfasst 15.000 Kilometer für den Hochgeschwindigkeitsverkehr ausgelegte Bahnstrecken. Dabei werden 35 grenzübergreifende Projekte verwirklicht. Das neue Kernverkehrsnetz wird durch ein Gefüge von Zubringerstraßen ergänzt, das die EU vollständig abdecken und die Anbindung aller Regionen sicherstellen soll. Bis 2050 sollen alle EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Unternehmen nicht weiter als 30 Minuten von diesem Zubringernetz entfernt sein.

TEN-V soll Engpässe beseitigen, die Infrastruktur modernisieren und den grenzüberschreitenden Verkehr flüssiger gestalten. Dabei sollen auch die Übergänge zwischen verschiedenen Verkehrsträgern verbessert und die EU-Klimaziele unterstützt werden. Laut Kommission trägt

TEN-V zur Erfüllung des EU-Ziels bei, bis 2050 die Emissionen im Verkehr um 60 Prozent im Vergleich zum Ausstoß von 1990 zu reduzieren.

Als Anschubfinanzierung stellt die EU 26 Milliarden Euro für das Verkehrsnetz bereit. Diese soll weitere Investitionen der Mitgliedstaaten anstoßen. Die Kosten der ersten Finanzierungsphase von 2014–2020 schätzt die Kommission auf 250 Milliarden Euro. Bis 2030 soll das Kernnetz fertiggestellt sein. **[Quelle: UWD, ej]**

- ▶ UWD: www.kurzlink.de/uwdten-v
- ▶ Mitteilung der Kommission: www.kurzlink.de/pmkomten-v
- ▶ Karte des neuen Verkehrsnetzes: www.kurzlink.de/ten-v-karte

Olympia 2022

Keine Winterspiele in Deutschland

■ Bayerns Bürgerinnen und Bürger haben entschieden: München und seine Partnergemeinden werden sich nicht für die Winterspiele 2022 bewerben. Dies bestimmte beim Bürgerentscheid Anfang November eine knappe Mehrheit der betroffenen Bayern. In München, Garmisch-Partenkirchen sowie in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land waren 1,3 Millionen Menschen aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.

Die Kritik an der Bewerbung richtete sich vor allem gegen Eingriffe in die Natur der Alpenregion und eine erwartbare Kostenexplosion. Wegen der nötigen Eingriffe in die Natur hatte sich auch der Deutsche Alpenverein gegen die Winterspiele 2022 in Bayern ausgesprochen. Die Hauptversammlung entschied sich am Tag vor Bekanntwerden der Bürgerentscheide mit klarer Mehrheit gegen Olympische Spiele in den bayerischen Alpen. Das Hauptargument war die Belastung der alpinen Umwelt. Damit stellt sich der DAV nach eigenen Angaben seiner gesellschaftlichen Verantwortung als Naturschutz- und Bergsportverband. Der Bund für Naturschutz

in Bayern lobte das Votum gegen Olympia und forderte, dass nun die Umsetzung der völkerrechtsverbindlichen Vorgaben der Alpenkonvention in Bayern konsequenter als bisher erfolgen müsse. **[ej]**

- ▶ www.alpenverein.de
- ▶ www.bund-naturschutz.de

WASSER & MEERE

EU-Fischereisubventionen

Neue Regeln verabschiedet

■ Das EU-Parlament hat Ende Oktober über die Reform des EU-Meeres- und Fischereifonds (EMFF) abgestimmt. Subventionen für den Bau neuer Fischerboote sollen nach dem Willen der Abgeordneten künftig nicht mehr möglich sein. Damit folgte das Plenum nicht den Vorschlägen, des Fischereiausschusses (umwelt aktuell 08/09.13, S. 25).

Die Umweltorganisation Greenpeace lobte, dass der Neubau von Booten nicht mehr subventioniert werden darf, bemängelte aber diverse Schlupflöcher des Beschlusses. Dies könne dazu führen, dass Regierungen weiterhin Überkapazitäten in der europäischen Fischereiflotte fördern. Das NGO-Bündnis OCEAN2012, das die EU-Fischereireform kritisch begleitet, lobte vor allem, dass nach dem Willen des Parlaments mehr Geld für die Datenerhebung über die Fischbestände sowie die Kontrolle und Durchsetzung der Fischereivorschriften zur Verfügung stehen soll. Der Naturschutzverband BirdLife Europe bezeichnete die Erlaubnis für Zuschüsse zu neuen Motoren als „einzigen Wermutstropfen“.

Nun steht die Position fest, mit der das Parlament in die Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat geht. Die erste Verhandlungsrunde startet im November. **[am]**

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/ep-emff-231013
- ▶ OCEAN 2012: www.kurzlink.de/ocean2012-231013

Olympiafreie Alpen

Die Bürgerentscheide gegen „München 2022“ und „Graubünden 2022“ beweisen: Der olympische Geist ist tot. Nur haben es noch nicht alle gemerkt.

Wann genau der olympische Geist das Zeitliche gesegnet hat, weiß niemand genau. Irgendwann in den 1990er-Jahren muss es gewesen sein. 1948 bei den Olympischen Winterspielen in St. Moritz war er noch dabei und feierte mit den Helden des Sports und des Lebens auf und neben dem Podest das Ende des Zweiten Weltkriegs. Ein halbes Jahrhundert später sträubte er sich in Albertville 1992 gegen die Verwucherung des Geldes und des Größenwahns, doch er konnte schon nichts mehr gegen die Umweltsünden ausrichten. Mitte der 1990er-Jahre war er wahrscheinlich schon auf der Intensivstation. Er konnte nicht verhindern, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) eine neue Regelung einführte, wonach die Spiele nur noch an Städte vergeben werden, die die Verluste selbst tragen.

In Turin 2006 war er dann nicht mehr dabei. Sonst hätte er sich mit all seinen Kräften gestraubt gegen diesen ökologischen und ökonomischen Wahnsinn, der den Gemeinden in den piemontesischen Bergtälern milliardenschwere Folgekosten bescherte, an denen sie noch heute nagen. Sochi wird er im Februar 2014 von Wolke sieben aus mitverfolgen und sich gemeinsam mit vielen anderen fragen, warum sein Stammvater, das IOC, die Olympischen Winterspiele in eine Region mit subtropischem Klima vergibt. Er wird sich grämen, dass in seinem Namen die demokratischen Grundregeln mit Füßen getreten werden und ein Weltnaturerbe zerstört wird.

Nur das IOC hat noch nicht gemerkt, dass der olympische Geist tot ist. Die Funktionäre reiben weiterhin fleißig an der Lampe und versprechen dem Geist einen Haufen Geld, auf dass er herauskomme und den Menschen Sand in die Augen streue. Wenn das nicht funktioniert, so wie im März 2013 in Graubünden und jetzt in München, haben sie immer noch einen Plan B: Sie lassen sich von Autokraten bestechen und vergeben die Spiele in totalitär regierte Länder, wo die BürgerInnen nichts zu sagen haben.

Barbara Wülser ist Kommunikationsverantwortliche bei CIPRA International.

www.cipra.org

Nachhaltigkeit

A-Z

A wie
Alternative

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland – 88 Prozent laut Emnid-Umfrage – traut unserem derzeitigen Wirtschaftssystem nicht mehr zu, die ökonomischen Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Was aber ist die Alternative? Dieses Buch stellt sie vor: Eine Wirtschaft, die die Würde des Menschen, das Gemeinwohl und die Solidarität in den Mittelpunkt stellt. Eine andere Wirtschaft ist möglich!

Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.)
Harald Bender, Norbert Bernholt, Bernd Winkelmann

Kapitalismus und dann?
Systemwandel und Perspektiven
gesellschaftlicher Transformation
244 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-304-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

► BirdLife: www.kurzlink.de/birdlife-emf-231013

EU-Fischerei**Neue Fangquoten für Ostsee**

■ Die EU-FischereiministerInnen haben im Oktober über die Quoten für den Fischfang in der Ostsee für 2014 verhandelt. Konkret ging es um Bestände von Lachs, Hering, Dorsch, Sprotte und Scholle. Untypisch für Quotenverhandlungen war, dass die MinisterInnen in mehreren Fällen eine Quote verabschiedeten, die leicht unter dem Vorschlag der EU-Kommission lag. So erhöhten sie zwar die Fangquoten für die Heringsbestände in der östlichen Ostsee und am Bottnischen Meerbusen, aber weniger stark als von der Kommission als vertretbar angesehen. Der WWF kritisierte jedoch die Fangquoten für Ostseelachs. Der Vorschlag der Kommission widerspreche den wissenschaftlichen Empfehlungen sowie den Zielen, auf die sich Rat und Parlament in der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik geeinigt hatten. [am]

► www.wwf.eu/?211451/Baltic-Salmon

Tiefsee**Zumindest ein bisschen Schutz**

■ Das Fischen mit Grundschleppnetzen soll künftig in besonders sensiblen Tiefseegebieten verboten werden. Dafür sprach sich Anfang November der Fischereiausschuss im EU-Parlament aus. Die Abgeordneten stimmen jedoch gegen ein vollständiges schrittweises Verbot der Grundschleppnetzfischerei in der Tiefsee, wie die Kommission es vorgeschlagen hatte (siehe umwelt aktuell 08.12, S. 26). Das NGO-Bündnis Seas At Risk hofft nun auf die Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments, die für Dezember vorgesehen ist. Da sich der Umweltausschuss im Frühjahr fast einstimmig für ein Verbot der Grundschleppnetzfischerei ausgesprochen hatte, hoffen die Umweltschützer, dass sich das Plenum in dieser Frage nicht dem Bericht

des Fischereiausschusses anschließt. [am]

► www.kurzlink.de/ep-deepsea-051113

► www.seas-at-risk.org/news_n2.php?page=635

EU-Küstenzonenmanagement**Wachstum vor Ökologie**

■ Anfang November hat der Verkehrsausschuss im EU-Parlament einen Entwurf der beiden Richtlinien zur maritimen Raumordnung (MSP) und zum integrierten Küstenzonenmanagement (ICM) verabschiedet. Für viele Umweltschützer ist das Ergebnis enttäuschend. Sie sind der Meinung, dass die Richtlinien mehr auf den Abbau maritimer Ressourcen abzielen als auf eine nachhaltige Entwicklung der Gewässer.

Der Verkehrsausschuss stimmte dafür, dass der ökosystembasierte Ansatz gekürzt sowie soziale und ökonomische Kriterien mit ökologischen gleich gewichtet werden sollen. Außerdem sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, Auflagen allgemeiner zu formulieren. Sie nahmen zudem Verweise auf die Ausbeutung maritimer Rohstoffe auf und wollen die Frist für die Einhaltung der Richtlinien verschieben. [rm]

► www.kurzlink.de/seas-at-risk-icm2013

Trinkwasserschutz**Neue radioaktive Tests**

■ Trinkwasser muss künftig auf die radioaktiven Stoffe Radon und Tritium getestet werden. Das legt eine neue EU-Richtlinie fest, die der EU-Ministerrat im Oktober verabschiedete. Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich mit der Richtlinie dazu, Überwachungsprogramme aufzulegen, um sicherzustellen, dass die Grenzwerte für radioaktive Stoffe nicht überschritten werden.

Ausgenommen vom Geltungsbereich der Richtlinie ist Wasser für den medizinischen Gebrauch. Außerdem einigten sich

die Mitgliedstaaten auf gemeinsame und vergleichbare Methoden zur Überprüfung der Konzentrationen. Sie haben nun gut zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

[am]

► Richtlinie: www.kurzlink.de/dir-drinkwat-1113

Hochwasserschutz

Bundesprogramm „Blaues Band“ gefordert

■ Der NABU hat bei einem Delegierten-treffen im sächsischen Dessau die künftige Bundesregierung aufgefordert, die beschlossene Reform der Bundeswasserstraßen für eine ökologischere Ausrichtung der Gewässerunterhaltung zu nutzen. Statt viel Geld in die Unterhaltung alter Schleusen und Wehre zu stecken, könnten dafür im Rahmen eines Bundesprogramms mit dem Namen „Blaues Band“ Renaturierungsmaßnahmen für den naturnahen Hochwasserschutz angeschoben werden. Vor allem die Wiederherstellung von Flussauen ist für die Naturschützer von zentraler Bedeutung für den Hochwasserschutz. 500.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Auen sollen wieder naturnah gestaltet werden. Früher gab es in Deutschland 1,5 Millionen Hektar Auen, aktuell ist laut NABU davon nur ein Drittel übrig.

[am]

► www.nabu.de

Wassermanagement

Lachse im Rhein

■ Die Ministerinnen und Minister der Staaten im Rheineinzugsgebiet sowie Vertreter der EU haben auf der 15. Rheinministerkonferenz Ende Oktober einen Zeitplan zur Wiederherstellung der Fischdurchgängigkeit des Rheins beschlossen. Die Lachse sollten bis 2020 die Rheinzufüsse im Raum Basel wieder erreichen können. Weitere Beschlüsse

betreffen den Umgang mit Mikroverunreinigungen, das Hochwasserrisikomanagement und den Umgang mit den Folgen des Klimawandels. In der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) arbeiten die Rheinanliegerstaaten Schweiz, Frankreich, Deutschland und Niederlande, Luxemburg und die EU zusammen.

[mbu]

► Internationale Kommission zum Schutz des Rheins: www.iksr.org

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

EU-Ressourcenpolitik

Wege zu einem grünen Europa

■ Die EU-Mitgliedstaaten müssen handeln, um die Transformation hin zu einer CO₂-armen und ressourceneffizienten Wirtschaft zu erreichen. Zu diesem Schluss kommt eine von der EU-Kommission beauftragte Studie. Das Ziel war, den Fortschritt der Mitgliedstaaten und der EU-Ebene in einzelnen Politikbereichen zu bewerten und einzelne Instrumente, potenzielle und tatsächliche Hemmnisse und Verbesserungsmöglichkeiten zu zeigen.

Im Juni 2010 hatte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs die Strategie der EU für „Beschäftigung, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, kurz „Europa 2020“, beschlossen. Durch ihre fünf Kernziele (Beschäftigung steigern, Forschung und Entwicklung fördern, Klimawandel bekämpfen durch Energieeffizienz und Erneuerbare, Armut und soziale Ausgrenzung verringern sowie das Bildungsniveau verbessern) will die Kommission die Wirtschafts- und Finanzkrise lösen. Umgesetzt werden die Kernziele in sieben Leitinitiativen. Diese hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso alle zur Chefsache gemacht.

Die Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa deckt den gesamten Umwelt- und Klimaschutz ab. Sie soll dazu beitragen, die Umstellung Europas auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirt-

schaft zu schaffen – durch die Verringerung des Ressourceneinsatzes, Steigerung der Ressourcensicherheit und Abbau der Umweltauswirkungen der Ressourcennutzung.

Das Hauptinstrument für die Umsetzung ist – neben der Rohstoffinitiative der Kommission und dem Fahrplan für eine CO₂-arme Wirtschaft bis 2050 – der 2011 verabschiedete „Fahrplan Ressourcenschonendes Europa“. In diesem strategischen Dokument zeigt die Generaldirektion Umwelt unter der Leitung von Umweltkommissar Janez Potočnik Wege hin zu einer nachhaltigen europäischen Wirtschaft bis 2050 auf.

Durch den Fahrplan Ressourcenschonendes Europa ist es Potočnik gelungen, das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz als Lösungsansatz und Ausweg aus der Wirtschaftskrise übergreifend in vielen Politikfeldern zu platzieren und die Stellung der GD Umwelt wieder strategisch zu stärken, die durch die Wegnahme des Klimaschutzes 2009 arg angeschlagen war. Denn Ressourcenschutz entwickelt sich zur eierlegenden Wollmilchsau der Umweltpolitik. Der EU-Ansatz zum Ressourcenschutz umfasst nicht nur die abiotischen und biotischen Rohstoffe, sondern auch Wasser, Luft, Boden/Fläche und die biologische Vielfalt. Dieser Ansatz wird auch von der Wirtschaft nachvollzogen, wie sich in der Arbeit der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (EREP) gezeigt hat.

Zum Transfer der Ziele der Europa-2020-Strategie in nationale Ziele und innovationsfördernde Politiken durch die Mitgliedstaaten dienen die nationalen Reformprogramme. Dieser Prozess erfolgt seit 2011 durch das „Europäische Semester“. Ressourceneffizienz ist über den Fahrplan Ressourcenschonendes Europa im Europäischen Semester verankert. Hierzu gehört vor allem die Überwachung umweltschädlicher Subventionen sowie die Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf die Umweltbelastungen sowie weitere nachhaltige, wachstumsfördernde Maßnahmen.

[bv]

► Studie: Steps towards greening in the EU (engl.) www.kurzlink.de/study-greening-eu

- ▶ DNR Steckbrief zum Europäischen Semester:
www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europaeisches-semester.pdf
- ▶ Ressourcenpolitik Player und Prozesse:
www.kurzlink.de/ressourcen-prozesse

Ökodesign

Heizungsvorschriften schwächer als gedacht

■ Vertreter der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf neue Ökodesignvorschriften für Heizungen und Warmwasserbereiter geeinigt. Die neuen Vorschriften betreffen die Energieeffizienz, das Speichervolumen sowie den Stickoxidausstoß der Geräte.

Wie der Umweltnachrichtendienst ENDS berichtet, stoßen die Ergebnisse der sechsjährigen Verhandlungen auf Kritik. So hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, elektrische Heizungen mit einem Warnhinweis zu versehen, der Verbraucher auf ihren hohen Energieverbrauch hinweist und empfiehlt, sie daher nicht als primäre Heizquelle zu verwenden. Von einigen Industriegruppen und Mitgliedstaaten zurückgewiesen, werden derartige Warnhinweise nur auf tragbaren elektrischen Heizungen zu finden sein. Auch weitere Standards, besonders im Bereich Energieeffizienz, wurden abgeschwächt.

Die Verordnung für Heizungen und die Verordnung für Warmwasserbereiter werden beide am 26. September 2015 in Kraft treten. Es gibt mittlerweile 21 produktspezifische Verordnungen, die alle auf der Ökodesignrichtlinie basieren. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/813/2013/EU

Freihandelsabkommen EU–USA

Skeptikerinnen fordern: Stopp!

■ Mitte November hat die zweite Verhandlungsrunde des Transatlantischen Investitions- und Partnerschaftsabkommens von EU und USA in Brüssel stattgefunden. Diskutiert wurden Dienstleistungen, Investition

tionen, Energie und Rohstoffe, sowie regulatorische Fragen.

Das geplante Abkommen erhält jedoch viel Kritik. Ein Bündnis aus Umwelt-, Entwicklungs-, Landwirtschafts- und Handelspolitikorganisationen, darunter das Forum Umwelt und Entwicklung, forderte, die Verhandlungen zu stoppen: „Die ‚regulatorische Harmonisierung‘ des TTIP-Projekts bedeutet, dass fundamentale demokratische Prinzipien ausgehebelt werden“, bemängelte das Bündnis.

Einen Stopp der Verhandlungen forderte auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Sie sieht vor allem die Gefahr, dass bäuerliche Betriebe zerstört werden und dass sich genmanipulierte Produkte ausbreiten. „Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert die EU-Kommission und die Bundesregierung auf, diese geheimen Freihandelsgespräche umgehend zu stoppen. Stattdessen fordern wir soziale und ökologische Kriterien für einen fairen Welthandel“, sagte der AbL-Bundesvorsitzender Bernd Voß.

Da die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, ist es schwierig den genauen Verhandlungsstand zu ermitteln. Konkrete Ergebnisse werden ohnehin erst in der dritten Verhandlungsrunde erwartet, die vom 16. bis 20. Dezember in den USA stattfindet. Ende 2014 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-buend-ttip-stopp
- ▶ www.kurzlink.de/pm-abl-ttip-stopp

Freihandelsabkommen EU–Kanada

Abschluss der Verhandlungen

■ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der kanadische Premierminister Stephen Harper haben Mitte Oktober ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen verabschiedet. Nach monatelangen Verhandlungen ist dies nun das erste Abkommen seiner Art der EU mit einem G8-Staat.

Die Zustimmung von Rat und Parlament steht noch aus. Das Abkommen wird 99 Prozent der Zölle zwischen den

zwei Wirtschaftsräumen abbauen und neue Möglichkeiten für den Marktzugang von Investitionen und Dienstleistungen eröffnen. Laut Kommission wird das Abkommen die Prinzipien und Ziele der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen, das heißt dass Handelsbeziehungen nicht auf Kosten von Umwelt- oder Sozialstandards entwickelt werden sollten. Die Grünen des Europäischen Parlaments kritisierten das Abkommen jedoch scharf. Yannick Jadot, handelspolitischer Sprecher der Grünen, sagte: „Dieses umfassende Abkommen, welches mit mangelnder Transparenz verhandelt und abgeschlossen wurde, stellt eine tatsächliche Bedrohung für die Landwirtschaft dar und könnte Umweltstandards und Verbraucherschutz der EU schwächen.“ Außerdem werde die Existenz von Kleinbauern in Kanada und der EU gleichermaßen bedroht. Die Grünen kündigten an, für eine Ablehnung des Abkommens durch das EU-Parlament zu kämpfen. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-eukom-ceta
- ▶ www.kurzlink.de/pm-greenseuparl-ceta

Rohstoffförderung

Grönland hebt Uranmoratorium auf

■ Ende Oktober hat das grönländische Parlament mit knapper Mehrheit der Aufhebung des 25 Jahre währenden Uranmoratoriums zugestimmt. Grönland will durch die Förderung von Uran und Seltenen Erden seine wirtschaftliche Lage verbessern. „Wir können nicht mit einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten leben, während unsere Wirtschaft stillsteht. Daher ist es notwendig, dass wir Nulltoleranz gegenüber Uran umgehend beenden“, sagte die grönländische Premierministerin Aleqa Hammond.

Die Reserven von Uran und Seltenen Erden in Grönland sind enorm, eine Förderung würde Grönland zu einem der größten Exporteure weltweit machen. Seit 2009 ist Grönland zwar selbstverantwort-

„umwelt-aktuell-Spezial“ zur EU-Krise und deren Auswirkungen auf die Umweltpolitik

Die Europäische Union befindet sich in einer fundamentalen Krise. Für die Mitgliedstaaten, die am stärksten davon betroffen sind, werden immer neue Rettungsschirme aufgespannt. Hingegen fällt der „Mehrjährige Finanzrahmen“, über den das Europäische Parlament Mitte November abgestimmt hat, mit fast 960.000 Euro um gut 38 Milliarden Euro geringer aus als der Ausgabenplan der vergangenen sieben Jahre. Wird das Geld auch (umwelt-)gerecht verteilt?

Sparen heißt das Zauberwort, mit dem die politischen Akteure und Akteurinnen in Europa der ökonomischen und damit auch sozialen und ökologischen Krise begegnen. Geholfen hat es Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft bisher nicht viel. Gleichzeitig steht die Europäische Union vor der Herausforderung, die Energiewende und die Agrarwende umzusetzen und das Verkehrssystem zu transformieren.

Vier Autorinnen und Autoren und eine Interviewpartnerin beschreiben die Situation in der EU aus ihrer Perspektive. Veronica Nilsson beschäftigt sich in ihrem Artikel mit dem gewerkschaftlichen Standpunkt. Rebecca Harms schildert im Interview, wo ihrer Auffassung nach angesetzt werden muss, damit die EU in Zukunft krisenfester wird. Am Beispiel Griechenland macht Gerassimos Arapis deut-

lich, was die Eurokrise für die Umwelt seines Landes bedeutet. Constanze Adolf betont die positive Wirkung von Umweltpolitik auf die Gesellschaft. Tadzio Müller und Alexis Passadakis schließlich nehmen die Rolle der Umweltbewegung in der Krise unter die Lupe.

[Die Redaktion]

Krisenpolitik

Europäischer Deregulierungswahn

Auch in der Krise ist das blinde Vertrauen der EU-Kommission in den freien Markt unerschütterlich

Europas politische Eliten scheinen nichts aus der gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz- und Währungs Krise der EU gelernt zu haben. Statt den ungehemmten Finanzkapitalismus zu bändigen und die politische Kontrolle über die Wirtschaft zurückzugewinnen, verfolgt die EU-Kommission eine konsequente Deregulierungspolitik – und setzt damit soziale und ökologische Errungenschaften aufs Spiel. ■ VON VERONICA NILSSON, ETUC

Europa erlebt eine schwere ökonomische und soziale Krise. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, ist unerträglich hoch, Armut nimmt zu und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Als Antwort auf die Krise fährt die EU einen radikalen Sparkurs: Sie kürzt öffentliche Ausgaben, Jobs, Gehälter und reagiert mit weiterer Deregulierung. Dabei haben genau solche politischen Maßnahmen die Krise erst verursacht und verschlimmern sie jetzt noch weiter. Statt Aufschwung und Investitionen in die Zukunft bestimmt immer noch Rezession die Lage und die EU steuert geradewegs auf eine lang anhaltende Deflation zu.

Die EU-Kommission argumentiert: Die Krise hat gezeigt, dass nicht mehr, son-

dern weniger Regeln und Regulierungen notwendig sind. Ein Treppenwitz, wenn man bedenkt, dass in erster Linie die fehlende Regulierung der Finanzmärkte in die Krise geführt hat. Vielmehr muss Europa jetzt die Abwärtsspirale niemals endender Kürzungen beenden, Wachstum ankurbeln, Arbeitsplätze und eine wirksame Finanzmarktregulierung schaffen.

Versteckter Abbau von Normen

Die Deregulierungsagenda, die in der Krise noch befördert wurde, hat allerdings schon lange vorher angefangen und ist ideologisch motiviert. Die EU-Kommission vermeidet das Wort „Deregulierung“ dabei geschickt. Zunächst erfand sie den Begriff der „besseren Regulierung“ und richtete eine

Expertengruppe unter Vorsitz des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber ein, die den Bürokratieabbau vorantreiben sollte. Die Stoiber-Gruppe sollte analysieren, welche Kosten Unternehmen durch die europäische Bürokratie entstehen. Aber auch nach den ersten Ergebnissen dieses Expertengremiums wollte die Kommission noch nicht deregulieren – das Gebot der Stunde hieß jetzt „intelligente Regulierungen“.

Die Frage ist zu klären: Wie kann der bürokratische Aufwand für Unternehmen gesenkt werden, ohne dabei das eigentliche Ziel der Gesetze und Regulierungen zu untergraben? Wenn das gelingt, sind der Abbau überflüssiger administrativer Hindernisse und die Vereinfachung nutzloser Vorschriften willkommen. Es ist aber

offensichtlich, dass die EU-Kommission Deregulierung nur um ihrer selbst willen betreibt. Einige PolitikerInnen scheinen Gesetzgebung sogar als Nullsummenspiel zu begreifen. Eine neue Rechtsvorschrift, egal wie wichtig sie sein möge, kann nach dieser Logik nur dann erlassen werden, wenn eine andere gestrichen wird.

Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden ausgebremst

Schon jetzt ist das europäische Rechtssystem auf eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ausgelegt: Alle EU-Richtlinien in der Sozialpolitik oder für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz geben lediglich Mindeststandards vor. Die Mitgliedstaaten einigen sich also auf minimale Anforderungen, die kein Staat unterlaufen darf. Geht ein EU-Land bei der Umsetzung der EU-Gesetze weiter als verlangt, ist schnell vom sogenannten Goldplating die Rede. Zwar ist diese Praxis rechtlich zulässig und aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oft wünschenswert, der Vorwurf, ein Mitgliedstaat „vergolde“ seine Gesetze und verursache unnötige Kosten für die Industrie, wiegt aber schwer. Sozialer Fortschritt ist in Europa jedoch kaum möglich, wenn höhere Standards immer gleich als Goldplating abgetan werden.

Im Zuge ihrer Krisenpolitik entschieden die europäischen Staats- und Regierungschefs im Dezember 2011, dass neue, wahrscheinlich wieder minimale EU-Vorgaben nicht mehr für kleine Unternehmen mit weniger als zehn Angestellten gelten sollen – es sei denn der Gesetzgeber kann im Einzelfall nachweisen, dass Bestimmungen auch für kleine Firmen notwendig sind. Damit griffen die EU-Mitgliedstaaten das Diskriminierungsverbot der EU-Verträge an. In der Tat nahmen sie jetzt eine Unterscheidung von ArbeitnehmerInnen vor, die allein mit der Größe der Unternehmen begründet ist.

In der zweiten Jahreshälfte 2012 startete die Europäische Kommission dann die sogenannte Top-Ten-Konsultation. Kleine und mittlere Unternehmen hatten hier die Gelegenheit, die aus ihrer Sicht hinderlichsten europäischen Gesetzestexte zu

benennen. Die Ironie dieser Konsultation: Die Kommission selber hatte schon eine Vorauswahl an Gesetzestexten getroffen und die befragten Unternehmen brauchten nur noch ihre Häkchen an die richtigen Stellen zu setzen. Begründende Ausführungen waren gar nicht erst gefordert. Auf der Schwarzen Liste der EU-Kommission standen übrigens fast ausschließlich Richtlinien, die den Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte gewährleisten sollen: die europäische Chemikalienrichtlinie REACH, die Richtlinie zur Entsendung von ArbeitnehmerInnen, Regelungen zu Arbeitszeit und Leiharbeit, aber auch die Rahmenvereinbarung der Sozialpartner zur Elternzeit.

Und als ob dieses Vorgehen nicht schon schlimm genug wäre, nutzt die Kommission die Klagen der kleinen und mittleren Unternehmen jetzt, um ihre Forderungen nach mehr Deregulierung zu untermauern. Das war also Sinn und Zweck der Top-Ten-Konsultation: eine selbsterfüllende Prophezeiung.

Bürokratieabbau auf Kosten von Menschen und Umwelt

Die Konsultation gipfelte im Oktober schließlich in REFIT, dem „Regulatory Fitness and Performance Programme“. Mit diesem Programm will die EU-Kommission bestehende Richtlinien und Verordnungen systematisch überprüfen und überarbeiten, um „EU-Ziele auf die effizienteste und wirkungsvollste Weise zu erreichen, regulatorische Hindernisse zu erkennen und Möglichkeiten der Vereinfachung zu identifizieren“. In der Praxis heißt das, dass die Europäische Kommission verschiedene Richtlinienvorschläge zurücknimmt. Da-

runter die Bodenschutzrahmenrichtlinie, die bislang am Widerstand im Ministerrat gescheitert war, einen Richtlinienentwurf zu arbeitsbedingten Erkrankungen des Bewegungsapparates und andere Gesetzesentwürfe zur Gesundheits- und Verbraucherpolitik.

Auch die Vereinbarung der Sozialpartner über Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit im Friseurhandwerk steht dank REFIT auf der Streichliste der Kommission. Sicherheitsnormen für einzelne Handwerke fielen nicht in die Zuständigkeit der EU, lautete die Begründung von Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Damit verstößt er aber gegen den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Als Hüterin der Verträge soll die Kommission nämlich die Rolle der Sozialpartner fördern und ihre Autonomie garantieren. Dazu gehört auch, dass Vereinbarungen der europäischen Sozialpartner umgesetzt und in nationales Recht übertragen werden.

Das macht deutlich: Intelligente Regulierungen bedeuten nichts anderes als Deregulierung in Reinform. Der Kommission geht es nicht darum, europäische Gesetzgebung wirksamer zu gestalten oder sicherzustellen, dass EU-Recht von den Mitgliedstaaten richtig umgesetzt wird. Sie berücksichtigt auch nicht den gesamtgesellschaftlichen und ökologischen Nutzen der Gesetze. Im festen Glauben an die Selbstregulierung von Unternehmen sind intelligente Regulierungen vielmehr der Versuch die Rolle des Staates einzudampfen. Jetzt liegt es an Gewerkschaften und NGOs, diese Tatsache immer wieder anzuprangern und dieser Praxis ein Ende zu setzen. Auch die Europawahlen im kommenden Jahr sind hierzu eine wichtige Gelegenheit.

Aus dem Englischen übersetzt von Daniel Hiß

NGO-Reaktion zu REFIT

Umweltverbände kritisierten das REFIT-Programm scharf: Die EU-Kommission ignoriere die Anreizwirkung der aktuellen Umweltpolitik für Innovation und Wettbewerb.

► Offener Brief von EEB, Birdlife und WWF: www.kurzlink.de/eeb-openletter-refit

Die Schwedin Veronica Nilsson ist seit 2011 politische Sekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC).

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 224 05 33,
E-Mail: vnilsson@etuc.org,
www.etuc.org



„Beim Klimaschutz hat es eine Konterrevolution gegeben.“

In Politik und Gesellschaft stehen zahlreiche Transformationen an. Mangels ausreichender Finanzierung können viele Umgestaltungen aber nicht durchgeführt werden. Vor allem umweltpolitische Vorhaben fallen häufig dem Roststift zum Opfer. So ist aus Sicht von Umweltverbänden das einzige Förderprogramm der EU, das ausschließlich für Umwelt- und Naturschutzprojekte vorgesehen ist, LIFE, in der Finanzperiode ab 2014 unterfinanziert. Noch schlimmer sieht es beim Klimaschutz aus, findet die Europaabgeordnete der Grünen Rebecca Harms.

umwelt aktuell: In Zeiten von Wirtschaftskrise bleibt die Umweltpolitik als Erstes auf der Strecke. Trifft das aus Ihrer Sicht auch auf die europäische Umweltpolitik zu?

Ja. Insbesondere beim Thema Klimaschutz ist es sogar zu einer Art Konterrevolution gekommen. Bis vor einigen Jahren herrschte zumindest ein gefühltes Einverständnis, dass Klimaschutz eine Notwendigkeit ist. Kontroversen gab es höchstens darüber, wie beziehungsweise wie schnell man Klimaschutzziele erreichen kann. Seit Beginn der Krise werden aber die Stimmen lauter, die vor Klimahysterie warnen und fordern, dass die Interessen der Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt werden müssen.

Welche Stimmen sind das zum Beispiel?

Das gilt für einige meiner Kollegen von CDU, CSU und FDP im EU-Parlament. So ist auch zu erklären, dass es nicht gelungen ist, das wichtigste Klimaschutzinstrument der EU – den Emissionshandel – wieder auf die Beine zu bringen. Wegen der Wirtschaftskrise besteht ein enormer Überschuss an Emissionszertifikaten, der den CO₂-Preis in den Keller fallen ließ. Investitionsanreize für saubere Technologien fehlen. Das Problem wäre leicht zu lösen, indem man das Klimaziel für 2020 anhebt oder Zertifikate dauerhaft aus dem Handel nimmt, doch der politische Wille zur Rettung des Emissionshandels fehlt. Weder Umwelt- noch Klimapolitik sind zurzeit Prioritäten der Regierungen in den Hauptstädten und der EU-Kommission.

Welche Lösungsansätze gibt es, um das zu ändern?

Wir brauchen andere politische Mehrheiten in der Europäischen Union. Solange im EU-Parlament und im EU-Ministerrat – also dem Gremium der Regierungen – eine konservativ-liberale Mehrheit besteht, ist es schwer, ehrgeizige Ziele für den Umweltschutz durchzusetzen. Ob wir den Rückwärtsgang einlegen oder ob es wieder vorwärtsgang,

wird sich auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Mai entscheiden. Unbedingt weiterhin notwendig ist auch der Druck von Nichtregierungsorganisationen auf die Entscheider in Brüssel und in den Hauptstädten.

Wenn die öffentlichen Kassen sich nicht wieder füllen, ist ein stärkeres Engagement der Zivilgesellschaft erforderlich. Teilen Sie diese Ansicht?

Wie gesagt: Ich halte zivilgesellschaftliches Engagement immer für wichtig. Auch wenn die Kassen voll sind, heißt das noch nicht, dass das Geld auch vernünftig ausgegeben wird. Die Umwelt braucht unbedingt eine Lobby, damit am Ende in den Gesetzen nicht nur die Interessen der Industrie Niederschlag finden. Aber das Engagement der Zivilgesellschaft befreit die Politikerinnen und Politiker nicht von ihrer Verantwortung, nachhaltige und zukunftsorientierte Politik zu machen.

Was erwarten Sie in dieser Hinsicht in Deutschland, wo voraussichtlich künftig eine Große Koalition regieren wird?

Vertreter der Kohle-, Auto- oder Chemieindustrie reiben sich sicher schon die Hände. Mit der übergroßen Mehrheit der künftigen Regierung ist zu befürchten, dass sich die Koalitionspartner gegenseitig bei der Wahrung der jeweiligen Industrieinteressen unterstützen werden: Die SPD darf ihre Kohle in NRW behalten, dafür machen die Sozialdemokraten keinen Ärger bei laxen Vorgaben für die Automobilindustrie. Diese Allianz werden wir auch im EU-Parlament spüren. Die Grüne Fraktion wird deshalb umso mehr dafür streiten müssen, dass wichtige Ziele in Umwelt-, Energie- und Klimapolitik, die auch von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen werden, nicht unter die Räder geraten. Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands wollen eine erfolgreiche Energiewende und sie wollen Klima- und Ressourcenschutz.

Mit welchen umweltpolitischen Forderungen starten Sie in den Wahlkampf für das Europäische Parlament?

Wir brauchen ehrgeizige Klima- und Energieziele für 2030. Das ist wichtig für den Klimaschutz bei uns in Europa, ist aber auch unerlässlich für die Rolle der EU in den internationalen Klimaverhandlungen. 2015 soll in Paris ein neues internationales Klimaabkommen verabschiedet werden. Damit dieser Prozess erfolgreich ist, muss die EU eine starke Position in den Verhandlungen vertreten. Glaubwürdig ist sie aber nur, wenn sie zeigen kann, dass sie bereit ist, Klimaschutz zu Hause konsequent voranzutreiben. Wir brauchen auch verbindliche Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren und für Energieeinsparung. So können wir die europäische Energiewende schaffen. Das ist gut für die Umwelt und für die wirtschaftliche Entwicklung der EU. In den grünen Branchen werden zukunftsfähige Jobs geschaffen, die die EU in Zukunft krisenfester machen. Es muss endlich mit dem Mythos aufgeräumt werden, dass man nur entweder eine gesunde Umwelt oder eine gesunde Wirtschaft haben kann. Wir brauchen in Europa gemeinsame und bessere Regelungen zum Schutz der Böden gegen Erosion und Kontamination. Vorschläge der Kommission, die das Europäische Parlament unterstützt, werden seit Jahren von der Bundesregierung im Rat blockiert. Diese Blockade muss beendet werden.

[Interview: Marion Busch, Daniel Hiß]

Rebecca Harms ist seit 2004 im Europäischen Parlament und seit 2009 Fraktionsvorsitzende der Grünen. Zuvor war sie Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag.



Tel. +32 (0)2 / 284-5695,
E-Mail: rebecca.harms@
europarl.europa.eu

Griechenland

Umweltschutz war einmal

Eurokrise und Spardiktat bedeuten für Griechenland harte Einschnitte – auch für Natur und Umwelt

Im Frühjahr 2010 spitzte sich die griechische Staatsschuldenkrise derart zu, dass Griechenland einen Staatsbankrott ohne finanzielle Hilfe nicht mehr abwenden konnte. Seither hängt das Land am Tropf von Internationalem Währungsfonds und EU, die dem Land einen strikten Sparkurs verschrieben haben. Der Schutz von Umwelt und Natur blieb dabei als Erstes auf der Strecke. ■ VON GERASSIMOS ARAPIS, ELLINIKI ETAIRIA

Nur noch 26 Prozent Wirtschaftsleistung, 27 Prozent Arbeitslosigkeit, weit über die Hälfte der 15- bis 24-Jährigen sind ohne Job – die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Griechenland stark getroffen. Um den enormen Schuldenberg des Landes abzubauen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, haben die internationalen Kreditgeber Griechenland einen rigiden Sparkurs verordnet. Eine Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds wacht über die Einhaltung des Sparprogramms. Die Sparpolitik bedeutet dabei nicht nur Einschnitte in der Sozialpolitik, sondern gefährdet auch die Einhaltung der EU-Umweltziele. Griechenland ist daher ein besonders eindringliches Beispiel für einen allgemeinen Trend: In wirtschaftlichen Krisenzeiten bleibt der Schutz von Natur und Umwelt als Erstes auf der Strecke.

Umweltpolitik vor und nach der Krise

Dabei stand es schon vor der Krise nicht besonders gut um die Umweltpolitik in Griechenland: Immer wieder haben die Regierungen versucht, Wirtschaftswachstum durch strukturpolitische Maßnahmen voranzubringen. Diese Strukturpolitik wurde aber in der Regel schlecht und ohne Berücksichtigung der oft negativen Umweltauswirkungen geplant. Ein klassisches Beispiel ist die rücksichtslose Förderung der intensiven Landwirtschaft. Auch mit finanzieller Unterstützung aus Brüssel sollte etwa der Acheloos, der wasserreichste Fluss Griechenlands, zu Bewässerungszwecken in die Ebene von Thessalien umgeleitet werden. Inzwischen ist das Projekt

vorläufig gestoppt, dennoch bleibt der Fall höchst umstritten. In der Tat stehen derartige Projekte in direktem Konflikt mit dem Schutz fragiler Ökosysteme und gefährden durch die EU geschützte Natura-2000-Gebiete. Ein Bündnis von fünf Umweltorganisationen, darunter auch Elliniki Etairia, kritisiert aber auch die hohen Kosten, die in Zeiten eiserner Sparpolitik für dieses Projekt vorgesehen sind.

Gerade jetzt hat Wachstum in Griechenland oberste Priorität. Die Regierungsagenda mit zahlreichen kurzfristigen Investitionsvorhaben und Wirtschaftsprogrammen zeigt jetzt schon umweltschädliche Auswirkungen und berücksichtigt die gesetzlichen Vorgaben zu Bewahrung und Schutz der Natur in keiner Weise. Gerade Bergbau, Gas- und Ölgewinnungsprojekte stehen weit oben im Regierungsprogramm, sind aber dafür bekannt, große Umweltschäden zu verursachen. Auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit derartiger Vorhaben scheint in Griechenland nicht gegeben. Durch reduzierte Lizenzgebühren will die Regierung daher alle Bergbauaktivitäten stark subventionieren: Unternehmen müssen für die Abbaulizenzen nur ein Prozent ihres Umsatzes an den Staat abführen. Im internationalen Vergleich sind diese Gebühren minimal – das gilt insbesondere für den Goldabbau im Norden Griechenlands.

Fehlende staatliche Strukturen

Dass die Wirtschaftskrise auch eine Krise der Umweltpolitik ist, liegt auch daran, dass in den Regierungsbehörden entsprechende Strukturen fehlen, sodass Umweltbelange nicht koordiniert werden können. Zwar ist das schon lange bekannt, Maßnahmen zur

Umstrukturierung des öffentlichen Sektors und drastische Personalkürzungen infolge der Krise werden dieses Problem aber noch verschärfen. Das Umweltministerium konnte das vorgegebene Ziel nicht umsetzen, Umweltthemen in alle nationalen Politikbereiche zu integrieren. Stattdessen greifen Ministerien, die mit der Umsetzung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Griechenland betraut sind, explizit die bestehende Umweltgesetzgebung an. Der Schutz ökologisch wertvoller Gebiete spielt in den Plänen dieser Ministerien keine Rolle.

Umweltbewegung wächst zusammen

Das macht deutlich: Die drastischen strukturellen Reformen und die rigide Sparpolitik, die seit der Krise in Griechenland an der Tagesordnung sind, gefährden den Umweltschutz. Für die Umweltbewegung erwächst daraus aber ein gemeinsames Ziel. Statt wie bislang miteinander zu konkurrieren und gegeneinander zu agieren, haben sich die größten griechischen Umweltorganisationen zusammengeschlossen, um sich dem Verfall der Umweltgesetzgebung und umweltschädlichen Infrastrukturprojekten entgegenzustellen. Die Forderungen und Bedenken konzentrieren sich auf Gesetzesänderungen, Budgetkürzungen, die Umstrukturierung von Umweltbehörden oder die unzureichende Umsetzung von Umweltrecht. Umweltpolitischen Handlungsbedarf gibt es an allen Ecken und Enden: Erhalt von Biodiversität, Abfallpolitik, illegale Gebäude, erneuerbare Energien.

Beispielsweise lässt das Parlament noch immer die illegale Bebauung von Schutzgebieten zu. Das gefährdet die biologische

Vielfalt und macht vorherige Naturschutzmaßnahmen zunichte. Ähnliche Bedenken gibt es auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Parlament und Behörden ermöglichen den Bau von Energieanlagen in Naturschutzgebieten und nehmen derartige Projekte sogar von der sonst verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung aus. Umweltpolitik gilt heute wieder als Luxus. Das erschwert die Arbeit der Verbände.

Umweltschutz bleibt zweitrangig

Seit dem Ende der 90er-Jahre hat Griechenland einige positive institutionelle Veränderungen erlebt. So wurden verschiedene Umweltinstitutionen ins Leben gerufen, die jetzt aber besonders von Kürzungen bedroht sind. Das Programm der griechischen Regierung für grünes Wachstum sieht beispielsweise die Verbesserung der Steuerung von Umweltmechanismen und -institutionen vor. Das bleibt aber ein leeres Versprechen: Ein 2010 neu geschaffener Umweltfonds hatte in der Praxis nur eine kurze Lebensdauer. Schon 2011 machten es Regierung und Parlament möglich, 95 Prozent des Fonds für andere, dringendere Staatsbedürfnisse zu verwenden. Seit einer

weiteren Reform im Jahr 2012 bleiben sogar nur noch 2,5 Prozent der Gelder für die Finanzierung von Umweltvorhaben übrig. Dabei mangelt es gerade für die erfolgreiche Umsetzung der wichtigsten Umweltgesetze an Geld und an Personal. Alle Regierungsabteilungen sind unterbesetzt – sei es auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Bundesanstalten für Forstwirtschaft, die kaum noch in der Lage sind, ein ökologisches Waldmanagement zu leisten. Illegaler Holzabbau und Waldbrände sind die Folge.

Die Leiter der Forsteinrichtungen im Norden Griechenlands haben ihre Bedenken auf den Punkt gebracht: Die ausbleibende finanzielle Unterstützung und der Personalabbau in Ministerien und Behörden verschlechtere die Arbeitsfähigkeit der Forstanstalten, die maßgeblich für den Schutz der Wälder verantwortlich ist. Infolgedessen werde die Zerstörung der Wälder aufgrund von Bränden oder illegaler Abholzung in Zukunft noch zunehmen.

Hinzu kommt, dass die Dieselpreise immer weiter steigen und damit auch der Wert von Feuerholz. Bis vor Kurzem war der Preisanstieg nur an den Tankstellen zu spüren, während die Regierung die Preise

für Heizöl als sozialpolitische Maßnahme auf niedrigem Niveau hielt. Inzwischen sind die Dieselpreise aber gleichgesetzt – viele Haushalte mit immer weiterschumpfendem Einkommen mussten sich also alternative Heizstoffe suchen. Holz ist wieder gefragt. Dadurch ist auch illegaler Abholzung Tür und Tor geöffnet, schließlich können staatliche Einrichtungen den Schutz der Wälder nicht mehr gewährleisten.

Die griechische Regierung muss also dringend die Initiative ergreifen und gegen die Panik ankämpfen, die die Troika in Exekutive, Legislative und Judikative ausgelöst hat. Andernfalls setzt Griechenland all seinen Reichtum aufs Spiel – vor allem den ökologischen.

Aus dem Englischen von Lavinia Roveran und Daniel Hiß

Dr. Gerassimos Arapis ist Professor für Ökotoxikologie an der Agricultural University of Athens, Vizepräsident der Umweltorganisation Elliniki Etairia und sitzt im Präsidium des Europäischen Umweltbüros.



Kontakt:
E-Mail: mani@aua.gr

Ökosteuern

Umweltpolitik als Krisenpolitik

Eine ökologische Finanzreform setzt auch ökonomische Anreize – die Politik nutzt das aber nicht aus

Je länger die europäische Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise andauert, desto mehr schwindet das Vertrauen in die Krisenpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Statt nur Sparmaßnahmen zu verlangen, sollten die europäischen Staats- und Regierungschefs mit der Steuerpolitik richtige Anreize setzen. Das würde Wirtschaft und Umweltschutz voranbringen. ■ VON CONSTANZE ADOLF, GREEN BUDGET EUROPE

Im nunmehr sechsten Jahr der gravierendsten finanziellen und wirtschaftlichen Krise, die Europa in den vergangenen 70 Jahren erlebt hat, müssen viele Regierungen einen Spagat wagen: Einerseits gilt es, die Haushalte zu konsolidieren und andererseits die Wirtschaftskraft ihres Landes nicht weiter zu schwächen. Viele Unternehmen und private Haushalte sind hoch verschuldet, Wirtschaftlich-

keit und Wettbewerbsfähigkeit sind schon lange nicht mehr Mittel für Wachstum und Wohlstand, sondern haben vielmehr absolute Priorität.

Die bisherige Krisenbewältigungspolitik setzt vornehmlich auf einschneidende Sparprogramme, die VerursacherInnen und GewinnerInnen der Finanzmarktexzesse nimmt sie aber kaum für die von ihnen hervorgerufenen gesellschaftlichen

Kosten in die Pflicht. Nach wie vor sind Finanztransaktionen in hohem Maße von der Realwirtschaft abgekoppelt, und teils verstärkt sich dieser Trend noch weiter.

Ist Umweltpolitik zu teuer?

Während Banken und SpekulantInnen weitestgehend geschont werden, geht das europäische Spardiktat zulasten von Sozi-

alpolitik, aber auch von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Mittel für Umwelt- und Klimapolitik, so das Argument, können nur durch Wirtschaftswachstum zur Verfügung gestellt werden. In Zeiten der Krise werden Umwelt- und Klimaschutz daher oft vorschnell auf der politischen Agenda herabgestuft. Hier liegt immer noch das überkommene Denken zugrunde, dass Umweltpolitik etwas kostet, was sich die Gesellschaft derzeit nicht leisten könne.

Dabei kommt es aber entscheidend darauf an, wie man Umweltpolitik betreibt. Im Hinterkopf schwirren meist kostenintensive Auflagen und Gebote, obwohl es wesentlich effektivere Ansätze gibt. Ökologische Finanzpolitik kann beispielsweise ein zentrales Steuerungsinstrument des Staates für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft darstellen.⁽¹⁾ Das verdeutlicht ein Vergleich der Einnahmepotenziale und Wirksamkeit zusätzlicher Steuern. Gemessen an Effizienzkriterien sollten sich nationale beziehungsweise regionale Steuersysteme auf die kostengünstigsten Besteuerungsgrundlagen stützen. Verglichen mit Steuern auf Arbeitseinkommen wie beispielsweise der Mehrwertsteuer schneiden Energie- und CO₂-Steuern im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Beschäftigungszahlen deutlich besser ab.

Umweltverschmutzung wird staatlich subventioniert

Umweltsteuern sind eben nicht nur ein umweltpolitisches, sondern vor allem ein finanzpolitisches Instrument. Traditionelle Steuern wie Mehrwertsteuern bringen hingegen keinerlei Zusatznutzen. Denn letztlich werden sie auf die Preise aller Produkte oder Verhaltensweisen aufgeschlagen. Eine Differenzierung nach der Umweltschädlichkeit findet nicht statt und damit geht von ihnen kein Signal zum ökologischen Wandel aus. Trotzdem finanziert sich der Staat zu mehr als zwei Dritteln durch die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben. Arbeit, die eigentlich gesellschaftlich gefördert werden soll, wird steuerlich bestraft – eine paradoxe Verteuerung von Arbeit und Leistung.

2011 lag der Anteil von Umweltsteuern am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland lediglich bei 2,25 Prozent. Damit steht die Bundesrepublik im europäischen Vergleich nur auf Platz 21. Die wahren Kosten von Natur- und Ressourcenverbrauch schlagen sich nicht in den Preisen nieder. Umweltverschmutzung ist nach wie vor zu billig und vielfach staatlich subventioniert: EU-weit werden fossile Brennstoffe jährlich mit 26 Milliarden Euro staatlich unterstützt. Der Ausbau von erneuerbaren Energien hingegen wird mit lediglich 30 Milliarden Euro gefördert. Dieses Missverhältnis scheint einmal mehr absurd, wenn man bedenkt, dass sich die globalen Folgekosten für unsere Gesundheitssysteme aufgrund des CO₂-Ausstoßes auf rund 42,8 Milliarden Euro belaufen⁽²⁾, fossile Brennstoffe weltweit allerdings weiterhin mit mehr als 1,4 Billionen Euro im Jahr, also dem mehr als 30-Fachen der Folgekosten subventioniert werden.

Allein durch die nicht nur ökologisch, sondern auch sozial ungerechten Steuervergünstigungen für Dienstwagen entgehen den 28 EU-Staaten jährlich außerdem 54 Milliarden Euro an dringend benötigten Staatseinnahmen.

Steuern setzen falsche Anreize

In den USA nimmt die sogenannte CO₂-Blase bereits heute weitaus größere Ausmaße an als die Immobilienblase, die die weltweite Finanzkrise ausgelöst hatte. Grund dafür ist die falsche Annahme, dass alle bekannten Öl-, Gas- und Kohlereserven auch gefördert werden. Um die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen und die CO₂-Emissionen wirksam zu reduzieren, dürfen rund 80 Prozent der Reserven aber nicht mehr gehoben werden. Ökologische Steuerpolitik könnte dieser CO₂-Blase entgegenwirken. Ein Schlüsselfaktor für die Attraktivität von Energiesteuern ist, dass sie neben einer effektiven Einnahmenezielung auch Energieeffizienzmaßnahmen begünstigen und somit zu reduzierten Energieimporten führen können. Die positiven Auswirkungen auf regionale und lokale Wertschöpfung sowie Beschäftigung sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

1999 gaben die EU-Mitgliedstaaten bereits 84 Milliarden Euro für Importe fossiler Energieträger aus Nicht-EU-Staaten aus. Das entsprach einem Prozent des BIP. 2011 hat sich dieses Verhältnis sogar fast vervierfacht: Die Importe beliefen sich auf 3,9 Prozent des BIP, umgerechnet 488 Milliarden Euro. Die massive Schiefergasförderung in den USA hat zudem zu einem Preisverfall für Kohle geführt. Statt eine CO₂-arme Wirtschaft zu fördern, investiert auch Deutschland derzeit in Kohle und konterkariert damit die mögliche Vorreiterrolle einer gelungenen Energiewende. Die Folge: Wichtige Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen werden nicht geschaffen und Investitionen nach wie vor in die falsche Richtung geleitet.

Auf politischer Ebene besteht ein Zielkonflikt zwischen klimapolitischen Imperativen sowie politischem Willen und Mut, der es vielfach verhindert, dass die bestehenden wirkungsvollen Instrumente tatsächlich eingesetzt werden. Dabei gibt es ein großes Potenzial, bisher fehlgeleitete Mittel in die richtigen Bahnen zu lenken und die Konstruktionsfehler der derzeitigen Krisenbewältigung gerade auch durch eine ökologische Fiskalpolitik zu überwinden. Damit kann ein zukunftsweisendes Wirtschaftssystem geschaffen werden, das Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und soziale Akzeptanz vereinigt. Das alles sollte einhergehen mit bürgernahem Dialog, um den Paradigmenwechsel auf allen Ebenen verständlich und tragfähig auszugestalten.

Ökologische Steuerpolitik als Krisenpolitik

Um auf breite Akzeptanz zu stoßen, müssten diese Reformen aber auch demokratische Entscheidungsprozesse stärken. Dazu gehören verbindliche Regeln, die einen Steuerwettbewerb hin zum niedrigsten Niveau, zum Beispiel bei den Benzinsteuern, verhindern. Steuerwettbewerb ist gut, aber er wirkt kontraproduktiv, wenn es um die gesellschaftlich erforderliche Internalisierung externer Kosten geht, also die Berücksichtigung von Umweltkosten bei der Preisgestaltung.

Auf EU-Ebene ist das sogenannte Europäische Semester ein potenziell wirksames Instrument, um ökonomische und ökologische Fiskalpolitik in den Mitgliedstaaten stärker zu forcieren.⁽³⁾ Dieser Koordinierungsprozess sollte gerade von umweltpolitischen Akteuren genutzt werden, um das Verursacherprinzip konsequent einzufordern. Wenn die EU ihre Chance nutzt, wird sie gestärkt für den globalen Wettbewerb aus der Krise hervorgehen.

Krisenbedingt steigende Staatsschulden sowie dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr oder nachhaltige Energieträger erfordern effektive Instrumente. Zusätzlich zur kosteneffizienten Reduzierung von Treibhausgasemissionen können ökonomische Instrumente einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung von Haushaltsdefiziten bei zugleich geringeren negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft leisten. Das bedeutet, Produkte und Verhalten sollen gemäß dem Verursacherprinzip ihre wahren Kosten widerspiegeln. Dazu muss sich eine ökologische Finanzreform eines breiten Repertoires an Instrumenten bedienen: Steuern, Abbau umweltschädlicher Subventionen, Emis-

sionshandel oder Grenzausgleich, also die Besteuerung importierter Waren.

Ziel sollte es sein, die ökologische Lenkungswirkung zu stärken, unerwünschte Verteilungswirkungen zu begrenzen und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, beispielsweise durch die Absenkung von Sozialabgaben. Damit werden Arbeitsplätze im Land geschaffen und die Abhängigkeit von instabilen Preisen gemindert. Das hat den zusätzlichen Vorteil einer erhöhten Energiesicherheit und damit einer gesteigerten finanziellen und politischen Unabhängigkeit.

Trotz der in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft anerkannten effektiven Anreizstrukturen einer ökologischen Finanzreform wird das unbestritten große Potenzial aber bei Weitem nicht ausgeschöpft. Schon seit Langem ist von einem neuen Narrativ und einem Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik die Rede. Jetzt ist es an der Zeit, Taten folgen zu lassen. Zur Umsetzung bedarf es mutiger PolitikerInnen, ökonomischen Sachverständigen, interdisziplinär agierender WissenschaftlerInnen und einer aufgeklärt kritischen Zivilgesellschaft. Die Vorteile einer europaweiten Ökologisierung der Finanzsysteme muss für BürgerInnen und Unternehmen ver-

ständig gemacht werden, indem die lokalen, regionalen und nationalen Chancen aufgezeigt werden. Mit Steuerpolitik lassen sich vielleicht keine Wahlen gewinnen. Konkrete, zukunftsfähige, glaubwürdige und nachhaltige Alternativen machen das aber möglich. Die Kombination der verschiedenen ökonomischen Instrumente sowie eine intelligente Infrastruktur sind dafür beste Voraussetzungen.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) CETRIE-Report „CO₂-Besteuerung und Haushaltskonsolidierung“, www.kurzlink.de/foes-gbe-cetrie
- ▶ (2) www.env-health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf
- ▶ (3) Für weitere Informationen zum europäischen Semester: www.kurzlink.de/dnr-eu-eurosemester und www.kurzlink.de/gbe-public-hearing13

Die promovierte Kulturwirtin Constanze Adolf leitet seit 2012 das Brüsseler Büro von Green Budget Europe. Die Plattform ist ein Impulsgeber für eine ökologische Finanzreform.

Kontakt:

Tel.: +32 (0)2 / 790 88 12,

E-Mail: constanze.adolf@green-budget.eu

green-budget.eu



Umweltgerechtigkeit

Umweltbewegung in der Krise

An einer Umverteilung führt kein Weg vorbei, aber sie muss von oben nach unten erfolgen

In der ökonomischen, sozialen und politischen Krise der Europäischen Union bleibt der Umweltbewegung nur eins: sich selbst abschaffen. Warum? Weil sie nur als Bewegung für Umweltgerechtigkeit wirklich erfolgreich sein kann, ohne sich zur Erfüllungsgehilfin der Austeritätseiliten in Politik und Wirtschaft zu machen. ■ VON TADZIO MÜLLER UND ALEXIS PASSADAKIS

Arme Umweltbewegung! In der aktuellen Krise der EU scheint ihr auf den ersten Blick nichts anderes übrig zu bleiben, als sich zwischen zwei schlechten Alternativen zu entscheiden: Auf der einen Seite könnte sie sich den vom US-amerikanischen Starökonom Paul Krugman sogenannten „Austerianern“ anschließen, also dem dominierenden Teil der europäischen Herrschenden, die im Windschatten

der Krise ihr aggressives Macht- und Ressourcenverteilungsprojekt mithilfe von Schuldenbremsen, Lohnkürzungen und Bankenrettungen immer weiterreiben. Es versteht sich von selbst, dass Umverteilung hier allerdings nur nach oben stattfindet.

Die Sparrhetorik der Austerianer weist aber tatsächlich einige Ähnlichkeiten mit ökologischen Diskursen auf, immerhin ist die zentrale Kritik der Umweltbewegung ja

eine am „Immer mehr“ des kapitalistischen Produktivismus. Aber natürlich stehen die neoliberalen Sparzwänge im direkten Widerspruch zur Notwendigkeit massiver staatlicher Investitionen in einen wie auch immer gearteten ökologischen Umbau – und der ökologisierte Staat wäre mit Sicherheit deutlich interventionistischer als den Neoliberalen lieb wäre. Ein Bündnis mit diesen Kräften würde bedeuten, dem

schlechten Ruf gerecht zu werden, Umweltpolitik sei bürgerliche Politik und es ginge ihr vor allem darum, dass die Armen den Gürtel enger schnallen müssten – ein Vorurteil, das die Gegner der Energiewende hierzulande in den vergangenen Monaten sehr effektiv publik gemacht haben.⁽¹⁾

Auf der anderen Seite bliebe ein Bündnis mit den deutlich schwächeren Neoklassikern. Diese wollen dem Staat wieder die nötigen Mittel in die Hand geben, um der Wirtschaft zu helfen, aus der Krise hinauszuwachsen. Ein Beispiel hierfür ist der vom DGB artikulierte Vorschlag für einen europäischen Marshallplan, der sich zwar wie ein gutes Wohlfahrtsprogramm liest, im Endeffekt aber vor allem ein großindustrielles Wachstumsprogramm ist. Man muss kein allzu radikaler Wachstumskritiker sein, um zum Schluss zu kommen, dass ein sozial-ökologischer Umbau so nicht aussehen kann – und dass ein Bündnis mit diesen Kräften keines sein kann, in dem der Umweltaspekt einseitig einer hochprozentigen kapitalistischen Wachstumsdynamik untergeordnet ist.

Von der Umwelt- zur Gesellschaftspolitik ...

Die Umweltbewegung sollte sich wieder ins Gedächtnis rufen, dass ein großer Teil von ihr einst angetreten war, um die Gesellschaft zu verändern – und nicht, um nur eine zusätzliche Sparte unter vielen im Politikbetrieb zu werden. Als Reaktion auf die Finanzkrise war daher der Green New Deal (GND), der zuerst in Großbritannien artikuliert und dann hierzulande von den Grünen kurzfristig zur Parteiprogrammatik erkoren wurde, trotz seiner Schwächen ein sinnvoller Ansatz: Er zielte darauf, ein umweltpolitisches Projekt mit der Formulierung einer neuen Sozialstaatlichkeit zusammenzudenken. Dieses Vorhaben sollte auf der Einschränkung der Macht von Finanzmärkten und auf drastischer Umverteilung basieren. Der Green New Deal war also eine gute Idee, weil er einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch formulierte. Außerdem stellte er die Frage, welche gesellschaftliche Koalition diesen würde umsetzen können. Eines der vielen Probleme des Green New Deals bestand

jedoch darin, soziale und ökologische Politik weiterhin als unterschiedliche Felder zu betrachten, die äußerlich zueinander ins Verhältnis gesetzt werden müssen. In dieser Version der Geschichte ist ökologische Politik weiterhin ein Projekt der oberen Mittelschicht, muss sich aber mit der Sozialpolitik für die Mehrheit der Bevölkerung arrangieren. Das spiegelte sich auch darin, dass umweltpolitische Akteure ihre soziale Orientierung lediglich durch Addition einzelner gewerkschaftlicher Forderungen zu bestimmen suchten. Von einer tatsächlichen Politik für Umweltgerechtigkeit, von einer sozial-ökologischen Transformation ist das noch weit entfernt. Eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die die planetarischen Grenzen berücksichtigt, verlangt die Entwicklung eines eigenständigen sozial-ökologischen Ansatzes.

... und weiter zur Umweltgerechtigkeit

Aber es gibt auch noch einen anderen Weg, und – so merkwürdig das in ökologischen Fragen klingen mag – die Wegweiser dorthin stehen in den USA. Dort entstand in den 1960er-Jahren eine Umweltbewegung aus einer größtenteils weißen Mittelklasse, die sich gegen die Existenz dreckiger Industrien in ihren „Communities“ zur Wehr setzte. Das führte dazu, dass diese Industrien nicht abgeschafft, sondern einfach in ärmere „Communities of Color“ verlagert wurden, also an Orte, an denen vor allem indigene, hispanische oder afroamerikanische Gemeinden lebten. Gegen diesen Umweltrassismus entstand eine Bewegung für Umweltgerechtigkeit, deren zentrales Argument folgendes war: Wer Umweltprobleme bloß als solche auffasst, löst sie oft nicht, sondern verlagert sie nur innerhalb der Gesellschaft – hin zu den unteren Klassen. Umweltpolitik im konventionellen Sinne führe also notwendigerweise zu einer Vertiefung gesellschaftlicher Ungleichheiten, und werde deswegen auch oft „von unten“ bekämpft oder missbilligt.

Beim Blick zurück nach Deutschland sehen wir, dass diese Argumente unseren Realitäten gar nicht so fern liegen: In einer Studie für die Rosa Luxemburg Stiftung stellt Ulrich Schachtschneider

fest, dass bisher auch wirklich jedes ökonomische Instrument zur Steuerung der Energiewende Reichtum von unten nach oben umverteilt.⁽²⁾ Das ist den deutschen Umweltverbänden nicht entgangen, und sie steuern fleißig dagegen, zum Beispiel mit der „Charta zur sozial gerechten Energiewende“.⁽³⁾ Diese lässt sich aber auch und vor allem als Reaktion auf die clevere Kampagne der Stromkonzerne und des Instituts Neue Soziale Marktwirtschaft gegen die Energiewende sehen, die erst den Blick auf die steigenden Energiepreise für die Mehrheit der Bevölkerung richtete. In der bundesdeutschen Energiewende fiel der Umweltbewegung also erst sehr spät ein, aufzupassen, dass die Umweltfrage nicht allzu eklatant gegen die soziale Frage ausgespielt werden kann. In der europäischen Krise muss daraus jetzt ihr fundamentales Programm werden: Nur wenn die Umweltbewegung zu einer Bewegung für Umweltgerechtigkeit wird und in der Lage ist, eine sozial-ökologische Transformation ökonomisch durchzubuchstabieren, wird sie in der Lage sein, neue gesellschaftliche Koalitionen zu bauen, und ihren ursprünglichen Anspruch umzusetzen, die Gesellschaft von Grund auf zu verändern.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) Wolfgang Pomrehn (2013), Armutsrisiko Energiewende, www.kurzlink.de/rosalux-armutenergie
- ▶ (2) Zur Studie: www.kurzlink.de/rosalux-stud-verteil
- ▶ (3) Zur Charta: www.kurzlink.de/charta-soz-enerwende

Der Politikwissenschaftler und Klimaaktivist Tadzio Müller forscht bei der Rosa Luxemburg Stiftung zu Klima- und Energiefragen.

Kontakt:
E-Mail: mueller.t@rosalux.de,
www.rosalux.de



Alexis Passadakis ist Mitglied im attac-Rat. Er arbeitet zur sozial-ökologischen Transformation, Energiedemokratie und Eurokrise.

Kontakt:
E-Mail: passadakis@rosalux-europa.info



DNR INTERN

Koalitionsverhandlungen

Appell für bessere Umwelt

■ Bei Redaktionsschluss lief die Endrunde der Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU/CSU und der SPD. Die großen deutschen Umweltverbände beobachteten die Verhandlungen mit großer Skepsis. Neben dem Fehlen zahlreicher Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen monierten der BUND, der DNR, Greenpeace und der NABU, dass umweltschädliche Subventionen nicht abgebaut werden sollen. Diese belaufen sich in Deutschland auf etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr und könnten in der kommenden Legislaturperiode um ein Drittel abgebaut werden. Vor allem beim Projekt Energiewende befürchten die Verbände eine „bedenklich falsche Weichenstellung“. Daher schickten sie einen Appell an die Koalitionäre, in dem sie die Parteien aufforderten, im Sinne von Umwelt und Verbrauchern korrigierend einzugreifen. [mbu]

- Appell „Starke Stimmen für die Energiewende – Ja zu einer dynamischen, gerechten und sozialen Energiewende“: www.dnr.de/downloads/starke-stimmen-fuer-die-energiewende-erklaerun.pdf

Generationengerechtigkeit

Charta zur Energiewende

■ Aus einem von DNR, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischem Gesamtverband initiierten Vernetzungsworkshop zwischen Umwelt- und Sozialverbänden ist die „Charta zur sozial gerechten Energiewende“ hervorgegangen, die Ende Oktober vorgestellt wurde. Unterzeichner der Charta sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Paritätische Gesamtverband, die Nationale Armutskonferenz, der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Diakonie Deutschland und die Volkssolidarität, der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Naturfreunde und die Deutsche Umwelthilfe (DUH). In der Charta fordern Verbände von der künftigen Bundesregierung eine gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende und für einkommensschwache Haushalte dafür geeignete sozialpolitische Lösungen. Energie- und Sozialpolitik dürften nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müssten in den Koalitionsverhandlungen die Weichen für eine konsequent ökologische und zugleich sozial gerechte Energiewende gestellt werden. [mbu]

- Charta zur sozial gerechten Energiewende: www.kurzlink.de/energie-charta2013

Mitgliederversammlung

Arbeitsplanung für 2014

■ Am 30. November fand die jährliche Mitgliederversammlung des DNR statt (nach Redaktionsschluss). Nach der Eröffnung durch den Präsidenten Hartmut Vogtmann standen unter anderem der Jahresbericht 2012 und die Neuordnung der Beitragsregelung auf der Tagesordnung. Außerdem sollte die Erarbeitung eines Mehrjahresplans 2014–2016 debattiert und der Entwurf für das Leitbild des DNR verabschiedet werden. Als Gastredner war auch der neue Generalsekretär der DBU Heinrich Bottermann eingeladen. [mbu]

- www.dnr.de

EU-Koordination

Lern- und Lobbyfahrt 2014

■ Alles neu macht der Mai 2014 in Brüssel. Dann wird ein neues EU-Parlament gewählt und Ende des Jahres tritt die neue Kommission ihr Amt an. In dieser Zeit des Umbruchs ist es wichtig, Kontakte zu aussichtsreichen Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen und zu stärken. Thematisch stehen 2014 so weitreichende Themen auf der Agenda wie das umstrit-

Liebe Abonnent(inn)en, liebe Leser(innen)!

Wir danken Ihnen für Ihre Treue und Ihr Interesse an unserer Zeitschrift *umwelt aktuell* – und wir freuen uns darauf, Ihnen auch 2014 wieder die entscheidenden News zu Umwelt, Naturschutz und Nachhaltigkeit aus Deutschland und Europa vorzustellen!

Eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten wünschen

die Herausgeber und die Redaktion von *umwelt aktuell* sowie der oekom verlag


umwelt aktuell

tene Freinhandelsabkommen zwischen der EU und den USA oder der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik nach 2020. Hier ist eine starke Lobby für Umwelt und Nachhaltigkeit gefragt.

Obwohl auf EU-Ebene wichtige Entscheidungen für Bundes- und Landespolitik getroffen werden, sind viele Engagierte in Umweltverbänden noch unsicher in den EU-Entscheidungsprozessen und Netzwerken. Um dies zu ändern, veranstaltet die EU-Koordination des DNR vom 18.–20. März eine Studien- und Lobbyfahrt in die inoffizielle europäische Hauptstadt Brüssel.

Ziel der Fahrt ist es, Netzwerke zu knüpfen, Lobbykontakte zu nutzen und zu erweitern und möglichst viel über die umweltrelevanten Entscheidungen auf EU-Ebene zu lernen. Geplant sind Treffen mit Abgeordneten des EU-Parlaments, mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission sowie mit Kolleginnen und Kollegen der europäischen Umweltverbände.

Anmeldefrist ist der 10. Januar. Weitere Informationen und das Anmeldeformular gibt es telefonisch oder per E-Mail. [am]

- DNR-EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin +49 (0)30 / 6781775-86, antje.mensen@dnr.de

AUS DEN VERBÄNDE

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Deutsche Ornithologen-Gesellschaft (DO-G)

■ Die im Oktober 1850 gegründete Deutsche Ornithologen-Gesellschaft ist eine der traditionsreichsten in ganz Deutschland. Bis heute geht sie ihren ursprünglichen Aufga-

ben wie der wissenschaftlichen Forschung, der Feldornithologie oder „Birdwatching“ nach. Die Gesellschaft ist ein Interessenverband im gesamten deutschsprachigen Raum mit etwa 2.000 Mitgliedern, darunter Hochschulprofessoren, aber auch Hobbybeobachter. Die Deutsche Ornithologen-Gesellschaft fördert unter anderem ornithologische Forschungsarbeiten. Auf Tagungen haben Interessierte die Möglichkeit, Informationen auszutauschen und Kontakte in Fachkreisen zu knüpfen. Der Vogelschutz ist ebenfalls ein wichtiges Thema für die DO-G. [rm]

- Deutsche Ornithologen-Gesellschaft DO-G, Dr. Stefan Garthe, Wilhelmshaven, Tel. +49 (0) 176 / 78114479, Fax: +49 (0) 4421 / 968955, E-Mail: geschaeftsstelle@do-g.de, www.do-g.de

Deutsche Reiterliche Vereinigung

■ Etwa 720.000 Mitglieder teilen derzeit den Wunsch der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, Gesundheit und Lebensfreude durch das Reiten zu verbreiten. Der Vereinigung ist es wichtig, dass die Reiterinnen und Reiter verantwortungsvoll und bewusst mit ihren Tieren umgehen. Denn ihrer Meinung nach sind Pferde keine Arbeitstiere oder Mittel zum Zweck, wie es in den ethischen Grundsätzen des Vereins festgelegt ist. Pferde helfen Menschen in der digitalisierten Welt, einen Zugang zur Umwelt und Natur zu finden. Unterstützt wird dies durch den Bau von modernen und effizienten Pferdeställen oder Anlagen, die Planung der Bewirtschaftung von Weiden und Wiesen bis hin zu umweltschonenden Ritten durch Wälder. Neben der Ausbildung von Reitern und der Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit Pferden und deren Haltung hat sich die Deutsche Reiterliche Vereinigung die Förderung von Umweltbildung zur Aufgabe gemacht. [rm]

- Deutsche Reiterliche Vereinigung, Soenke Lauterbach, Warendorf, Tel. +49 (0)2581 / 63620, Fax +49 (0)2581 / 72144, E-Mail: fn@fn-dokr.de, www.pferd-aktuell.de

Deutsche Umwelt-Aktion (DUA)

■ Die Deutsche Umwelt-Aktion trägt den Gedanken Umweltschutz in die Schulen. Um umweltgerechtes Handeln zu fördern,

lehren ehrenamtliche Mitarbeiter verschiedene umweltrelevante Themen in Kindergärten, Grundschulen und teilweise auch weiterführenden Schulen. Unterrichtsstoff im Kindergarten ist beispielsweise Trinkwasser, in den Oberschulen geht es auch um schwierige Themen wie die Kraft-Wärme-Kopplung. In über 50 Jahren haben viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 20 Millionen Schüler an Umweltschutz herangeführt. Der „Blaue Umweltengel“ ist seit 1972 Vereinssignet und seit 1978 ein Umweltzeichen, das umweltschonende Produkte und Dienstleistungen kennzeichnet. [vw]

- Deutsche Umwelt-Aktion, Ralf Müller, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 131322, Fax +49 (0)211 / 132454, E-Mail: info@umwelt-aktion.de, www.umwelt-aktion.de

EHRENAMT

Bürgerbeteiligung

Fairness beim Volksentscheid

■ Der Verein Mehr Demokratie hat für Berlin faire Regeln für Volksentscheide gefordert. Zum einen soll das bestehende Zustimmungsquorum abgeschafft werden. Zum anderen soll eine zwingende Zusammenlegung von Abstimmungen mit Wahlterminen festgeschrieben und so die Hoheit des Berliner Senats über den Abstimmungstermin beschränkt werden.

Anlass ist der gescheiterte Volksentscheid zur Rekommunalisierung des Stromnetzes in Berlin, der zwar eine klare Mehrheit von 83 Prozent bei den Abstimmenden hatte, aber knapp unterhalb des Zustimmungsquorums von 25 Prozent der Wahlberechtigten blieb. Die Abstimmung fand nicht parallel zur Bundestagswahl statt, sondern wurde vom Senat auf einen Zeitpunkt kurz danach festgelegt. [mbu]

- www.bb.mehr-demokratie.de/die-mehrheit-entscheidet

Demografie und Ehrenamt

Fachtag „Mit 66 Jahren“

■ Der demografische Wandel stellt auch das ehrenamtliche Engagement vor große Herausforderungen. Um das Potenzial, die Bereitschaft und die Bedürfnisse älterer Freiwilliger auszuloten, veranstaltet das Bündnis für Demokratie und Toleranz am 6. Dezember in Berlin dazu einen Fachtag. Worauf müssen Initiativen, Vereine oder Verbände achten, wenn sie generationen-umfassend arbeiten wollen? Was benötigen Ältere für ihr freiwilliges Engagement? Welche Arbeitsfelder interessieren sie besonders? Wie und wo sind sie zu erreichen? Was können zivilgesellschaftliche Initiativen tun, um das Engagement älterer Menschen zu fördern? Diese und weitere Fragen wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtags diskutieren und anhand von Praxisbeispielen vertiefen, die sie später präsentieren werden. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. **[mbu]**

► www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10036147/425892

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Umweltpreis 2013

Erfolgreiche Frauen

■ Die „Stromrebellin“ genannte Vorstandsvorsitzende der Elektrizitätswerke Schönau Ursula Sladek und die Gründerin und Geschäftsführerin der mittelständischen Dämmstofffirma Hock Carmen Hock-Heyl haben Ende Oktober den Deutschen Umweltpreis erhalten. Bundespräsident Joachim Gauck hatte den Frauen die höchstdotierte Umweltauszeichnung überreicht.

Sladek hat die Netzkauf Elektrizitätswerke Schönau (Schwarzwald), den ersten Ökostromanbieter Deutschlands, mitgegründet. Hock-Heyl aus Nördlingen wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) dafür ausgezeichnet, gegen viele

Widerstände Hanf als Ökodämmstoff auf dem Markt etabliert zu haben. Beide Frauen teilen sich den mit 500.000 Euro dotierten Preis.

Inzwischen läuft bereits die Suche nach Kandidaten für den Deutschen Umweltpreis 2014. Bis zum 15. Februar können Vorschläge für Nominierungen eingereicht werden. **[mbu]**

► www.dbu.de/umweltpreis

Binding-Preis

Engagement für Buchenwälder prämiert

■ Der Grosse Binding-Preis wird 2013 mit dem Anliegen des europäischen Buchenwaldes verbunden, der die bedeutendste Waldgesellschaft darstellt, die es gibt. Gleichzeitig gehört der europäische Buchenwald zu den am stärksten gefährdeten Lebensgemeinschaften. Der mit 50.000 Schweizer Franken dotierte Preis geht ausnahmsweise an zwei Persönlichkeiten: an Andreas Speich, Vordenker für den ersten Naturerlebnispark in der Schweiz, und an Hannes Knapp, der sich als Direktor der Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm für den Buchenwaldschutz in Deutschland und im Besonderen für das Unesco-Welterbe Buchenwald einsetzt.

Knapp ist ein langjähriger Freund und Weggefährte von Michael Succow. Mit dem Preis wird sein jahrelanger, unermüdlicher Einsatz für die großflächigen Schutzgebiete im Osten Deutschlands, seine wichtige Brückenfunktion in den Osten Europas und Asiens und insbesondere sein Einsatz für die europäischen Buchen-Urwälder gewürdigt. Er hat die trilaterale Einschreibung der Buchenwaldgebiete in der Ukraine, Slowakei und Deutschlands in die Welterbeliste vorangetrieben und sieht die Vollendung in der Verknüpfung eines Netzwerkes zum Schutz urwüchsiger und alter Buchenwälder in potenziell zwölf weiteren Ländern Europas als Ziel. **[mbu]**

► www.succow-stiftung.de

Deutscher Engagementpreis 2013

Von Bürgerinnen nominiert

■ Am 5. Dezember, dem Tag des Ehrenamtes, verleiht das Bündnis für Gemeinnützigkeit den diesjährigen Deutschen Engagementpreis. Neun Preisträgerinnen und Preisträger erhalten dann die Auszeichnung für ihr Wirken in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Non-Profit-Sektor oder in der Schwerpunktkategorie „Gemeinsam wirken – mit Kooperationen Brücken bauen“. **[mbu]**

► www.deutscher-engagementpreis.de

Bundesumweltwettbewerb

Junge Talente gesucht für Nachhaltigkeitspolitik

■ Der Bundesumweltwettbewerb (BUW) geht in die neue Runde 2013/2014. Ziel ist es, junge Talente im Umweltbereich zu fördern. Angesprochen sind Jugendliche im Alter von 10 bis 21 Jahren, die sowohl naturwissenschaftlich als auch gesellschaftlich interessiert sind. Umweltprobleme betreffen viele Lebensbereiche. Je nach Problemstellung und Lösungsansatz können die Wettbewerbsbeiträge ihren Schwerpunkt in allen für Umweltschutz und Umweltbildung relevanten Handlungsfeldern haben. Dazu zählen neben Naturschutz und Ökologie, Technik, Wirtschaft und Konsum auch Politik, Gesundheit und Kultur.

Unter dem Motto „Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln“ können Interessierte bis zum 15. März 2014 Projektdokumentationen einreichen. Zu gewinnen gibt es Sachpreise und Förderungen. Die Hauptpreise sind je nach Altersklasse mit 1.000 und 1.500 Euro dotiert. Ausgewählte Preisträgerinnen werden für Maßnahmen der Begabtenförderung vorgeschlagen oder gehen für Deutschland bei der internationalen Umweltprojektolympiade INEPO in Istanbul an den Start. **[mbu]**

► www.scienceolympiaden.uni-kiel.de/wettbewerb/BUW2014

TERMINE

DEZEMBER

5.12., weltweit
Weltbodentag.

► Weitere Informationen:
Bundesverband Boden,
www.bvboden.de,

Umweltbundesamt, www.umweltbundesamt.de

7.12., Bremen (D)

Die Zukunft der Meere – Umwelt und Entwicklung auf der See. Tagung

► E-Mail: fair-oceans@gmx.info, www.fair-oceans.info

7.12., Berlin (D)

Baum ab – nein danke. Strategieworkshop

► BUND Bundesgeschäftsstelle, Christine Wenzl,
E-Mail: christine.wenzl@bund.net,
www.kurzlink.de/baumabneindanke

7.12., Buchloe (D)

Kommunalpolitik – Wie funktioniert das eigentlich? Seminar

► Petra-Kelly-Stiftung, E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de, www.petrakellystiftung.de

09.12., Straßburg (FR)

Luftqualität vom Heim zum gesamten Planeten, geteilte Diagnose und konzentrierte Aktionen.

Abschlusskonferenz zum Europäischen Jahr der Luft
► ATMO France, ASPA, Tel. +33 (0)3 / 881926-66,
Fax -67, E-Mail: aspa@atmo-alsace.net,
www.atmo-alsace.net/site/all4cleanerair4all/
index_de.php

13.–15.12., Tutzing (D)

Zusammenleben der Geschlechter in der Einen Welt. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, Fax +49 (0)8158 / 996443,
E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de,
www.kurzlink.de/evatutzing13-12-13

JANUAR

3.–6.01., Radolfzell (D)

Naturschutztage am Bodensee. Vorträge und Exkursionen

► BUND Baden-Württemberg, Tel. +49 (0)7732 / 15070, E-Mail: naturschutztage@bund.net,
www.bund-bawue.de, www.naturschutztage.de

13.–15.01.2014, Loccum (D)

Energiewende – Erfolg auf halber Linie? Kosten, Koordinierung und Umbau des deutschen Energiemarktes. Tagung zusammen mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

► Evangelische Akademie Loccum, Dr. Monika C. Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108,
E-Mail: monika.mueller@evlka.de,
www.loccum.de/programm/p1401.html

17.01., Berlin (D)

Das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung umsetzen! Symposium

► AöW – Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V., Reinhardtstr. 18a, 10117 Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 397436-06, Fax -83,
E-Mail: hecht@aoew.de, www.aoew.de

18.01., Berlin (D)

Wir haben es satt! Demonstration, Start: Potsdamer Platz, 11 Uhr

► Wir haben es satt! Demo-Orga-Büro, Kampagne Meine Landwirtschaft, Iris Kiefer, Tel. +49 (0)30 / 28482437, E-Mail: kiefer@wir-haben-es-satt.de,
www.wir-haben-es-satt.de

22.–23.01., Loccum (D)

Werkstatt Ressourcenschutz. Seminar

► Evangelische Akademie Loccum, Susanne Benzler, Tel. +49 (0)5766 / 81167,
E-Mail: susanne.benzler@evlka.de, www.loccum.de

24.–26.01., Tutzing (D)

Ist die Krise in Europa überstanden? – Weltwirtschaftliche Perspektiven. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, Fax +49 (0)8158 / 996443, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de,
www.kurzlink.de/evatutzing-24-1-14

28.01., Tutzing (D)

Landnutzung und Landschaft. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, Fax +49 (0)8158 / 996443,
E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de,
www.kurzlink.de/evatutzing-28-1-14

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Dezember 2013/Januar 2014

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], **Redaktionelle Mitarbeit:** Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD], **ökopädNEWS:** siehe S. 41

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), © Bundestag (S. 23), © Jürgen Olczyk (S. 31). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Neue Wertediskussion

Zeitwohlstand

Was bedeutet Kapital in einer Gesellschaft, in der Menschen einen noch nie da gewesenen materiellen Lebensstandard erreicht haben? Unter der Überschrift Zeitwohlstand verschmilzt die persönliche Frage nach einem guten Leben mit der gesellschaftlichen Debatte über den Reichtumsbegriff. Bildungsarbeit kann hierfür wichtige Grundsteine legen.

□ Bei „Zeitwohlstand“ denkt man vielleicht zunächst einmal an Urlaub. Aber Urlaub wovon? Vom Alltag? Von der Arbeit? Vom Stress? Bestimmt. Aber Zeitwohlstand ist kein unendlicher Urlaub, denn trotz all dem Bedürfnis nach Entspannung bleibt den meisten der Wunsch, auch etwas zu schaffen, „produktiv zu sein“.

Wohlstand neu denken

Neben dieser persönlichen Ebene hat das Nachdenken über Wohlstand auch immer eine gesellschaftliche Dimension. Wie wollen wir zusammen leben? An welchen Prinzipien richten wir unsere Gesellschaft aus? Ist es das oberste Ziel, den Wohlstand zu mehren? Bei näherem Hinsehen wird schnell deutlich: Wohlstand kann heutzutage weniger denn je mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt werden. Der Verlust biologischer Vielfalt und der Klimawandel sind akute Probleme, die ein Umdenken geradezu erzwingen. Aber auch die wachsende Schere zwischen Arm und Reich in Europa sowie die permanente Armutskrise in verschiedenen Regionen unserer Welt zeigen deutlich, dass die bisherige Formel vom „Wohlstand durch Wirtschaftswachstum“ nicht aufgeht.

Also muss Wohlstand neu definiert werden. Aber wie? Ein Bereich, der Persönliches und Gesellschaftliches im Alltag zusammenbringt, ist die Arbeit. Da ist die Erwerbsarbeit, um Geld zu verdienen. Manche, vor allem Frauen arbeiten in Teilzeit, die Mehrheit aber arbeitet in Vollzeit 40 Stunden pro Woche. Wer die Karriereleiter hochklettern möchte, leistet öfters auch 50 oder 60 Stunden ab. Das Ziel der Erwerbsarbeit ist klar vorgegeben: Der Wohlstand soll gemehrt werden. Das funktioniert durch einen Tausch: Arbeitskraft gegen Geld beziehungsweise Zeit gegen Geld. Dieser Tausch hat es in sich. Auf

persönlicher Ebene bedeutet er ein Abwägen zwischen zwei Freiheiten: Geld gibt die Freiheit, begehrte Dinge zu kaufen. Dinge, die das Leben womöglich angenehmer machen.

Zeit als grundlegende Ressource

Allerdings ist Zeit die grundlegende Ressource, um Dinge auch tatsächlich zu konsumieren. Wer viel Geld für die Werke Beethovens bezahlt, braucht immer noch Zeit, um sie anzuhören. Zeit ist ein wichtiges Kapital, um das Leben „tätig zu genießen“, wie Frigga Haug, Sozialpsycholo-

THEMENHEFT ZEIT

gin und Vorsitzende des Berliner Instituts für kritische Theorie, betont. Ob tanzen, handwerken oder schwimmen – Selbstverwirklichung, das „Möglich Machen“ vorhandener Entwicklungspotenziale verlangt Zeit und Energie. Und dabei sind die notwendigsten aller Arbeiten noch gar nicht erledigt. Reproduktionsarbeiten, also die Arbeiten, die die Notwendigkeiten des Lebens umfassen und meistens von Frauen verrichtet werden, prägen den Alltag entscheidend mit: Kochen, putzen, Wäsche waschen, Kinder erziehen – auch diese grundlegenden Tätigkeiten brauchen Zeit.

Zeit, die Gesellschaft zu gestalten

Auch gesellschaftliche Prozesse sind zeitintensiv. Dazu gehört insbesondere die Beschäftigung mit Politik. Eine Demokratie verfolgt den Anspruch, dass Gesellschaft zu gestalten kein arbeitsteiliges Unternehmen sein soll, in dem die wenigen Politik machen, während die vielen deren Folgen ausbaden. In einer Demokratie sollten alle ihre Lebenswelt mitprägen. Nur dadurch

wird die öffentliche Ordnung wirklich zur selbst gewählten Ordnung. Die Menschen bestimmen selbst, was verboten wird und was erlaubt ist. Sie sind es, die die gesellschaftlichen Ziele festsetzen können und sollten. Doch dazu braucht es unter anderem Zeit.

Zeit für Veränderung

Zeitwohlstand resultiert aus der Suche nach einer ausgewogenen Balance: Zeit für Selbstverwirklichung, für politische Arbeit, für Reproduktions- und Erwerbsarbeit – Frigga Haug nennt das „die Vier-in-Einem-Perspektive“. Mit dem Fokus auf Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator wird die Erwerbsarbeit in das Zentrum der Aufmerksamkeit gestellt. Da die anderen Arbeiten meist nicht durch das Bruttoinlandsprodukt erfasst werden, gelten sie oft als minderwertig – insbesondere die Reproduktionsarbeit. Dabei tragen sie wesentlich zum guten Leben bei. Die Möglichkeit der Selbstverwirklichung und der politischen Teilhabe sind sogar eine der Voraussetzungen für ein gutes Leben.

Der einseitige Fokus auf das vermeintliche gesellschaftliche Ziel Wirtschaftswachstum hat die ungetrübte Sicht auf Wohlstand lange genug verklärt. Die Zeit ist reif für Veränderung. „Selbst denken“ ist ein Anfang, wie Harald Welzer, Sozialpsychologe und Direktor der gemeinnützigen Stiftung Futurzwei, betont. „Aktiv werden“ ein nächster Schritt. Bildungsarbeit kann hierfür wichtige Grundsteine legen.

Felix Wittmann,
Mitarbeiter im Projekt Zeitwohlstand beim
Konzeptwerk Neue Ökonomie

- ▷ www.zeitwohlstand.info
- ▷ www.vier-in-einem.de
- ▷ www.knoe.org

BLICKPUNKT

Es ist Zeit – für das Thema Zeitwohlstand in der Bildungsarbeit!

Die Frage, wie Menschen Zeit verbringen, ist die Basis persönlicher Lebensqualität und begründet den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustand der Welt. Für die Wende hin zu einer wirklich nachhaltigen Gesellschaft spielt Zeit deswegen eine entscheidende Rolle.

Ein Fußballspiel dauert 90 Minuten, die Schule beginnt morgens um acht und in den meisten Geschäften können wir bis 20 Uhr einkaufen. Von klein auf begleiten jeden Einzelnen feste und selten hinterfragte Zeitrhythmen. Wenn doch einmal die Frage aufkommt, „Warum müssen SchülerInnen um acht Uhr in der Schule sitzen?“, dann lautet die Antwort wahrscheinlich, „Weil das so festgelegt wurde“. Viel seltener wird wohl erklärt, dass der frühe Schulbeginn ursprünglich mit der Zeitstruktur arbeitender Eltern zusammenhängt. Und warum müssen Eltern so früh arbeiten? Weil das die ArbeitgeberInnen vorschreiben. Und warum schreiben sie das vor? Weil das alle so machen. Und warum machen das alle so? Weil wir es eben so gewöhnt sind. Jetzt ließe sich problemlos weiterfragen: Warum sind wir es gewöhnt? Weil es alle so machen? Aber spätestens hier fängt die Gedankenkette an, sich im Kreis zu drehen.

Zeit für Nachhaltigkeit

In der Perspektive von Zeitwohlstand werden Menschen weniger Lohnarbeit verrichten, dafür mehr Zeit für soziale Kontakte haben. Sie werden mehr Zeit haben, sich Fähigkeiten anzueignen. Mehr selbst herstellen, mehr reparieren und mehr die schönen Dinge im Leben genießen. Aus diesen Gründen braucht das Thema Zeit einen festen Platz in der Bildungsarbeit mit jungen Menschen. Es reicht nicht, sich auf dem Weg in eine sozial-ökologische Gesellschaft nur damit zu beschäftigen, wie jeder dazu gebracht werden kann, ethisch und ökologisch korrekter zu konsumieren. Das ist wichtig und dazu gibt es eine Menge sehr guter Bildungsarbeit. Aber grundsätzlich gilt es noch ganz andere Selbstverständlichkeiten alltäglicher Lebensweisen zu hinterfragen.

Deshalb zurück zu der schwierigen Frage, warum Menschen Zeit so verbringen, wie „man“ das eben macht und warum das so schwer zu ändern ist. Harald Welzers, Sozialpsychologe und Direktor der gemeinnützigen Stiftung Futurzwei, hat darauf eine Antwort: Alle haben von außen gesetzte Normen und Strukturen verinnerlicht und sind folglich deshalb nun selbst davon überzeugt, dass diese so und nicht anders zu sein haben. Äußere Zwänge werden zu Selbstzwängen, zu „mentalenen Infrastrukturen“.

In Bezug auf den Umgang mit Zeit heißt das: Mittlerweile ist es zur Gewohnheit geworden, dass das Motto „mehr = besser“ nicht nur für die Wirtschaft, sondern eigentlich für alle Lebensbereiche gilt. Gleichzeitig ist die Gestaltung des Lebens immer freier geworden. In Kombination daraus ergibt sich, dass sich viele Menschen zunehmend selbst unter Druck setzen, „das Beste“ aus ihrem Leben, aus ihrer Jugend, aus jedem freien Nachmittag machen zu „müssen“.

Bildungszeit

Das geht auch zunehmend mehr Jugendlichen so. Deshalb braucht es Bildungsarbeit, die sie darin unterstützt, scheinbar selbstverständliche Zeitstrukturen und den allgegenwärtigen Zeitdruck zu hinterfragen. Das Konzeptwerk Neue Ökonomie diskutiert zum Beispiel mit Jugendlichen in Workshops zu einer Ökonomie jenseits von Wachstumszwängen, welche Rolle Zeit für sie persönlich spielt und wie sie sich ihre Zeitgestaltung idealerweise vorstellen. Welche Bedeutung hat dabei „Arbeit“? Und welche Rolle spielt Zeit für unsere Wirtschaft?

Anschließend setzen sich die Jugendlichen mit ganz konkreten alternativen Zeitstrukturen auseinander. Sie lernen zum Beispiel die „kurze Vollzeit“ kennen, bei der alle nur 20 statt 40 Stunden in der Woche arbeiten. Besonders spannend kann es werden, wenn sich die jungen Leute im Kontext von Bildungsarbeit mit Menschen unterhalten können, die selbst mit anderen Zeitstrukturen leben. Wie sind sie dazu gekommen? Warum machen sie das eigentlich? Und wie fühlt sich das an, etwas anders zu machen als der große Rest?

Wege aus der mentalen Einbahnstraße

Sicher, der Weg vom Reden zum Handeln ist schwer. Gerade, weil sich mentale Infrastrukturen nicht von heute auf morgen ändern lassen, hält etwa Harald Welzer selbst auch Aufklärung allein für keinen ausreichenden Weg, Veränderungen zu anzustoßen. Vielversprechend können für die Bildungsarbeit greifbare Beispiele sein, mit denen Jugendliche direkt erleben können, wie es auf dem Weg in eine sozial-ökologische Gesellschaft auch anders gehen kann.

Und vielleicht lassen sich hieraus letzten Endes sogar Bildungsformate entwickeln, die selbst anders mit Zeit umgehen: Wie wäre es mit einem 20- statt 40-Stunden-Freiwilligendienst à la FSJ, bei dem auch noch Zeit bleibt zum Musik machen, Freunde treffen, Fahrrad reparieren und zum politischen Engagement?

Nadine Kaufmann,
Bildungsreferentin beim
Konzeptwerk Neue Ökonomie

▷ www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

SCHWERPUNKT: ZEIT

Lektüre**Lob der Pause**

□ Was tun, wenn das schnelle Leben im Termindruck immer mehr zur Last wird, wenn immer mehr Menschen darüber klagen, keine Zeit mehr für Familie, Freunde oder sich selbst zu haben? Dann ist es höchste Zeit für ein Umsteuern. „Wir müssen unseren Umgang mit Zeit revidieren“, empfiehlt der Zeitexperte Karlheinz Geißler – und erklärt in seinem Buch „Lob der Pause“ ausführlich, warum wir Langsamkeit, Wiederholung und Warten wieder schätzen sollten.

- ▷ Geißler, K.: Lob der Pause. Von der Vielfalt der Zeiten und der Poesie des Augenblicks. oekom Verlag, München 2012. 128 Seiten, 14,95 €, ISBN-Nr.: 978-3-86581-320-6

Lektüre**Zeitwohlstand**

□ Was ist heutzutage eigentlich Wohlstand? Wie können wir so leben, dass es allen Menschen gut geht und wir innerhalb der ökologischen Grenzen wirtschaften? Die Lösung könnte in einer anderen Wertschätzung von Zeit liegen, stellt das vom Konzeptwerk Neue Ökonomie herausgegebene Buch „Zeitwohlstand“ heraus. Zu den beitragenden AutorInnen gehören unter anderen Friederike Habermann, Hartmut Rosa, Frigga Haug und Niko Paech. Sie stellen die Frage, was eigentlich ein gutes Leben ist und betrachten die Rolle von Zeit, Arbeit und einer intakten Umwelt für unser Wohlbefinden. Verständlich formuliert und doch sachlich fundiert bietet das Buch einen Einstieg in die Debatte um nachhaltiges Wirtschaften und entwickelt Visionen einer gerecht gestalteten Zukunft.

- ▷ Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. oekom verlag, München 2013, 112 Seiten, 16,95 €, ISBN-Nr.: 978-3-86581-476-0

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Mecklenburg-Vorpommern**Local Food**

□ Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Mecklenburg-Vorpommern lädt am 2. Dezember 2013 in Güstrow zu einer kulinarischen Lesung mit dem vielversprechenden Titel „Über kulinarische Selbstversuche und grandioses Scheitern“.

Die Autorin und Moderatorin Jaqueline Roussety widmet sich zusammen mit Schriftstellerkollege Mathias Grünwald der Frage nach konsequentem regionalen Essen damals und heute. Im Anschluss an die Lesung gibt es Zeit für Diskussionen und Gespräche mit den beiden AutorInnen.

- ▷ www.umweltbildung-mv.de

Kinder der Erde**Wildnispädagogik-Ausbildung**

□ Der Verein für Wildnispädagogik, Visionssuche und Lebenslust „Kinder der Erde“ hat das Ziel, nachhaltiges Naturbewusstsein zu vermitteln, die Grundsätze des Lebensalltags in den industrialisierten Ländern zu beleuchten und friedvolle Gemeinschaften zu bilden. Unter anderem bietet der Verein im kommenden Jahr eine grundlegende Wildnispädagogik-Ausbildung an.

Die Fortbildung beinhaltet verschiedene Wahrnehmungsübungen, Wildnisfertigkeiten, ökologisches und naturkundliches Wissen, praktiziertes Gemeinschaftsleben nach den Grundlagen von nativen Völkern sowie Coyote-Lehren und die Arbeit als Mentor. Die Fortbildung findet in sechs aufeinanderfolgenden Blöcken von April 2014 bis Januar 2015 statt.

- ▷ www.kinder-der-erde.de

WISSENSWERT

Unterrichtsprojekt**Keltische Waldpädagogik**

□ Die Initiative „Baumstark“ macht ein Projektangebot für Schulen, Kindergärten und waldpädagogische Einrichtungen, das einen handfesten und über die Analyse des eigenen Lebensbaumes auch sehr persönlichen Zugang zum Thema Wald, Bäume und Natur bietet. Innerhalb von drei Unterrichtsstunden können die Kinder ihren keltischen Lebensbaum finden und Wissenswertes über seinen Nutzen, seine Bedeutung für das Ökosystem und seine individuellen Merkmale erfahren.

- ▷ www.baumstark-initiative.de

BundesUmweltWettbewerb**Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln**

□ Bis zum 15. März 2014 können sich junge Leute zwischen 10 und 21 Jahren am BundesUmweltWettbewerb „Vom Wissen zum Handeln“ beteiligen. Ziel ist es, Ursachen von Umweltproblemen auf den Grund zu gehen und kreative Lösungen zu finden. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht von wissenschaftlichen Untersuchungen, umwelttechnischen Entwicklungen über Umweltbildungsmaßnahmen und -kampagnen bis hin zu Medienprojekten. Thematisch sind die TeilnehmerInnen dabei relativ frei: Naturschutz und Ökologie, Technik, Wirtschaft und Konsum, Politik, Gesundheit oder Kultur können allesamt relevante Bereiche sein.

Zu gewinnen gibt es Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von etwa 25.000 Euro. Auch die Lehrerinnen und Lehrer, die die Gewinnerarbeiten betreuen, erhalten Preise.

- ▷ www.ipn.uni-kiel.de/projekte/buw/

Onlinestrategiespiel

Virtuelle Energiewende

□ Computerspiele haben gemeinhin den Ruf, Zeitverschwendung zu sein. Die Redaktion der ökopädNEWS meint aber: Das kostenlose Onlinestrategiespiel „Ich schaffe die Energiewende“ des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit bietet neben einem hohen Unterhaltungswert auch gut verständliche Informationsvermittlung und die interessante Möglichkeit, die Herausforderungen der Energiewende als Energieminister virtuell selbst zu erleben.

Mit dem Energiespiel will das Staatsministerium in erster Linie Jugendliche ansprechen und sie für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen der Energiewende sensibilisieren.

▷ www.energiespiel.bayern.de

Qualifikationslehrgang

NaDiQuAk

□ Der fachdidaktische Qualifikationslehrgang „Naturwissenschaftlicher Didaktik-Qualifikationslehrgang für AkademikerInnen“ (NaDiQuAk) ist eine akademische Weiterbildung in den Bereichen Biodiversität – Naturschutzbiologie – Umweltbildung der pädagogischen Hochschule Karlsruhe.

NaDiQuAk schult MultiplikatorInnen der Natur- und Umweltpädagogik für qualifizierte außerunterrichtliche Angebote an Ganztageschulen und Kindertagesstätten sowie sonstigen (Erwachsenen-)Bildungseinrichtungen. Das modulare System ermöglicht eine relativ freie Zeiteinteilung und beinhaltet die Auffrischung und Vertiefung naturwissenschaftlichen Wissens wie dem Verständnis von ökologischen Zusammenhängen sowie Methoden für die Umsetzung wissenschaftlicher Themen und pädagogischer Aspekte.

▷ www.natwiss.ph-karlsruhe.de/nadiquak/

Berufsbildende Schule

BBS futur 2.0

□ Das Projekt BBS futur 2.0 der Leuphana Universität Lüneburg hat sich den Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes Berufsbildender Schulen mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit zur Aufgabe gemacht, um eine nachhaltige Unterrichts-, Personal- und Schulentwicklung voranzutreiben. Die Kompetenzen der Lernenden in der beruflichen Bildung sollen in der zweieinhalbjährigen Projektlaufzeit in ausgewählten Bereichen der Nachhaltigkeit durch ein maßgeschneidertes Unterstützungssystem gefördert werden. Zur Unterstützung der Lehrenden wird ein Onlinenetzwerk aufgebaut. Daneben erhalten die Beteiligten Hilfestellungen in Form von Beratung und Fortbildungen. Die Kommunikation und Zusammenarbeit der Lehrenden erfolgt in berufsfeldspezifischen Arbeitsgruppen im Rahmen eines onlinegestützten Netzwerkes. In der Aufbauphase werden Fachtagungen und Workshops angeboten. Die dabei entwickelten Materialien werden als Praxisbeispiele veröffentlicht.

▷ www.leuphana.de/bwp

Unterrichtsmaterial

Biobasierte Wirtschaft

□ Die Butterbrotdose aus Pflanzenstärke, das Smartphonegehäuse vom Acker, der Flugzeugsprit aus Algen: Für viele Alltagsprodukte, die heute zumeist noch aus fossilen Rohstoffen wie Erdöl hergestellt werden, gibt es bereits nachwachsende Alternativen. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat eine Unterrichtseinheit entwickelt, die SchülerInnen ab der neunten Jahrgangsstufe einen Einblick in die Herstellung von Konsumgütern aus nachwachsenden Rohstoffen eröffnet, Zusammenhänge erläutert und Anregungen für die Umsetzung im Alltag gibt. Die Unterrichtseinheit steht kostenlos zum Download zur Verfügung.

▷ www.lehrer-online.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

6.–7.12.13, Hannover

BNE – Vielfältige Wege in die Praxis. Seminar. Die Deutsche Gesellschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung e.V. (DGBNE) lädt zu Workshops und Vorträgen über Praxiserfahrungen in der BNE.

▷ www.dgbne.de

11.12.13, Bonn

Urbane Umweltbildung. Konferenz Ein Überblick über die Erfahrungen und Konzepte verschiedenster Institutionen aus Wissenschaft, Naturschutz und Umweltpädagogik.

▷ www.bonn.de

13.–15.12.13, Esselbach

Existenzgründerseminar. Seminar über Chancen und Risiken von Selbstständigkeit und Existenzgründung.

▷ www.naturerleben-umweltbildung.de

29.1.14, Hamburg

Lebendige Bildungsprojekte zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit gestalten. Fortbildung.

Dreitägige Fortbildung für pädagogische Fachkräfte zur Vorbereitung auf das Auszeichnungsverfahren „KITA21 – Die Klimaretter“ 2014.

▷ www.kita21.de

Impressum

Herausgeber



Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oeokopaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de